



Statistisches Landesamt

RHEINLAND-PFALZ

03 | 2006

# Statistische Monatshefte


Aus dem Inhalt:

Grundsicherung im Alter und  
bei Erwerbsminderung  
Ozonschichtschädigende Stoffe



Statistik nutzen





#### Fotonachweis

T i t e l f o t o : MEV Verlag GmbH

Die neue soziale Leistung zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung soll auch dazu beitragen, die so genannte „verschämte Armut“ einzugrenzen.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.



## Inhalt

kurz + aktuell	<b>133</b>
Neue Sozialleistung: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	<b>151</b>
Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung ab dem Jahr 2006	<b>159</b>
Kaum noch Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe in Rheinland-Pfalz	<b>162</b>
Daten zur Konjunktur	<b>167</b>
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	<b>189</b>
Neuerscheinungen	<b>199</b>

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
56128 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150  
E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)  
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.



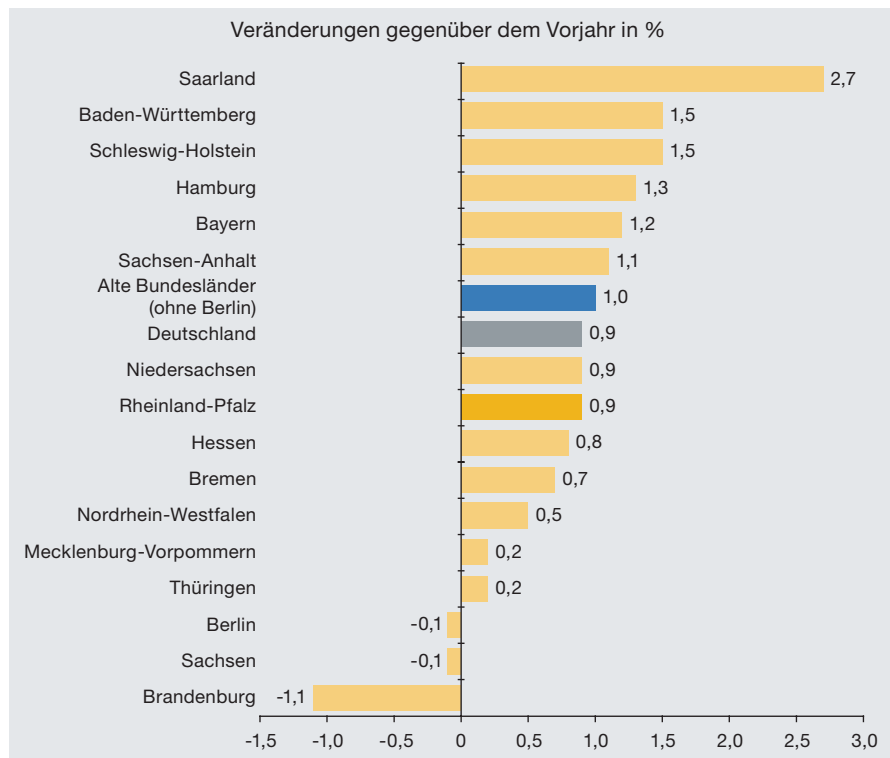
## Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,9% gestiegen Wirtschaftswachstum 2005 wie im Bundesdurchschnitt

Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz leicht gestiegen. Einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge hat sich die Summe der im Land erbrachten wirtschaftlichen Leistungen im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,9% erhöht. Damit entsprach das Wirtschaftswachstum dem Bundesdurchschnitt. In Deutschland verlief die Entwicklung in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit +1% besser als in den neuen Ländern, wo die Wirtschaft stagnierte. In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz mit +1,5% geringfügig höher als in Deutschland (+1,3%), da für den rheinland-pfälzischen Branchenmix etwas höhere Preissteigerungen zu verzeichnen waren als im Bundesdurchschnitt. Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistung betrug 97,7 Mrd. Euro.

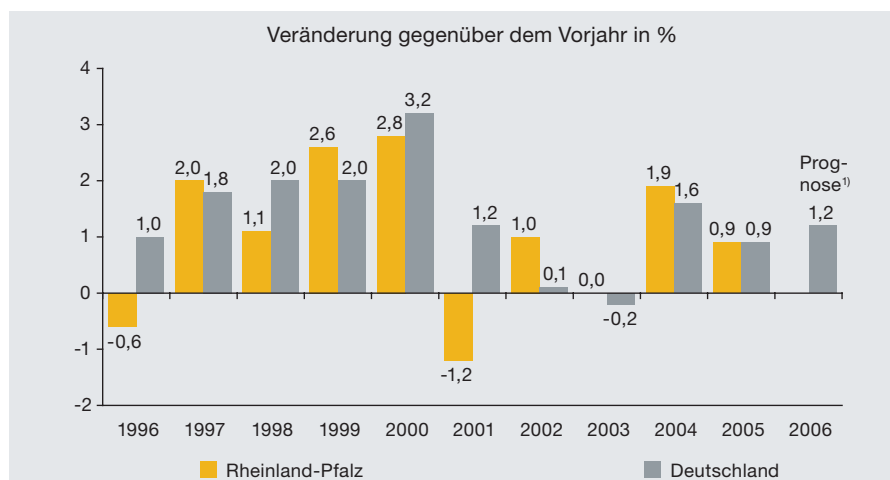
### Export ist Wachstumsmotor im verarbeitenden Gewerbe

Einen großen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leistete das verarbeitende Gewerbe. Insbesondere vom Auslandsgeschäft getragen erhöhte sich die Bruttowertschöpfung preisbereinigt hierzulande mit +3% etwas stärker als im Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne

### Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2005 nach Bundesländern



### Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1996–2005



1) Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2005.



Berlin). Etwa die Hälfte des gesamten Wachstums resultierte aus dem verarbeitenden Gewerbe, obwohl der Bereich nur gut 26% zur gesamten Wirtschaftsleistung beiträgt.

Der Umsatz in diesem Sektor stieg zwischen Januar und November 2005 um 3,5%. Vor allem die Nachfrage aus dem Ausland nahm kräftig zu (+7,3%). Die Nachfrage aus dem Inland blieb dagegen schwach (+0,4%). Von den umsatzstärksten Bereichen hat sich vor allem der Fahrzeugbau günstig entwickelt. Die Zuwachsraten beim Umsatz lag hier etwas über dem Vorjahresniveau. In der Metallindustrie wurde eine ähnliche Umsatzsteigerung wie im Vorjahr erzielt. In diesen beiden Branchen lagen die Zuwachsraten in etwa im Bundesdurchschnitt. Die chemische Industrie konnte zwar auch deutliche Zuwächse beim Umsatz verbuchen, die Zuwachsraten lagen hier aber unter dem Bundesdurchschnitt. Wegen des starken Gewichtes der chemischen Industrie dürfte dies ein wesentlicher Grund dafür sein, weshalb sich Rheinland-Pfalz beim Wirtschaftswachstum – im Gegensatz zum Vorjahr – im Bundesdurchschnitt bewegt. Während der Umsatzzuwachs in der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz bei 5,5% lag, konnte dieser Industriezweig bundesweit um 7,5% zulegen.

### Wirtschaftsleistung im Baugewerbe rückläufig

Anders als im Vorjahr war die Wirtschaftsleistung im Baugewerbe stark rückläufig. Dies hat im Vergleich zur

### Bruttoinlandsprodukt sowie Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe 2005 nach Bundesländern

Land	Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>		Darunter Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe <sup>2)</sup>	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Saarland	3,5	2,7	11,1	7,1
Baden-Württemberg	2,0	1,5	4,4	2,8
Schleswig-Holstein	1,6	1,5	4,2	3,1
Hamburg	1,7	1,3	4,3	1,8
Bayern	1,4	1,2	3,9	3,0
Sachsen-Anhalt	2,2	1,1	11,4	8,2
Niedersachsen	1,5	0,9	5,1	3,0
Rheinland-Pfalz	1,5	0,9	5,7	3,0
Hessen	0,9	0,8	3,8	1,8
Bremen	1,3	0,7	0,2	-2,3
Nordrhein-Westfalen	1,1	0,5	5,6	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	0,4	0,2	9,6	8,3
Thüringen	0,4	0,2	5,1	4,3
Berlin	0,0	-0,1	1,0	-0,4
Sachsen	-0,1	-0,1	6,3	6,4
Brandenburg	-0,3	-1,1	4,3	1,3
Deutschland	1,3	0,9	4,9	2,9
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	1,4	1,0	4,7	2,7
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	0,4	0,0	6,9	5,6

1) Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode. Es entspricht der Summe der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen der Wirtschaftsbereiche zuzüglich dem Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen.

2) Aufgrund der Datenlage liegen Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung zum jetzigen Zeitpunkt nur für den Bereich des verarbeitenden Gewerbes vor. Das verarbeitende Gewerbe macht in Rheinland-Pfalz gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche aus.

Bundesentwicklung zu einer deutlicheren Dämpfung des Wachstums geführt. Im Zeitraum von Januar bis November 2005 sank der Umsatz im Bauhauptgewerbe gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 8,4%. Der Rückgang im Bund belief sich nur auf 7,1%. Auch im Ausbaugewerbe sanken die Umsätze in den ersten drei Quartalen in Rheinland-Pfalz mit -6,1% stärker als im Durchschnitt

der Länder (-3,2%). Diese Entwicklungen sind in Rheinland-Pfalz im Wesentlichen auf Rückgänge im gewerblichen und öffentlichen Hochbau zurückzuführen.

### Positiver Wachstumsbeitrag auch im Dienstleistungssektor

Zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen haben



auch die Dienstleistungsbranchen, vor allem die Bereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung“, während aus dem Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ nur wenige Wachstumsimpulse kamen. Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste; zum Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung“ zählen neben dem Kredit- und Versicherungsgewerbe die Dienstleister für Unternehmen wie Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä.

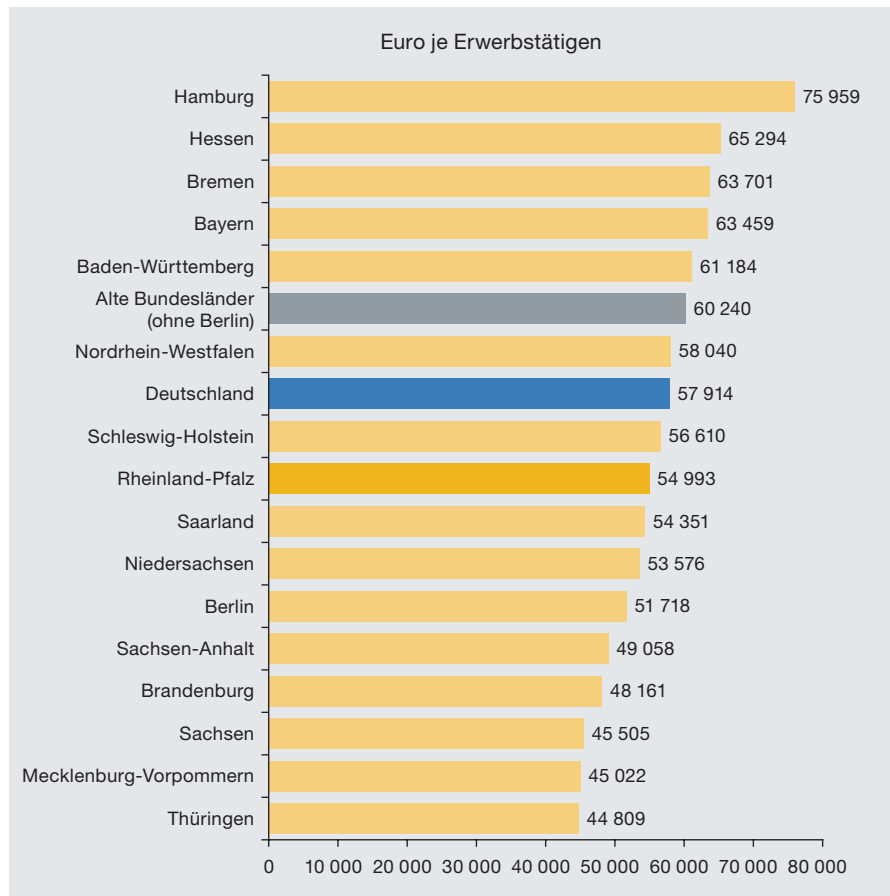
### Rückgang der Erwerbstätigenzahl in Rheinland-Pfalz geringer als im Bundesdurchschnitt

Die Zahl der Erwerbstätigen ist im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz weniger stark gesunken (–0,2%) als im Bundesdurchschnitt (–0,3%). Die langfristige Betrachtung seit 1996 zeigt einen überdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz. Hierzulande lag die Zahl der Erwerbstätigen 2005 um 6,6% (gut 109 000) über dem Niveau von 1996, während in den alten Bundesländern ohne Berlin ein Anstieg um 5,8% zu verzeichnen war.

### Arbeitsproduktivität gestiegen

Da die Zahl der Erwerbstätigen um 4 200 gesunken ist, erhöhte sich die

### Nominales Bruttoinlandsprodukt 2005 nach Bundesländern



Pro-Kopf-Leistung prozentual etwas stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2005 mit +1,1% im gleichen Ausmaß wie im Durchschnitt der alten Bundesländer. In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im Durchschnitt rund 55 000 Euro.

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in etwa fünf- bis zehnjährigen

Abständen überarbeitet, um neue Konzepte einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren und neue Datenquellen zu erschließen. Im Rahmen der Revision 2005 wurden die Werte ab 1991 überarbeitet. Die Ergebnisse für 2005 beruhen auf der ersten Fortschreibung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Oktober stützt. Detaillierte Informationen zur VGR der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises unter <http://www.vgrdl.de/>.



### 3,7 Mill. t Bauabfälle wieder- verwertet

#### Rückgang durch lahmende Baukonjunktur

Im Jahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz in 171 Bauschuttanfertigungsanlagen 3,7 Mill. t Bauabfälle eingesetzt. Diese Mengen verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf 54 stationäre und 117 mobile Anlagen. Damit wurden 95 000 t weniger entgegengenommen als im Jahr 2002 (-3%). Gegenüber dem Jahr 2000 mit der bisher größten Menge an angelieferten Bauabfällen von 4,7 Mill. t, ist ein Rückgang von gut einem Fünftel festzustellen.

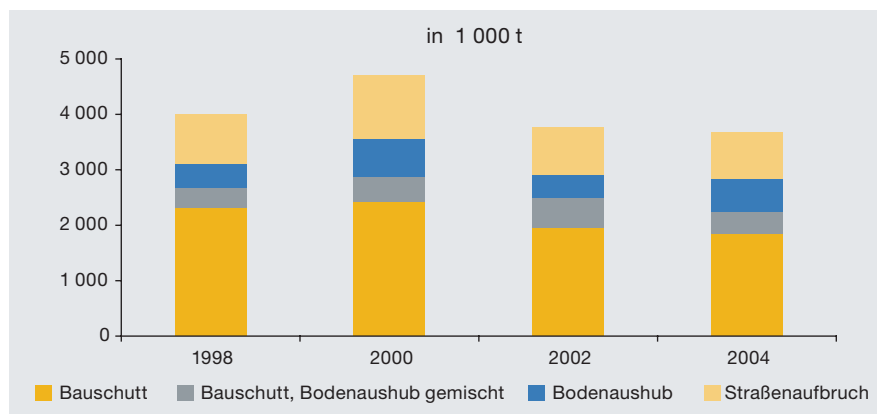
Die mengenmäßig bedeutsamste Abfallgruppe ist der Bauschutt, der überwiegend beim Abriss oder der Renovierung von Gebäuden anfällt. Bedingt durch die rückläufige Baukonjunktur hat sich die Menge gegenüber dem Jahr 2000 um knapp ein Viertel reduziert. Im Jahr 2004 machte das Aufkommen an Bauschutt rund die Hälfte der behandelten Bauabfälle aus, gefolgt vom Straßenaufbruch (23%) und Bodenaushub (16%).

Gut 3,5 Mill. t der eingesetzten Stoffe konnten durch die Aufbereitung im Baukreislauf verwendet werden. Nahezu die Hälfte der recycelten Stoffe (49%) wurde im Straßen- und Wegebau verwendet, gut ein Viertel (940 000 t) im Erdbau, zum Beispiel bei der Errichtung von Lärmschutzwällen. Der Anteil der Aufbereitungs- und Sortierrückstände lag bei unter 1%.

In Aufbereitungsanlagen eingesetzte Bauabfälle 1998–2004

Berichtsmerkmal/Jahr	1998	2000	2002	2004
	t			
Bauschutt	2 308 377	2 430 945	1 956 967	1 845 252
Bauschutt und Bodenaushub gemischt	374 922	435 919	544 347	394 852
Bodenaushub	425 814	681 910	418 532	592 525
Straßenaufbruch	895 004	1 152 359	850 058	837 589
Sonstige Bauabfälle	20 786	8 713	8 871	13 678
Eingesetzte Bauabfälle insgesamt	4 024 903	4 709 846	3 778 775	3 683 896

In Aufbereitungsanlagen eingesetzte Bauabfälle 1998–2004



### 94 Mill. Euro für den Umweltschutz

#### Chemische Industrie investiert am meisten

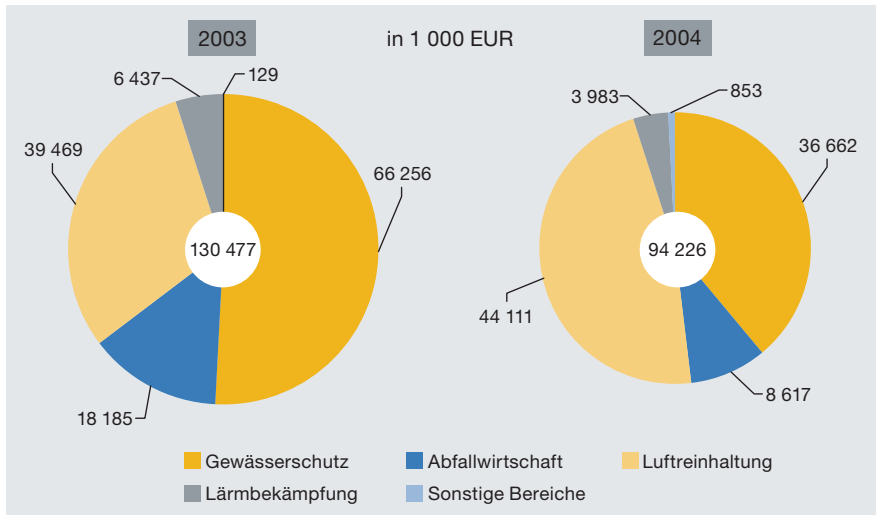
Die rheinland-pfälzische Industrie investierte im Jahr 2004 mehr als 94 Mill. Euro in den Umweltschutz. Das waren 4,5% der Gesamtinvestitionen. Im Jahr 2003 waren 130 Mill. Euro in Umweltschutzinvestitionen geflossen, was einem Anteil von 6,1% an den Gesamtinvestitionen entsprach. Von den im Jahr 2004 insgesamt befragten 2 085 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden meldeten 198 Betriebe Investitionen in den Umweltschutz.

Die Schwerpunkte der Umweltschutzinvestitionen lagen in den Bereichen Luftreinhaltung (44 Mill. Euro), Gewässerschutz (37 Mill. Euro) und Abfallentsorgung (9 Mill. Euro).

Knapp zwei Drittel aller Umweltschutzinvestitionen (61 Mill. Euro) tätigte die chemische Industrie, mit deutlichem Abstand gefolgt vom Ernährungsgewerbe mit 11 Mill. Euro (12,1%). Die gleiche Reihenfolge ergibt sich, wenn die Umweltschutzinvestitionen auf die Zahl der Beschäftigten bezogen werden. Auch hier erreicht die chemische Industrie mit 1 067 Euro je Beschäftigten die Spitzenposition, gefolgt vom Ernährungsgewerbe mit 468 Euro. Im Gegensatz



### Umweltschutzzinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2003 und 2004 nach Umweltbereichen



dazu waren die Umweltschutzzinvestitionen im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie im Holzgewerbe mit weniger als 20 Euro pro Beschäftigten von eher untergeordneter Bedeutung.

Bei der Erhebung wird zwischen additiven und integrierten Umweltschutzzinvestitionen unterschieden: Während additive Aufwendungen

die durch den Produktionsprozess entstehende Umweltbelastung durch nachgeschaltete Maßnahmen (z. B. Kläranlagen, Staubfilter) verringern, verhindern integrierte Technologien bereits während der Produktion die Entstehung von Umweltbelastungen, z. B. durch den Einbau von Katalysatoren oder den Austausch umweltbelastender Materialien gegen Ersatzstoffe. Die integrierten Auf-

wendungen summierten sich im Jahr 2004 auf 53 Mill. Euro und waren mit einem Anteil von 55,8% wie schon im Vorjahr bedeutender als die additiven Investitionen. Vergleichbare Zahlen für ganz Deutschland liegen für 2004 noch nicht vor.

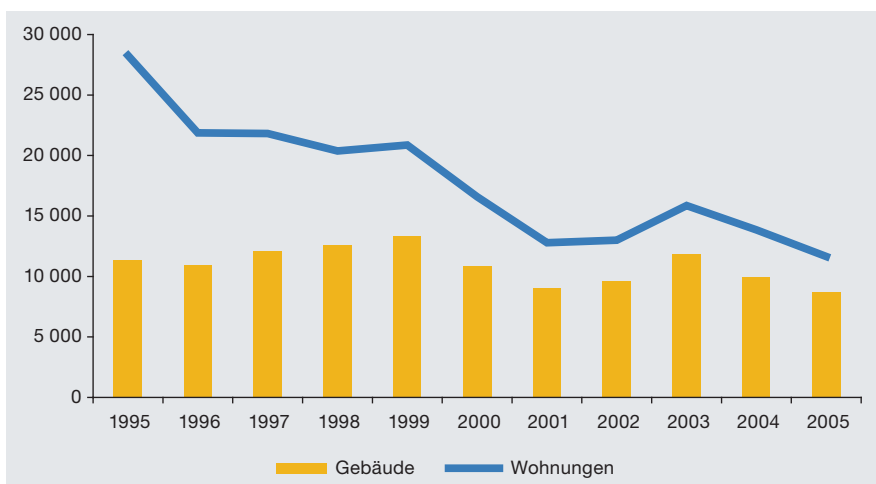
### Zahl der Baugenehmigungen lag 2005 deutlich unter dem Vorjahreswert

### Stärkster Rückgang im Geschosswohnungsbau

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im Jahr 2005 den Neubau von 8 728 Wohngebäuden mit insgesamt 11 647 Wohnungen. Damit lagen die Zahlen der Baugenehmigungen bei den Gebäuden um gut 12% und bei den Wohnungen um fast 16% unter den Vorjahreswerten.

Der Abwärtstrend im Wohnbau war bei allen Gebäudearten zu beobachten. Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser verringerte sich von 8 111 im Jahr 2004 auf 7 302 im Jahr 2005, im Zweifamilienhausbau gingen die Baufreigaben von 1 366 auf 1 096 zurück. Noch deutlicher war der Rückgang im Geschosswohnungsbau. In diesem Gebäude-segment konnte im Jahr 2005 mit dem Bau von 327 neuen Gebäuden mit 1 939 Wohneinheiten begonnen werden, im Jahr 2004 wurden noch 450 Gebäude mit 3 006 Wohnungen genehmigt. Von den 11 647 genehmigten Neubauwohnungen sind rund 82% (9 494) Eigenheimwohnungen, auf Miet- bzw. Eigentumswohnungen

### Baugenehmigungen für neu errichtete Wohngebäude 1995–2005



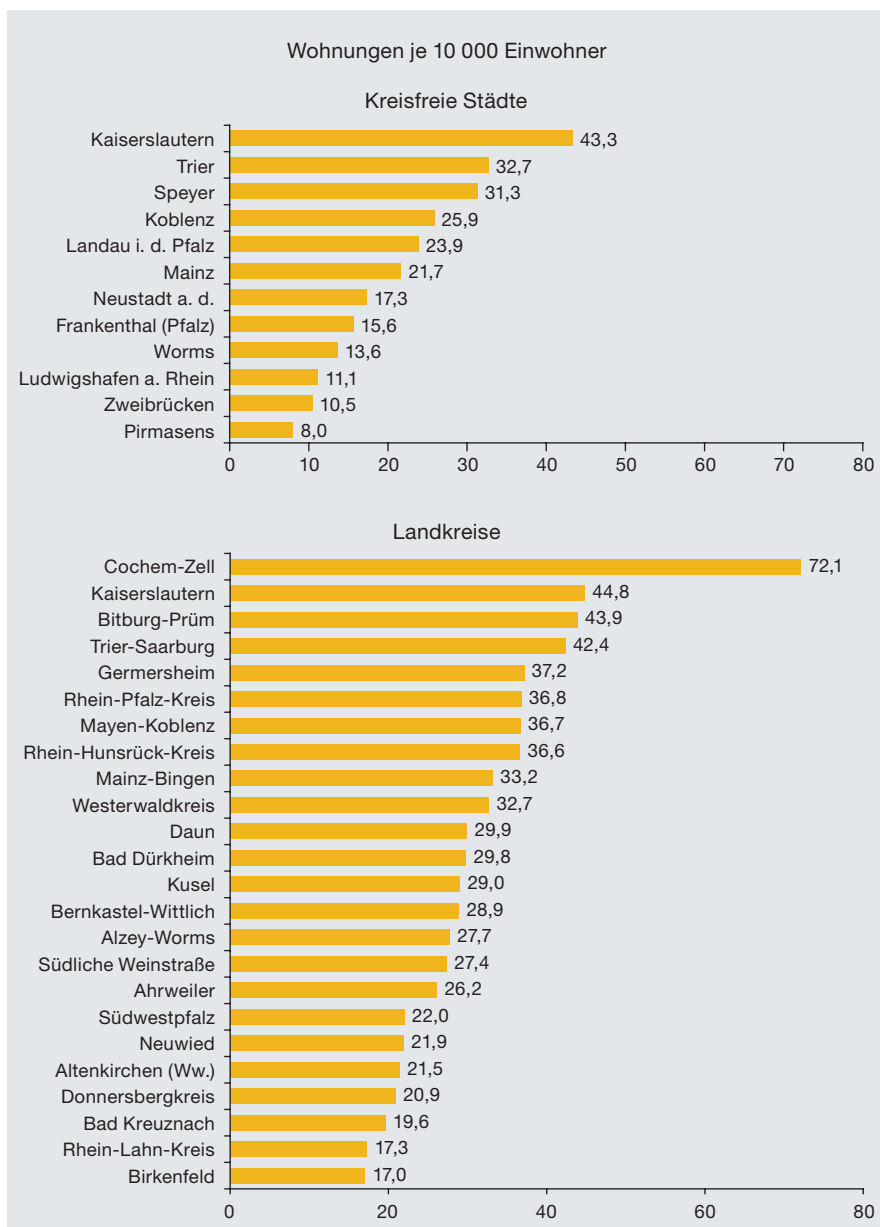


in Mehrfamilienhäusern (1 939) entfiel ein Anteil von 16,6%. Die übrigen Neubauwohnungen (214) liegen in Wohnheimgebäuden.

Der Rückgang der erteilten Baugenehmigungen manifestiert sich in einer spürbar geringeren Bauproduktion. Die geplante Wohnfläche summierte sich auf rund 1,5 Mill. m<sup>2</sup>, das waren 15% weniger als im Jahr 2005. Die von den Bauherren im Wohnbau vorgesehenen reinen Baukosten lagen mit rund 1,85 Mill. Euro um gut 16% niedriger als im Jahr 2004.

Die Wohnungsbauentwicklung auf Kreisebene verlief im Jahresvergleich mit wenigen Ausnahmen negativ. Ein Zuwachs an Baugenehmigungen für Wohngebäude war lediglich – allerdings basierend auf niedrigen Vorjahreswerten – in den Städten Trier (+19,6%), Landau (+28,8%), Worms (+10,5%), Zweibrücken (+19,2%) und Mainz (+8,1%) zu beobachten. In den Landkreisen wurden nur im Rhein-Pfalz-Kreis (+1,7%) und im Kreis Bad Dürkheim (+1,6%) mehr Bauanträge bewilligt als im Jahr zuvor. Einen Ausnahmefall stellt der Landkreis Cochem-Zell dar. Hier verdoppelten sich binnen Jahresfrist die Baugenehmigungen für neue Wohnhäuser von 223 auf 445. Dieser Zuwachs an Baufreigaben ist allerdings auf den geplanten Bau einer Ferienhaussiedlung zurückzuführen. Wegen dieses Sondereffekts liegt der Landkreis Cochem-Zell auch bei der Zahl der genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner an der Spitze. Schlusslicht ist hier der Landkreis Birkenfeld. Bei den Städten lag hier Kaiserslautern

#### Baugenehmigungen für neue Wohnungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2005



vorn, die wenigsten Wohnungen je 10 000 Einwohner wurden in Pirmasens genehmigt.

Insgesamt wurden in den kreisfreien Städten 1 206 Wohngebäude mit 2 238 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das waren bei den Gebäuden knapp 6% weniger als 2004, bei den

Wohnungen fiel der Rückgang mit rund –17% deutlich höher aus. In den Landkreisen sank die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude um 13% auf 7 522. Darin befanden sich 9 409 Wohneinheiten, das sind 15,7% weniger, als im Vorjahr errichtet werden sollten.



Gegen Jahresende war die Zahl der Baugenehmigungen deutlich angestiegen, offensichtlich wegen des Wegfalls der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006. Im November wurden 1 141 Gebäude zum Bau freigegeben, im Dezember waren es 997. Von Januar bis Oktober waren im Durchschnitt monatlich 790 Baugenehmigungen für Wohnhäuser erteilt worden.

### Industrie investierte im Jahr 2004 rund 2,1 Mrd. Euro

Die rheinland-pfälzische Industrie investierte im Jahr 2004 mehr als 2,1 Mrd. Euro. Das Investitionsvolumen lag um 20,7 Mill. Euro bzw. 1 % unter dem Vorjahresergebnis. Mit fast 1,9 Mrd. Euro entfiel der Hauptanteil der Investitionssumme auf Maschinen und maschinelle Anlagen, der Rest wurde für Grundstücke und Gebäude aufgewendet. Die Investitionen in Maschinen blieben um 2,7 % unter dem Wert des Vorjahres.

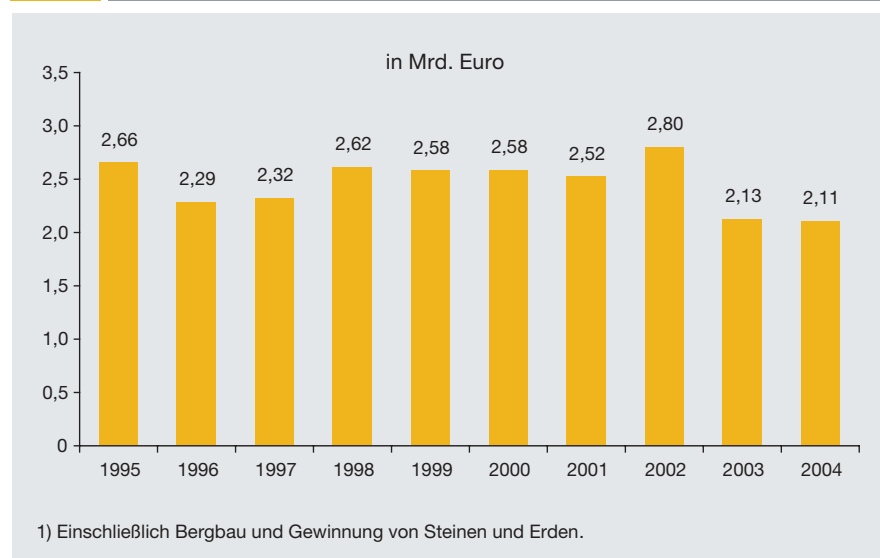
Auf die Hersteller von chemischen Erzeugnissen entfiel mit 484,4 Mill. Euro etwas weniger als ein Viertel der gesamten Investitionsausgaben. Diese Branche reduzierte zwar ihre investiven Ausgaben gegenüber 2003 um 34,8 %, blieb aber weiterhin an erster Stelle. Zum zweitgrößten Investor entwickelte sich der Fahrzeugbau, der mit einer Investitionssumme von 305,2 Mill. Euro den Vorjahreswert um 38,5 % überschritt. Das Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung rangiert an dritter Stelle mit einem Investitionsvolumen von 281,1

### Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup> 2004

Wirtschaftszweig	Bruttoanlageinvestitionen	Veränderung gegenüber 2003
	1 000 Euro	%
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	484 409	-34,8
Fahrzeugbau	305 241	38,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	281 123	8,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	277 219	58,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	165 421	-10,6
Maschinenbau	142 323	13,0
Glasgewerbe, Herst. von Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	113 104	16,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	102 510	9,1
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	92 639	.
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	43 614	76,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	33 115	58,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	28 054	-1,3
Textil- und Bekleidungsgewerbe	25 406	58,8
Sonstige	11 598	.
<b>Insgesamt</b>	<b>2 105 774</b>	<b>-1,0</b>

1) Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

### Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup> 1995–2004



Mill. Euro, das waren 8,9 % mehr als im Vorjahr. Den höchsten Investitionszuwachs meldeten die Betriebe der Metallbranche; hier wurden 277,2 Mill. Euro investiert, 102,4 Mill. mehr als im Vorjahr. Diese vier Branchen

investierten zusammen mehr als 1,3 Mrd. Euro und vereinten somit 64 % aller Investitionen des verarbeitenden Gewerbes auf sich.

Auch bundesweit waren die Investitionen der Industrie im Jahr 2004



rückläufig. Mit 48,4 Mrd. Euro lagen sie um 0,5% unter dem Vorjahresniveau.

Detaillierte Ergebnisse enthält der kürzlich erschienene Statistische Bericht „Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2004“, der kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden kann: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/index.html>.

### Rekord im Tourismus: Im Jahr 2005 kamen so viele Gäste wie noch nie

#### Übernachtungszahlen etwa auf Vorjahresniveau

Mit nahezu 7,4 Mill. Gästen konnte die rheinland-pfälzische Tourismusbranche im Jahr 2005 ein neues Rekordergebnis erzielen. Das bisherige Spitzenresultat aus dem Jahr 2000 (7,2 Mill. Gäste) wurde übertroffen. Damit setzte sich die positive Entwicklung bei den Gästeankünften im dritten Jahr in Folge fort. Die Übernachtungszahlen blieben mit 21,1 Mill. gegenüber dem Vorjahr auf nahezu konstant hohem Niveau. Während die Übernachtungen ausländischer Touristen zunahmen, gingen die Zahlen beim Inlandstourismus leicht zurück.

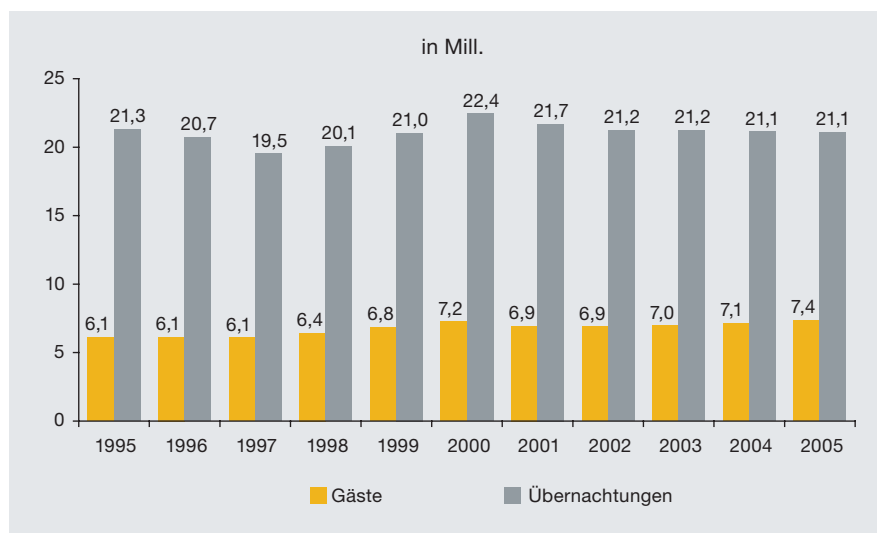
Aus den Niederlanden kamen wieder die meisten ausländischen Besucher nach Rheinland-Pfalz. Mit 1,7 Mill. Übernachtungen (+1,5%) entfiel mehr als ein Drittel der Auslandsübernachtungen auf dieses Herkunftsland. Auf

### Gäste und Übernachtungen<sup>1)</sup> 2005 nach Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten

Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2004	insgesamt	Veränderung gegenüber 2004
	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Rheinland-Pfalz</b>				
Aus dem Ausland	1 551 796	6,1	4 384 441	5,4
Aus Deutschland	5 801 592	2,0	16 725 609	-1,4
<b>Insgesamt</b>	<b>7 353 388</b>	<b>2,8</b>	<b>21 110 050</b>	<b>-0,1</b>
<b>nach Fremdenverkehrsgebieten</b>				
Rheinhessen	698 728	4,1	1 229 471	3,3
Rheintal	871 279	4,8	1 980 251	2,3
Hunsrück/Nahe/Glan	623 681	2,8	2 271 396	0,8
Mosel/Saar	1 835 528	3,1	5 727 196	0,1
Eifel/Ahr	1 257 115	2,6	4 258 754	-0,4
Pfalz	1 556 264	2,5	4 097 721	-0,6
Westerwald/Lahn/Taunus	510 793	-1,1	1 545 261	-4,9
<b>nach Betriebsarten</b>				
Ferienhäuser, -wohnungen	214 500	18,8	910 066	6,0
Hotels	3 903 354	3,6	7 982 624	2,2
Hotels garnis	475 916	3,3	994 773	1,2
Jugendherbergen u.ä. Einrichtungen	538 348	4,1	1 202 621	0,5
Ferienzentren	355 846	-0,1	1 715 943	0,0
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	101 269	-1,7	2 210 878	-1,1
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	426 922	1,6	1 329 485	-1,8
Gasthöfe	301 472	-3,5	802 000	-2,9
Privatquartiere <sup>2)</sup>	753 285	0,1	3 087 956	-4,4
Pensionen	282 476	0,9	873 704	-4,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Neben Privatquartieren mit weniger als 9 Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Betten berücksichtigt.

### Gäste und Übernachtungen 1995–2005





Rang zwei folgten die Belgier mit fast 800 000 Übernachtungen (+10%). Das Übernachtungsvolumen der Briten stieg um 4,6% auf 427 000 Besucher, aus den USA buchten 382 000 Übernachtungen (+0,9%).

Zuwächse verbuchten Ferienhäuser und -wohnungen, Hotels, Hotel garnis sowie Jugendherbergen. In den großen rheinland-pfälzischen Ferienzentren und Bungalowparks blieben die Übernachtungszahlen gegenüber 2004 unverändert. In den übrigen Beherbergungsbetrieben war die Entwicklung rückläufig.

Nicht alle Fremdenverkehrsregionen profitierten von der positiven Entwicklung: Drei Regionen – Rheinhessen,

Rheintal und Hunsrück/Nahe/Glan – erzielten Zuwächse bei den Übernachtungszahlen zwischen 3,3 und 0,8%. An Mosel und Saar stiegen die Übernachtungszahlen nur geringfügig, die Fremdenverkehrsgebiete Eifel/Ahr, Pfalz und Westerwald/Lahn/Taunus mussten Einbußen hinnehmen. Mit Ausnahme des Gebiets Westerwald/Lahn/Taunus lagen die Gästezahlen in allen Tourismusregionen höher als im Jahr 2004.

Die Ergebnisse basieren auf der monatlichen Befragung aller Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Fremdenbetten sowie der Kleinbetriebe in ausgewählten Fremdenverkehrsorten in Rheinland-Pfalz.

## Weniger Umsatz im Gastgewerbe

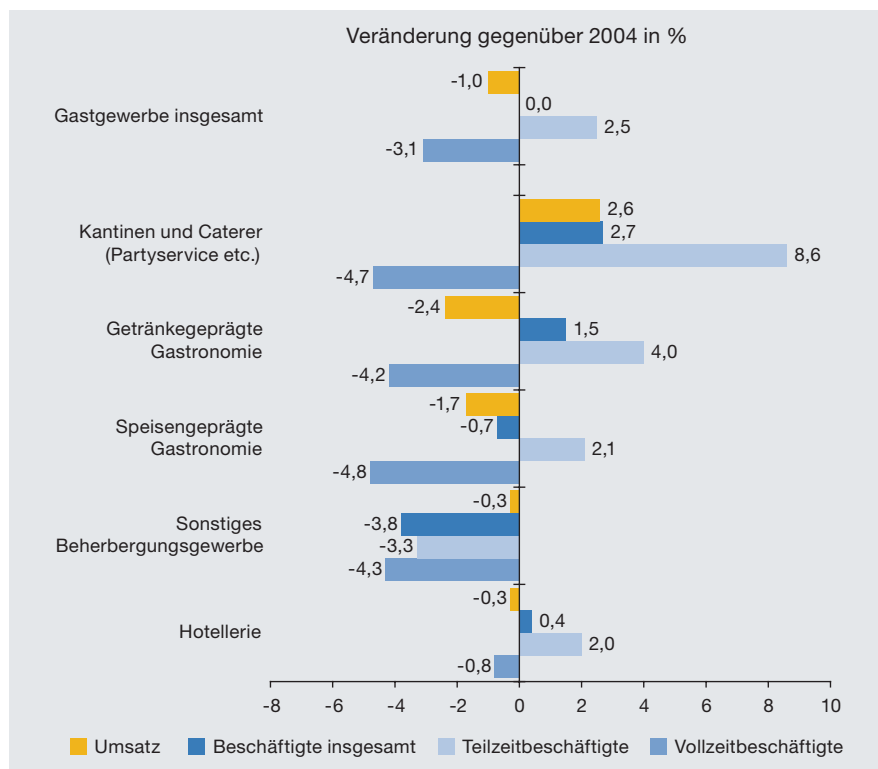
### Zuwachs bei Teilzeitbeschäftigten

Der Umsatz der rheinland-pfälzischen Gastgewerbeunternehmen war nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2005 nominal um 1% niedriger als im Jahr zuvor. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, verzeichnete die Branche ein Umsatzminus von 2,2%. Bundesweit wurden im Gastgewerbe nominal 0,6% und in jeweiligen Preisen 1,8% weniger umgesetzt als im Jahr 2004.

Deutlich rückläufig war in Rheinland-Pfalz der nominale Umsatz in der getränkegeprägten Gastronomie (-2,4%), zu der beispielsweise Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale sowie Bars und Vergnügungslokale gehören. Einen Umsatzrückgang von 1,7% gegenüber dem Vorjahr mussten die Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben (speisengeprägte Gastronomie) hinnehmen. Die Umsätze der Hotellerie und des sonstigen Beherbergungsgewerbes verharren etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Dagegen konnten die Kantinen und Caterer (Partyservice etc.) ihren Umsatz um 2,6% steigern.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe veränderte sich gegenüber 2004 nicht; allerdings setzte sich die seit längerem zu beobachtende Verlagerung von den Vollzeitkräften hin zu den Teilzeitbeschäftigten fort. Während die Zahl der Teilzeitkräfte um 2,5% zunahm, sank die Vollbe-

**Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe 2005 nach Betriebsarten**





schäftigtenzahl um 3,1%. Deutliche Zuwächse bei der Zahl der Teilzeitkräfte meldeten vor allem die Kantinen und Caterer (+8,6%) und die getränkegeprägte Gastronomie (+4%).

Im Monat Dezember musste die Branche gegenüber dem Vorjahresmonat einen Umsatzrückgang hinnehmen (nominal -1,7%, real -2,5%). Allein die Kantinen und Caterer verbuchten im Dezember im Vergleich zum Vorjahresmonat einen kräftigen Umsatzzuwachs (+4%).

Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 700 Gastronomieunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 4% aller Gastgewerbeunternehmen im Land. Die Angaben für Filialbetriebe von Hotel- und Restaurantketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Daten enthalten. Im Rahmen dieser Stichprobenerhebung werden keine absoluten Zahlen ausgewiesen. Regionalangaben liegen ebenfalls nicht vor.

### In 2005 leichter Umsatz- und Beschäftigtenzuwachs im Einzelhandel

#### Umsätze in der Weihnachtszeit nur auf dem Niveau des Vorjahres

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und ohne Tankstellen – setzte im Jahr 2005 nach vorläufigen Berechnungen 1,1% mehr um als im Vorjahr. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, lag das Umsatzplus bei 0,4%.

Bundesweit nahmen die Umsätze nach vorläufigen Ergebnissen in jeweiligen Preisen um 1,2 und preisbereinigt um 0,7% zu.

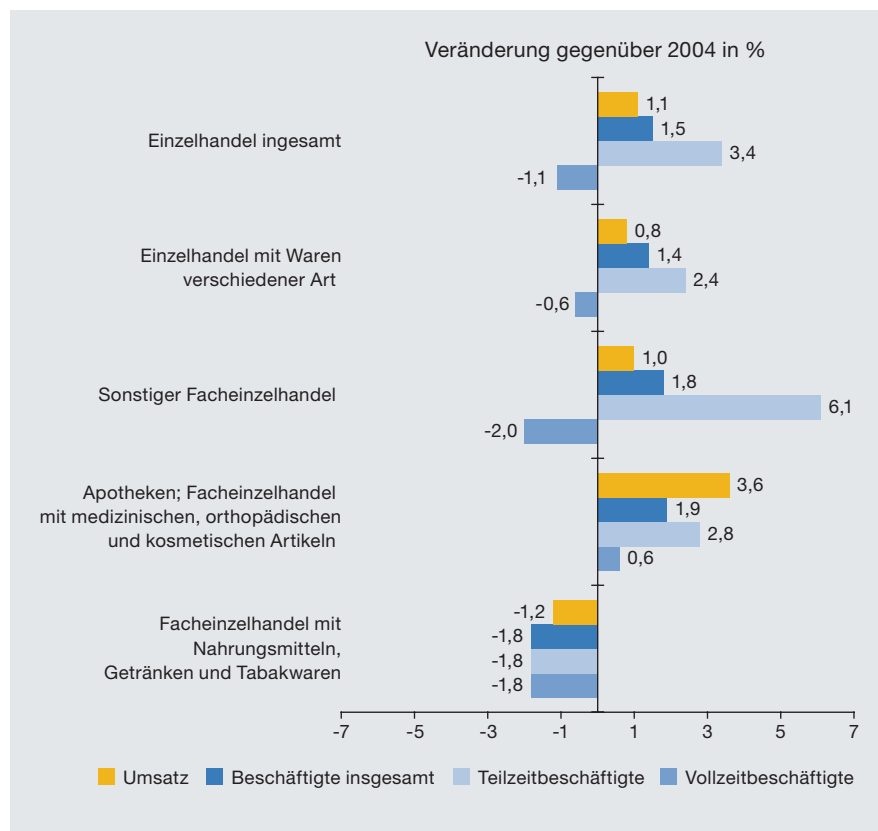
Deutliche Steigerungen der nominalen Umsätze konnten die Apotheken und der Fachhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln sowie Parfümeriewaren und Körperpflegemitteln erzielen (+3,6%). Einen leichten Umsatzzuwachs verbuchte neben dem sonstigen Fachhandel auch der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Geschäfte mit einem umfangreichen Warensortiment (z. B. Kauf- und Warenhäuser, Supermärkte) gehören. Hingegen musste der Fachhandel mit Nah-

rungsmitteln, Getränken und Tabakwaren Umsatzeinbußen hinnehmen.

Die Zahl der Beschäftigten insgesamt wuchs gegenüber 2004 um 1,5%. Die seit längerem zu beobachtende Verlagerung von den Vollzeitbeschäftigten (-1,1%) hin zu den Teilzeitbeschäftigten (+3,4%) setzte sich auch 2005 fort.

Im Dezember 2005 verzeichnete der rheinland-pfälzische Einzelhandel gegenüber dem Vorjahresmonat unveränderte Umsätze, real wurden aber 0,6% weniger umgesetzt als im Dezember 2004. Der Dezember ist wegen des Weihnachtsgeschäfts traditionell der umsatzstärkste Monat

#### Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel 2005





im Einzelhandel; hier war – nach der Kaufzurückhaltung früherer Jahre – allgemein eine Steigerung erwartet worden. Lediglich der sonstige Fach-einzelhandel konnte im Dezember nominal mehr umsetzen als im Vorjahresmonat (+1,4%). Dagegen verlor der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren 1,3% an Umsatz.

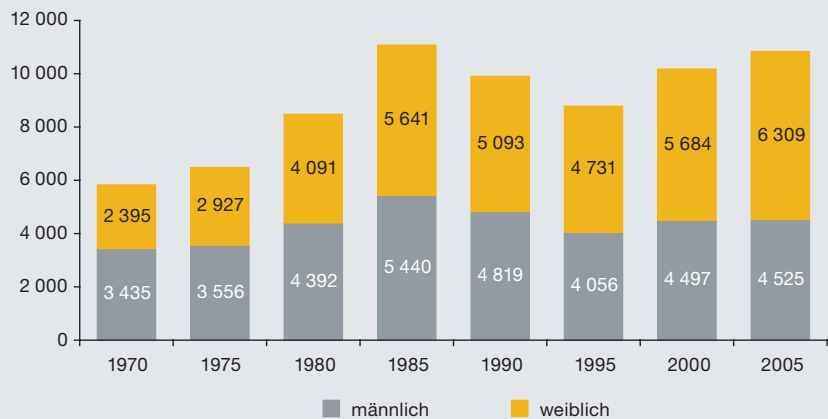
Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 1 800 Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 9% aller Einzelhändler. Die Angaben für Filialbetriebe von Einzelhandelsketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Daten enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

### Fast ein Viertel mehr Abiturienten als vor zehn Jahren

### Annähernd jede(r) Vierte macht Abitur

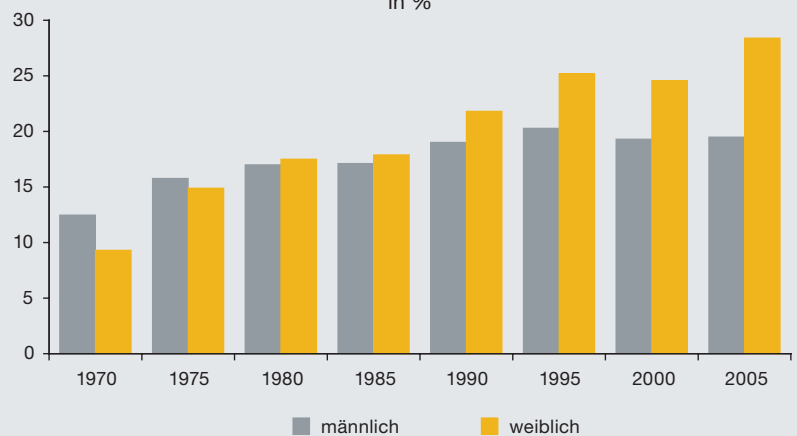
Zurzeit „büffeln“ in Rheinland-Pfalz wieder Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, integrierten Gesamtschulen, freien Waldorfschulen und Kollegs für das Abitur. Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten dürfte auch in diesem Jahr erneut höher ausfallen als in den Vorjahren. Dies ist zum einen die Folge demographisch bedingt zunehmender Jahrgangsstärken, zum anderen wirkt sich aus, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler nach einem „höheren“ Schulabschluss streben.

**Abiturienten an allgemein bildenden Schulen 1970–2005 nach Geschlecht**



**Abiturientenquoten 1970–2005 nach Geschlecht**

Abiturienten an allgemein bildenden Schulen bezogen auf den Durchschnittsjahrgang der 18–20-jährigen Bevölkerung gleichen Geschlechts in %



Im vergangenen Jahr erlangten 10 834 Absolventen allgemein bildender Schulen die allgemeine Hochschulreife. Das sind 23,3% mehr als zehn Jahre zuvor (8 787). Gegenüber dem Jahr 2004 ergab sich eine Zuwachsrate von 3,7% oder 383 Abiturienten.

Unter den Absolventen des Abi-Jahrgangs 2005 waren Frauen mit 58,2%

deutlich in der Mehrzahl. Im Jahr 1995 hatte ihr Anteil mit 53,8% noch deutlich niedriger gelegen. Seit nunmehr Mitte der 1980er Jahre stellen Frauen das Gros unter den Abiturienten. Lediglich 265 Abiturienten (2,4%) des Jahrgangs 2005 hatten einen ausländischen Pass. Der Frauenanteil unter den ausländischen Absolventen lag hier ebenfalls über 58%.



Die dargestellten Entwicklungen spiegeln sich auch in der Abiturientenquote. In dieser Verhältniszahl werden die Absolventen eines Jahrgangs auf einen fiktiven Durchschnittsjahrgang der 18 bis 20-jährigen Bevölkerung (Durchschnitt aus den drei Altersjahrgängen) bezogen. Sie ist damit ein Maß für den Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das Abitur erlangten. Die Abiturientenquote lag im Jahr 2005 bei 24%. Zehn Jahre zuvor waren es noch 22% gewesen. Während der Anteil männlicher Abiturienten in den vergangenen zehn Jahren von 19,9 auf 19,5% sank, stieg die Quote der weiblichen Absolventen zwischen 1995 und 2005 von 24,4 auf 28,4%.

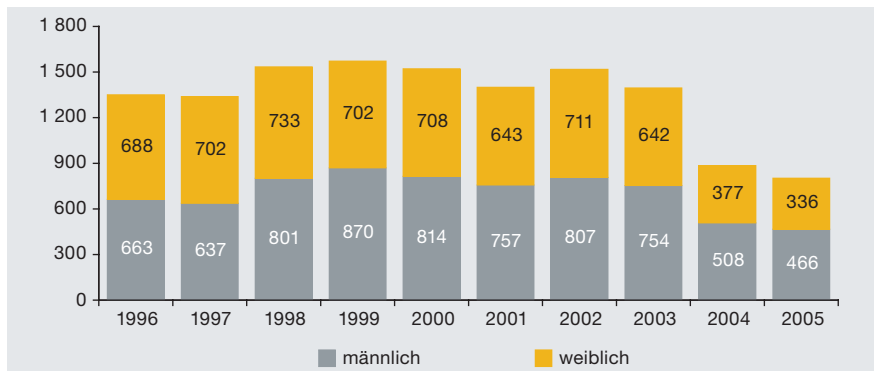
### Zahl der Gaststudierenden weiterhin rückläufig

### Fast zwei Drittel sind älter als 60 Jahre

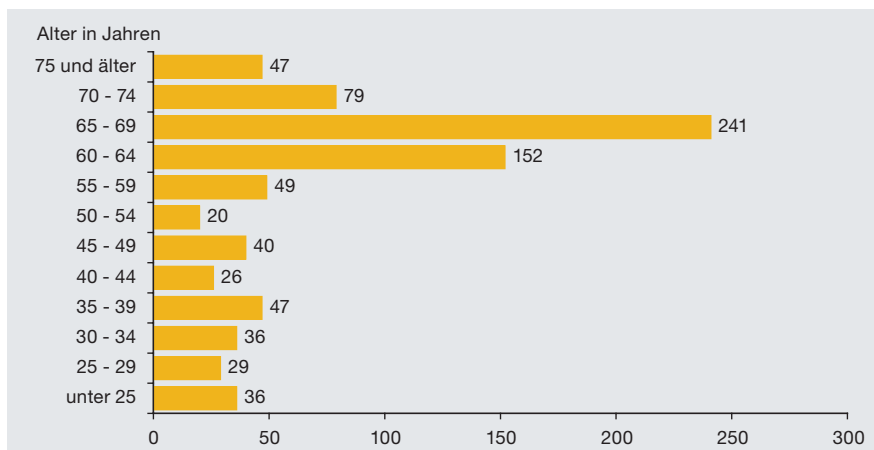
Im laufenden Wintersemester 2005/06 studieren an den Hochschulen 336 Gasthörerinnen und 466 Gasthörer. Das sind 83 Gaststudierende oder 9,4% weniger als im Vorjahr. Bereits im Wintersemester 2004/05 waren infolge der Einführung von Studiengebühren für Gasthörer, die sich auf bis zu 250 Euro je Semester belaufen können, die Zahlen stark rückläufig.

Ganz im Sinne des „lebenslangen Lernens“ nutzen viele Ruheständler ihre Freizeit zur Weiterbildung. Die stärkste Gruppe der Gaststudierenden stellen mit einem Anteil von 30% (241) die 65- bis 69-Jährigen.

**Gasthörer/-innen in den Wintersemestern 1996/97–2005/06 nach Geschlecht**



**Gasthörer/-innen im Wintersemester 2005/06 nach Altersgruppen**



19% (152) sind zwischen 60 und 65 Jahren und knapp 10% zwischen 70 und 75 Jahren alt. Immerhin fast 6% oder 47 Personen haben bereits das 75. Lebensjahr vollendet. Damit sind rund 65% (519) der eingeschriebenen Gasthörerinnen und Gasthörer 60 Jahre und älter. Der „Seniorenanteil“, der im Vorjahressemester noch bei gut 63% lag, hat sich damit weiter erhöht. Infolgedessen stieg auch das Durchschnittsalter der Gaststudierenden auf nunmehr 57,6 Jahre.

Der auch in diesem Semester zu beobachtende allgemeine Rückgang

an Gaststudierenden betrifft sowohl die „ältere Generation“ als auch die Altersgruppe der unter 60-Jährigen. Allerdings fällt das Minus bei den „Älteren“ mit 7,5% deutlich moderater aus als bei den „Jüngeren“ (12,7%).

Annähernd jeder siebte Gaststudierende belegt in einer ersten Fachrichtung Lehrveranstaltungen der Sprach- und Kulturwissenschaften; 17% bilden sich in mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen weiter und knapp 6% haben ihre Interessen in kunstwissenschaftlichen Bereichen.



Die meisten Gasteinschreiber (287) wurden an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gezählt, gefolgt von der Universität Trier (147) und der Theologischen Fakultät Trier (115).

Gaststudierende dürfen auch ohne allgemeine Hochschulreife Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen, können jedoch keine Prüfungen ablegen. Die Hochschulen bieten im Rahmen der Gasthörerausbildung einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlich geforderten „lebenslangen Lernen“.

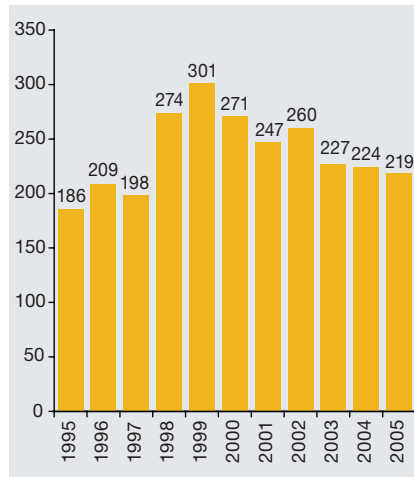
### An Studienkollegs werden 219 ausländische Studienbewerber betreut

#### Die meisten kommen aus dem asiatischen Raum

An den beiden internationalen Studienkollegs in Mainz und Kaiserslautern bereiten sich zurzeit 219 junge Menschen auf ein Studium vor. Das sind fünf Personen weniger als vor einem Jahr.

76 ausländische Studienbewerber stammen aus Asien, 63 kommen aus dem europäischen Ausland. Aus afrikanischen Staaten werden 47 und vom amerikanischen Kontinent 33 Personen auf das Studium in Deutschland vorbereitet. Insgesamt kommen die Studienbewerber aus 42 verschiedenen Ländern. Die am stärksten vertretenen Nationen sind Marokko mit 42, China und Peru mit jeweils 15, Indonesien mit 14 und die Türkei mit elf Personen.

**Studienkollegiaten  
1995–2005**



Den 90 Männern und 129 Frauen werden an den Studienkollegs die für ein Hochschulstudium notwendigen sprachlichen und fachlichen Voraussetzungen in einem auf zwei Semester angelegten Kurs vermittelt. Am Ende dieser vorakademischen Ausbildung ist eine Feststellungsprüfung abzulegen, durch die – bei entsprechendem Leistungsstand – die Zugangsberechtigung zur Aufnahme eines Fachstudiums an einer

deutschen Hochschule erlangt wird. 69% der zurzeit immatrikulierten Studienbewerber streben die allgemeine Hochschulreife, die übrigen die Fachhochschulreife an.

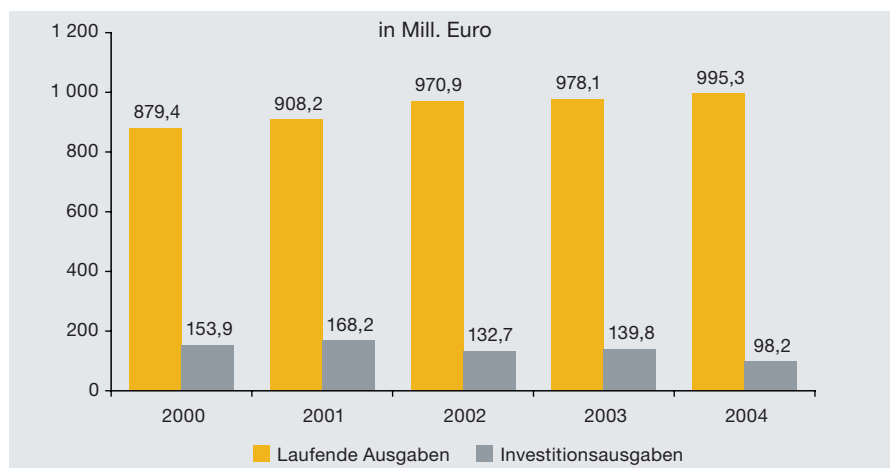
Im Wintersemester 2004/05 waren an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 031 ausländische Studierende eingeschrieben, die ihre Hochschulzugangsberechtigung über den Besuch eines Studienkollegs erlangt hatten. Das war gut 1% aller Studierenden. Bundesweit lag dieser Anteil bei 0,6%.

### Laufende Ausgaben für staatliche Hochschulen leicht gestiegen

#### Investitionsvolumen deutlich unter dem Vorjahresniveau

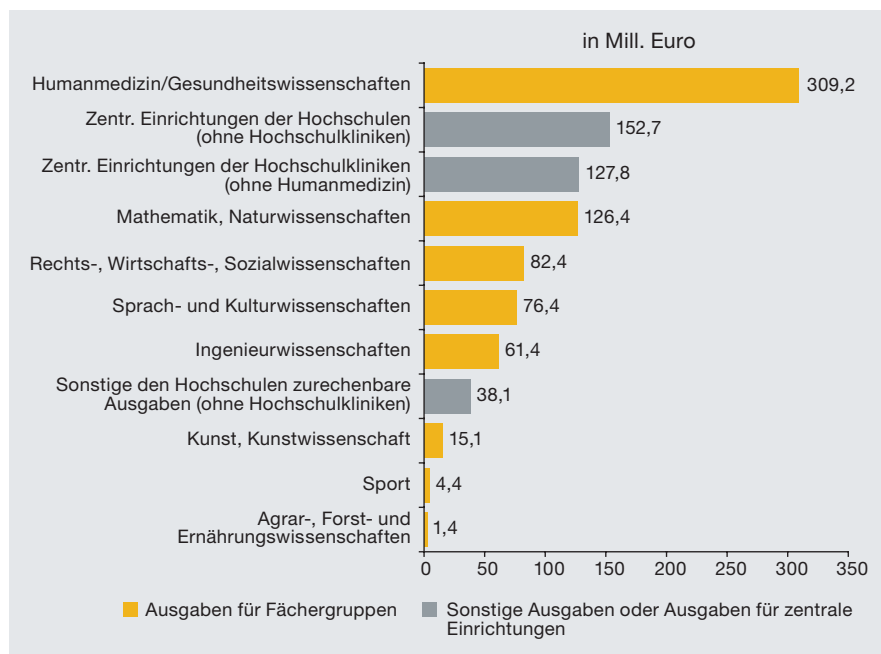
Im Jahr 2004 wendete das Land Rheinland-Pfalz 995 Mill. Euro für die laufenden Ausgaben der staatlichen Hochschulen auf, 1,8% mehr als 2003. Die Ausgaben für die

**Ausgaben für die staatlichen Hochschulen 2000–2004  
nach Art der Ausgabe**





### Laufende Ausgaben für die staatlichen Hochschulen 2004 nach Fächergruppe bzw. Einrichtung



Hochschulen machten einen Anteil an den laufenden Ausgaben des Landes von 9,6% aus. Nahezu 70% der laufenden Ausgaben wurden für die Beschäftigten benötigt, die übrigen 30% betrafen den sächlichen Verwaltungsaufwand.

98 Mill. Euro wurden im Jahr 2004 für Investitionen aufgewendet, das waren fast 30% weniger als 2003. Damit wurden 7% der Investitionsmittel des Landes für die staatlichen Hochschulen verwandt. Von den Investitionsausgaben entfielen 56,8% auf Baumaßnahmen und 37,7% auf den Erwerb von beweglichen Sachen. Die übrigen Investitionsmittel wurden für Ersteinrichtungen und den Erwerb von Grundstücken benötigt.

Die Universitäten des Landes gaben 486 Mill. Euro aus, davon 41 Mill. Euro investiv. Die Hochschulkliniken

verbuchten laufende Ausgaben in Höhe von 407 Mill. Euro und investierten 42 Mill. Euro; die Mittel wurden sowohl für Lehre und Forschung als auch Krankenbehandlung aufgewendet. Die Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen wandten für laufende Zwecke 133 Mill. Euro und für Investitionen 14 Mill. Euro auf. Die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer tätigte laufende Ausgaben in Höhe von 10 Mill. Euro und investierte knapp 1 Mill. Euro.

Auf die medizinischen Fachbereiche und deren zentrale Einrichtungen entfielen 44% aller Hochschuleausgaben. Die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften beanspruchte 13,1%; für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften standen 8,2% der Mittel zur Verfügung. Für die Sprach- und

Kulturwissenschaften lag der Anteil bei 7,5%, während er für die Ingenieurwissenschaften 6,1% betrug. Vergleichbare Zahlen für das Bundesgebiet liegen noch nicht vor.

Bei den „laufenden Grundmitteln“ für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschuleausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Sie werden berechnet, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmitteleinnahmen abgezogen werden. Die laufenden Grundmittel enthalten keine Investitionsausgaben und keine Zusetzungen für die Altersversorgung und Krankenbehandlung des verbeamteten Hochschulpersonals.

### Rheinland-pfälzische Hochschulen nahmen 119 Mill. Euro Drittmittel ein

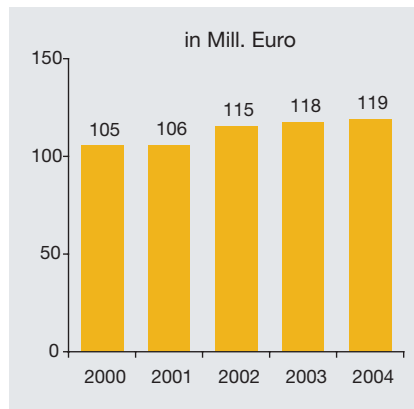
Die staatlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz nahmen im Jahr 2004 von privaten und öffentlichen Einrichtungen 119 Mill. Euro an Drittmitteln ein, beispielsweise von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der gewerblichen Wirtschaft oder dem Bund. Neben den Verwaltungseinnahmen, die im Jahr 2004 bei 325 Mill. Euro lagen, sind die Drittmittel eine bedeutende Finanzierungsquelle für Forschung und Lehre der Hochschulen.



Hohe Drittmittel nahmen Mathematik und Naturwissenschaften (38 Mill. Euro) ein, gefolgt von der Humanmedizin (30 Mill. Euro). Die Ingenieurwissenschaften (14 Mill. Euro) sowie die Sprach- und Kulturwissenschaften (12 Mill. Euro) folgten mit großem Abstand. Auch die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erschlossen sich über Drittmittel eine Finanzierungsquelle von fast 10 Mill. Euro.

Die höchsten Drittmiteleinnahmen verbuchte die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (45 Mill. Euro), gefolgt von der TU Kaiserslautern (28 Mill. Euro), der Uniklinik Mainz (19 Mill. Euro) und der Universität Trier (13 Mill. Euro). Vergleichsweise geringe Drittmittel flossen an die Universität Koblenz-Landau mit 5 Mill. Euro. Die Rangfolge verändert sich, wenn die Größe der Universität über die Zahl der Professorenstellen in die Berechnung mit einfließt. Dann erzielten die höchsten Drittmiteleinnahmen die

**Drittmiteleinnahmen der staatlichen Hochschulen 2004**



Uniklinik Mainz mit 310 200 Euro je Professorenstelle, gefolgt von der TU Kaiserslautern (162 200 Euro je Stelle), der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (111 600 Euro je Stelle) und der Universität Trier (78 800 Euro je Stelle). Den Professorinnen und Professoren an der Universität Koblenz-Landau standen rechnerisch 33 800 Euro Drittmittel je Stelle zur Verfügung.

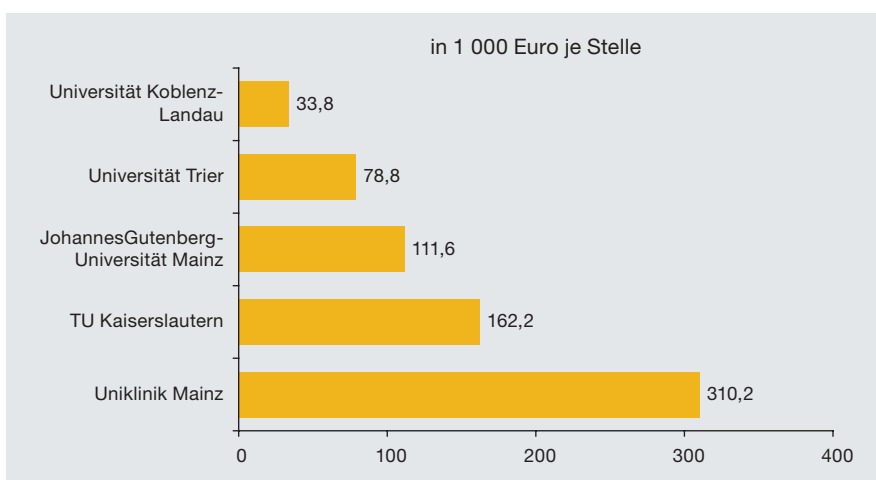
Drittmittel sind solche Mittel, die zur Förderung von Forschung und Ent-

wicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Drittmittel können der Hochschule selbst, einer ihrer Einrichtungen (z.B. Fakultäten, Fachbereichen, Instituten) oder einzelnen Wissenschaftlern im Hauptamt zur Verfügung gestellt werden. Verwaltungseinnahmen erzielen die Hochschulen zu über 80% in den medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen.

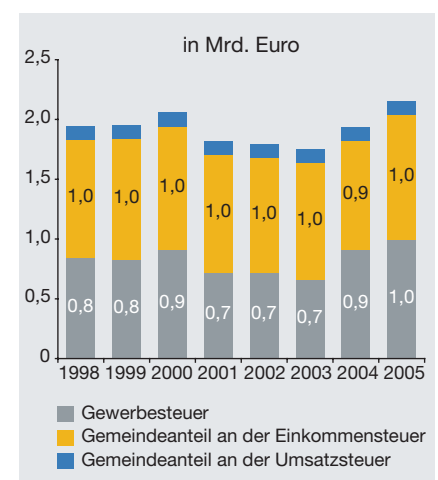
### 2005: Mehr Einnahmen der Gemeinden aus der Gewerbesteuer, der Einkommen- und der Umsatzsteuer

Die Gemeinden nahmen im Jahr 2005 aus der Gewerbesteuer und ihrem Anteil an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer insgesamt 2,156 Mrd. Euro ein. Das waren 6% mehr als im Jahr 2004. Die Steuereinnahmen der

**Drittmittel je Professorenstelle 2004**



**Einnahmen der Gemeinden aus der Gewerbesteuer und Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern 1998–2005**





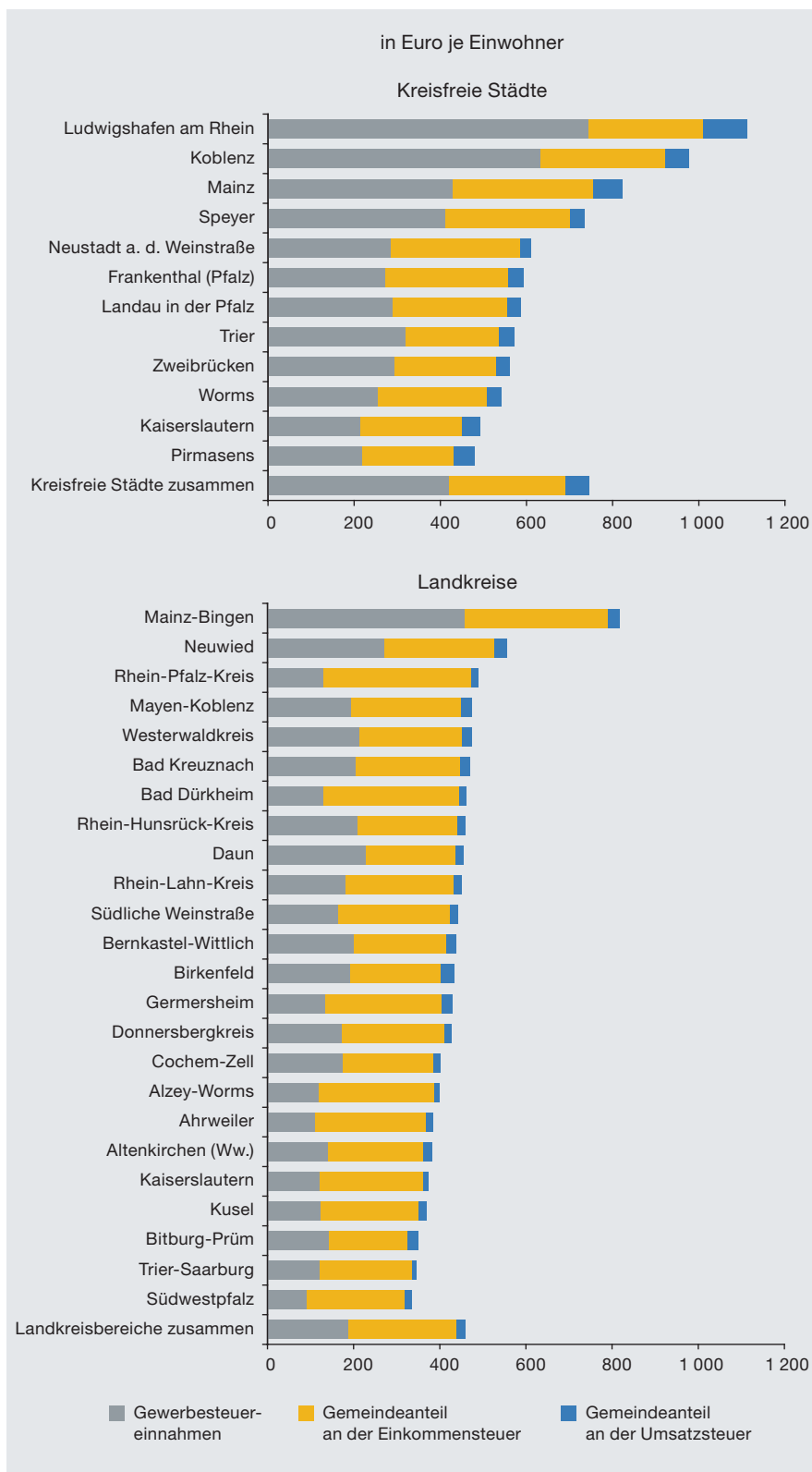
Städte und Gemeinden stiegen damit im zweiten Jahr in Folge an, nachdem sie in den Jahren 2001 bis 2003 vor allem wegen geringer Gewerbesteuerereinnahmen gesunken waren.

Im vergangenen Jahr verzeichneten die Einnahmen aus der Gewerbesteuer den größten Zuwachs. Sie stiegen um 9,9% auf 996 Mill. Euro. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich der Ausgleichsleistungen belief sich auf 1,044 Mrd. Euro und ist damit die ergiebigste Steuerquelle der Gemeinden; gegenüber dem Vorjahr wuchsen die Einnahmen um 3%. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer betrug 116 Mill. Euro und ist um 1,2% gewachsen.

Die höchsten Einnahmen pro Einwohner verzeichneten die kreisfreien Städte mit 746 Euro. Unter den kreisfreien Städten ragt vor allem Ludwigshafen dank der hohen Gewerbesteuerereinnahmen mit 1 110 Euro je Einwohner heraus. Auf weniger als 500 Euro je Einwohner kamen die Städte Kaiserslautern und Pirmasens.

Die kreisangehörigen Gemeinden nahmen im Schnitt 459 Euro je Einwohner ein. Im Landkreis Mainz-Bingen waren die Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden mit 817 Euro je Einwohner am höchsten, weil hier neben der Gewerbesteuer auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer besonders ergiebig war. Die Einnahmesituation verbesserte sich hier gegenüber dem Jahr 2004 um 18,1%. Die wenigsten Steuermittel flossen in die Kassen der kreisangehörigen Gemeinden in der

#### Einnahmen aus der Gewerbesteuer und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer 2005





Südwestpfalz (336 Euro je Einwohner), dies vor allem wegen der sehr niedrigen Gewerbesteuererinnahmen, die entgegen dem allgemeinen Trend auch noch rückläufig waren.

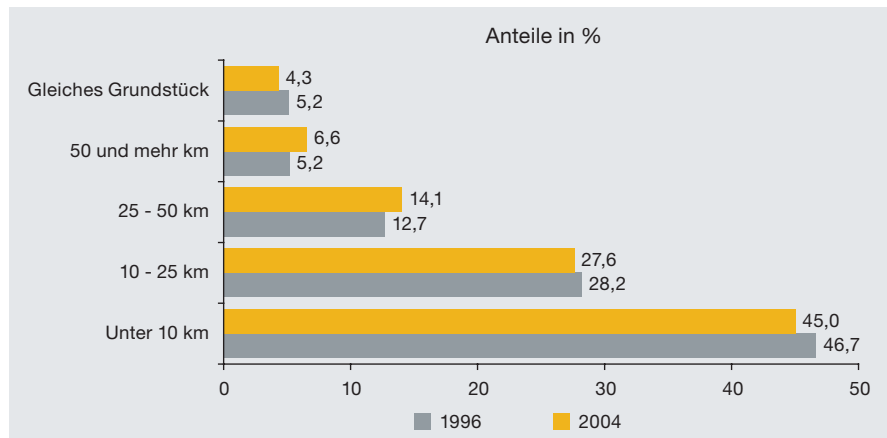
### Der Weg zur Arbeit ist für viele Rheinland-Pfälzer weiter geworden

#### 70% der Berufspendler sind mit dem Auto unterwegs

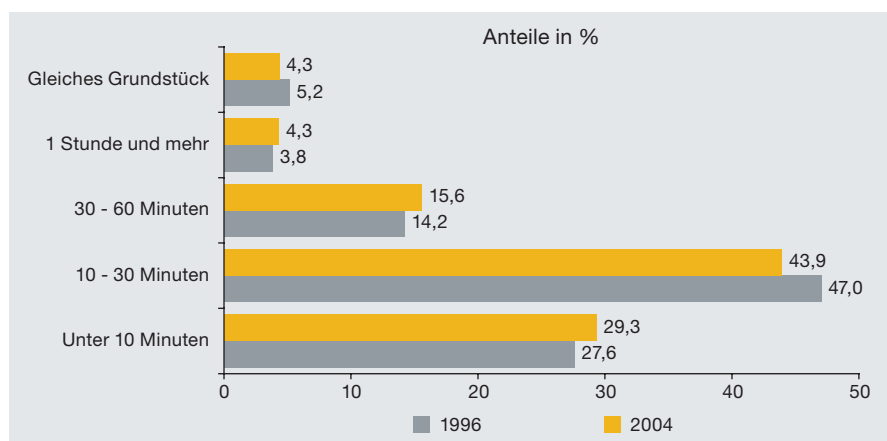
Der Anteil der rheinland-pfälzischen Berufspendler, die zwischen Wohnung und Arbeitsplatz mehr als 25 km zurücklegen müssen, ist gestiegen. Im Jahr 2004 wohnten rund 21 % der 1,6 Mill. Erwerbstätigen 25 km und mehr vom Arbeitsort entfernt, bei der Befragung im Jahr 1996 waren es erst 18%. Der Anteil der Pendler, die mindestens 50 km zur Arbeit fahren, ist um 1,4 Prozentpunkte auf 6,6% angestiegen. Als „Nahpendler“ werden Erwerbstätige mit einer Wegstrecke von weniger als 10 km zwischen Wohnung und Arbeitsplatz bezeichnet. Ihr Anteil ist gegenüber 1996 um rund 2 Prozentpunkte auf 45% zurückgegangen. Neben den steigenden Anforderungen an die Mobilität bei der Wahl des Arbeitsplatzes dürfte auch die Stadt-Umland-Wanderung diese Entwicklung beeinflusst haben.

Der Zeitaufwand für den Arbeitsweg hat sich trotz größerer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte seit 1996 nicht so stark verändert. Die weiteren Wege sind offensichtlich durch eine verbesserte Verkehrs-

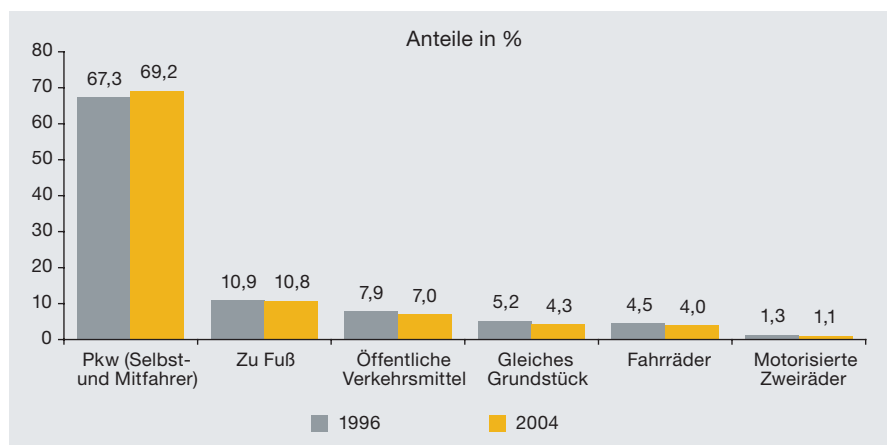
#### Pendler nach der Entfernung zur Arbeitsstätte



#### Pendler nach dem Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte



#### Pendler nach dem überwiegend genutzten Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit





infrastruktur ausgeglichen worden. Weniger als 30 Min. brauchten 73% der Berufstätigen für den Weg zur Arbeit, 1996 waren es noch 75%. Zwischen 30 Min. und einer Stunde benötigten 2004 gut 16% der Pendler, (1996: 14%). Keine Veränderung gab es bei Wegstrecken mit einem Zeitaufwand von mindestens einer Stunde (in beiden Jahren 4%).

Gut 70% der Berufspendler nutzt hauptsächlich das Auto. 66% fahren mit dem eigenen Pkw, 4% bilden Fahrgemeinschaften mit anderen. 7% der Berufspendler greift überwiegend auf öffentliche Verkehrsmittel zurück; dabei nimmt jeder 50. den Zug, jeder 20. fährt mit dem Bus, einer Straßen-, U- oder S-Bahn. Während 5% überwiegend mit Motorrad, Moped, Mofa oder Fahrrad zu ihrem Arbeitsplatz fahren, geht jeder 9. meist zu Fuß. Bei 4,3% lag der Arbeitsplatz im gleichen Haus bzw. auf dem gleichen Grundstück wie die Wohnung. Gegenüber dem Jahr 1996 hat die Zahl der Pendler, die den Pkw benutzen, zugenommen, der Anteil der Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel hat sich reduziert.

Rund 231 000 Rheinland-Pfälzer arbeiten jenseits der Landesgrenzen; nur in Niedersachsen ist die Zahl der

Auspendler mit 259 000 größer. Arbeitswege aus Rheinland-Pfalz führen vornehmlich nach Hessen (32%), Baden-Württemberg (26%) und Nordrhein-Westfalen (21%). Gut 8% der über die Landesgrenzen fahrenden rheinland-pfälzischen Berufspendler arbeiten im Saarland, jeder 11. hat einen Arbeitsplatz im Ausland.

Die Daten stammen aus der Mikrozensusbefragung 2004. Im Turnus von vier Jahren werden im Rahmen dieser jährlichen Befragung von 1% aller Haushalte auch Informationen zum Arbeitsweg erbeten. In Rheinland-Pfalz werden im Rahmen des Mikrozensus 18 000 Haushalte befragt.

### **Geflügelhaltung spielt in Rheinland-Pfalz eine untergeordnete Rolle**

#### **Landwirte halten rund 1,3% des deutschen Bestandes**

Die Geflügelhaltung spielt in Rheinland-Pfalz, im Vergleich zu anderen Bundesländern, eine untergeordnete Rolle. Anfang Mai 2005 hielten rheinland-pfälzische Landwirte knapp 1,6 Mill. Hühner, Enten, Gänse und Truthühner; das waren nur 1,3% des deutschen Bestandes an Geflügel,

der sich auf 120,6 Mill. Tiere belief. Der Schwerpunkt der Geflügelhaltung liegt in Niedersachsen, wo über 44% des deutschen Geflügelbestandes beheimatet waren. In Nordrhein-Westfalen und Bayern wurden 8,6 bzw. 8,1% des deutschen Geflügels gehalten.

98% des in Rheinland-Pfalz gehaltenen Geflügels waren Hühner, die entweder zur Eierproduktion oder für die Hähnchenmast genutzt werden. Enten, Gänse oder Truthühner hatten dagegen kaum Bedeutung. Deutschlandweit belief sich der Anteil der Hühner am Geflügelbestand auf 89%.

Die Daten stammen aus der jährlich im Mai stattfindenden Erhebung der Viehbestände. Die Geflügelbestände gehören allerdings nur in jedem zweiten Jahr zum Erhebungsprogramm. Erfasst werden die Bestände der landwirtschaftlichen Betriebe mit zwei Hektar und mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche bzw. von Betrieben, die über bestimmte so genannte pflanzliche oder tierische Mindesterzeugungseinheiten verfügen. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die vielen kleinen Bestände von Privathaushalten, die überwiegend der Eigenversorgung mit Eiern und Geflügelfleisch dienen.



# Neue Sozialleistung: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung



Von Günter Ickler

Personen, deren Einkommen oder Vermögen zur Sicherung des grundsätzlichen Bedarfs für den Lebensunterhalt nicht ausreicht, haben Anspruch auf so genannte bedarfsorientierte Grundsicherung, wenn sie entweder das 65. Lebensjahr vollendet haben oder zwischen 18 und 65 Jahre alt und in vollem Umfang dauerhaft erwerbsgemindert sind. Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern bleiben dabei grundsätzlich unberücksichtigt. Diese neue Sozialleistung wurde zum 1. Januar 2003 eingeführt.

## Neue Sozialleistung seit 1. Januar 2003

Die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde als neue Sozialleistung Anfang des Jahres 2003 eingeführt. Es handelt sich dabei um eine eigenständige, bedürftigkeitsabhängige Leistung, die älteren bzw. dauerhaft erwerbsgeminderten Menschen den Lebensunterhalt sichern soll. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG), das am 1. Januar 2003 in Kraft trat.

Anders als bei der Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) bleiben bei dieser neuen Sozialleistung Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern der Anspruchsberechtigten grundsätzlich unberücksichtigt. Damit soll das Grundsicherungsgesetz der so genannten „verschämten Armut“ entgegenwirken. Vor

allem ältere Menschen machten Sozialhilfeansprüche häufig nicht geltend, da sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchteten. Bei der Grundsicherung erfolgt erst dann ein Unterhaltsrückgriff, wenn Kinder oder Eltern über ein Jahreseinkommen von mindestens 100 000 Euro verfügen.

Dagegen werden Einkommen, wie zum Beispiel Rentenbezüge, oder Vermögen des Leistungsberechtigten sowie des nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartners bzw. des Partners einer eheähnlichen Gemeinschaft wie in der Sozialhilfe angerechnet. Die Leistungen entsprechen grundsätzlich denen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Statistische Angaben zur bedarfsorientierten Grundsicherung liegen für die Jahre 2003 und 2004 vor. Die Ergebnisse sind jedoch nicht vergleichbar, da im ersten Jahr

Eigenes Einkommen wird angerechnet

Erste Ergebnisse für 2003 und 2004 noch nicht vergleichbar

Gegen verschämte Armut



nach In-Kraft-Treten des Gesetzes ein Teil der Anträge – beispielsweise wegen fehlender Unterlagen – noch nicht bewilligt werden konnte und die Umstellung von der bisherigen Sozialhilfe auf die neue Sozialleistung bei den Bewilligungsstellen schrittweise erfolgte.

Im Vordergrund dieses Beitrags steht die Struktur des Empfängerkreises im Jahr 2004.

## Mehr als 27 000 Empfängerinnen und Empfänger

Leistungen für zwei Empfängergruppen

Das Grundsicherungsgesetz unterscheidet zwei Personengruppen, die Leistungen zur bedarfsorientierten Grundsicherung erhalten können:

- Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und
- 18- bis unter 65-Jährige, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind.

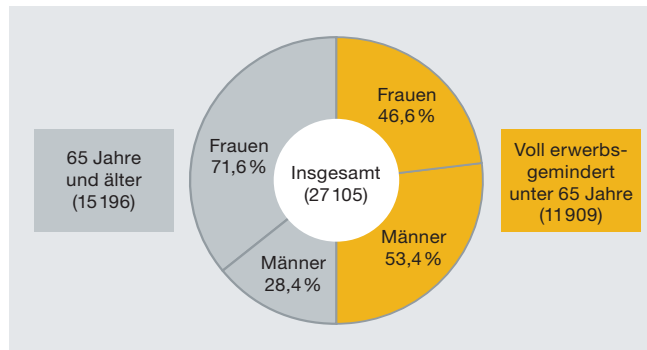
Voll erwerbsgemindert ist, wer auf nicht absehbare Zeit wegen Krankheit oder Behinderung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Die volle Erwerbsminderung muss dauerhaft bestehen, das heißt es muss unwahrscheinlich sein, dass sie behoben werden kann.

Häufiger Leistungen für Ältere als für Erwerbsgeminderte

Zum Ende des Jahres 2004 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 27 105 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 0,82%. Damit liegt Rheinland-Pfalz genau im Durchschnitt der alten Bundesländer. Deutlich weniger als die Hälfte (43,9%) war noch keine 65 Jahre alt und gehörte damit zu dem Personenkreis der voll Erwerbsgeminderten. Mehr als die

S 1

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. 12. 2004



Hälfte (56,1 %) hatte die Altersgrenze von 65 Jahren überschritten und bezog die Grundsicherung aus Altersgründen.

Frauen erhielten die bedarfsorientierte Grundsicherung häufiger (60,6%) als Männer. In der Gruppe der Empfänger, die 65 Jahre oder älter sind, lag der Frauenanteil sogar bei 71,6%. Dieses höhere Maß an Bedürftigkeit dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Rente älterer Frauen häufig nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht.

Mehr Frauen als Männer erhalten Leistungen

Bei den Empfängern, die aus Gründen der vollen Erwerbsminderung Grundsicherungsleistungen erhalten, war hingegen der Männeranteil etwas höher (53,4%). Ursächlich hierfür ist u. a. die höhere Zahl schwerbehinderter Männer in der Altersgruppe der 18- bis 65-Jährigen, die dem Arbeitsmarkt dauerhaft nicht mehr zur Verfügung stehen.

Eine weitere Differenzierung nach dem Alter zeigt, dass die Gruppe der 65- bis 70-jährigen Frauen mit mehr als 3 000 Personen bei den Leistungsbeziehern am häufigsten vertreten war. Dieser Altersgruppe gehörten weniger als 1 900 männliche Empfänger an. Der Altersstruktur der Bevölkerung folgend gibt es dann mit zunehmendem Alter

65- bis 70-jährige Frauen stellen größte Zahl



immer weniger Personen, die Grundsicherung erhalten.

Betrachtet man hingegen die Grundsicherungsempfänger in Relation zur Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts, so zeigen sich für die Frauen mit zunehmendem Alter tendenziell höhere Quoten und bei den Männern genau gegenläufige Tendenzen. In jedem Altersjahr der über 65-Jährigen liegt die Quote der weiblichen Leistungsempfänger an der Bevölkerung über der entsprechenden Quote der männlichen Leistungsbezieher. Auf die gesamte Altersgruppe der über 65-Jährigen bezogen gilt: Nahezu 2,4% der Frauen, aber nur 1,3% der Männer erhielten Grundsicherungsleistungen.

Eine Differenzierung nach Deutschen und Ausländern zeigt, dass jeder zehnte Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung nicht die deutsche Staatsange-

hörigkeit besitzt. Unter den ausländischen Leistungsempfängern machte der Anteil der Personen, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, nur 17,5% aus.

Grundsicherungsleistungen werden für Personen außerhalb von Einrichtungen gewährt, aber auch Menschen, die innerhalb von Einrichtungen – beispielsweise in Alten- oder Pflegeheimen – leben, können diese Leistungen beanspruchen. 29% aller Leistungsempfänger lebten in Einrichtungen, bei den voll Erwerbsgeminderten waren es sogar nahezu 40%.

29% aller Empfänger und Empfängerinnen lebten in Einrichtungen

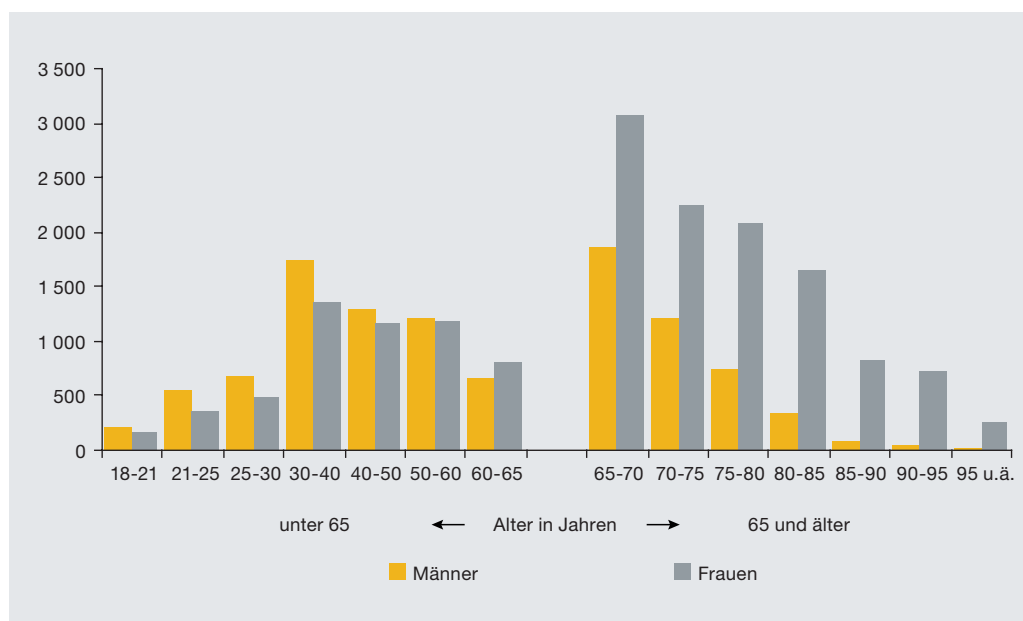
### Durchschnittlich 315 Euro Grundsicherung im Monat

Die Höhe der gewährten Leistung ist abhängig von der Bedürftigkeit des Betroffenen. Nur wer selbst nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, hat Anspruch auf Leistungen. Bei der Überprüfung der Bedürftigkeit wird neben dem Ein-

Jeder zehnte Leistungsempfänger ist Ausländer

S 2

Empfängerinnen und Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach dem Alter





## T 1

Durchschnittlicher Leistungsanspruch je Empfängerin bzw. Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004 nach seiner Zusammensetzung und Empfängergruppen

Bedarf Leistungsanspruch	Alle Empfängerinnen und Empfänger	Voll erwerbsgemindert unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Deutsche	Ausländer
	EUR/Monat				
Durchschnittlicher Regelsatz	268	260	275	267	276
+ Pauschale von 15%	40	39	41	40	41
+ Durchschnittlich anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	204	196	211	205	196
+ Durchschnittlich übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	21	22	20	22	15
+ Durchschnittlicher Mehrbedarf	21	31	13	22	9
= Durchschnittlicher Bruttobedarf	555	548	560	557	537
– Durchschnittlich angerechnetes Einkommen	240	183	285	252	140
= Durchschnittlicher Nettoanspruch	315	365	275	305	398

kommen und Vermögen des Anspruchsberechtigten auch das des Ehegatten bzw. Partners in einer eheähnlichen Gemeinschaft berücksichtigt.

Bedarf orientiert sich an Sozialhilfesätzen

Der Bruttobedarf orientiert sich an dem für den Antragsberechtigten maßgebenden Regelsatz für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Dieser lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 bei 296 Euro für den Haushaltsvorstand bzw. Alleinstehende. Seit dem 1. Januar 2005 beträgt er 345 Euro; in diesem erhöhten Satz sind allerdings die einmaligen Leistungen – bis auf wenige Ausnahmen – einbezogen, die zuvor mit 15% des Regelsatzes angesetzt wurden. Darüber hinaus werden Zuschläge für Unterkunft und Heizung sowie verschiedene Mehrbedarfe berücksichtigt (siehe Info-Kasten).

Bruttobedarf durchschnittlich 555 Euro

Die zum 31. Dezember 2004 registrierten Grundsicherungsempfänger erhielten im Durchschnitt monatlich 315 Euro. Dieser Betrag basierte auf einem durchschnittlichen Regelsatz von 268 Euro. Unter Berücksichtigung des Pauschalbetrages für

einmalige Leistungen, der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie von Mehrbedarfen ergab sich hieraus ein durchschnittlicher Bruttobedarf von 555 Euro, auf den ein vorhandenes Einkommen von durchschnittlich 240 Euro anzurechnen war.

Bei der Empfängergruppe, die Grundsicherungsleistungen aus Altersgründen erhielt, war der Bruttobedarf mit 560 Euro etwas höher als bei den voll Erwerbsgeminderten (548 Euro). Gleichzeitig waren im Durchschnitt aber deutlich höhere Einkommen anzurechnen (285 Euro gegenüber 183 Euro), so dass der errechnete durchschnittliche Nettoanspruch wesentlich niedriger ausfiel (275 Euro gegenüber 365 Euro).

Höheres anzurechnendes Einkommen bei älteren Leistungsempfängern

Eine Differenzierung nach Deutschen und Ausländern zeigt hinsichtlich des Bruttobedarfs keine gravierenden Unterschiede. Das im Durchschnitt anzurechnende Einkommen ist bei den Ausländern jedoch deutlich niedriger, so dass sich ein höherer Nettoanspruch ergibt.



## Info

### Umfang der Grundsicherungsleistung

(Regelung nach §§ 41-46 SGB XII, seit 1. Januar 2005)

#### Die Leistungen umfassen:

- Den für den Antragsberechtigten maßgebenden Regelsatz für die Hilfe zum Lebensunterhalt;
- Die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung;
- Mehrbedarfe für bestimmte Personengruppen wie
  - Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen G,
  - werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche,
  - Alleinerziehende,
  - behinderte Menschen,
  - kranke oder von einer Krankheit bedrohte Menschen, die einer besonderen Ernährung bedürfen;
- Einmalige Bedarfe für bestimmte Sonderaufwendungen
  - Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte,
  - Erstaussstattungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt,
  - mehrtägige Klassenfahrten,
  - Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, sofern keine Pflichtversicherung besteht.

Wenn die Leistungen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, können weitere Leistungen als ergänzende Darlehen erbracht werden.

#### Beispiel

Die Leistungen für eine allein stehende schwerbehinderte Frau könnten sich wie folgt errechnen:

- Regelsatz in Höhe von 345 Euro (Rheinland-Pfalz, ab 1. Januar 2005),
- Unterkunft und Heizung 250 Euro,
- 17% Zuschlag für die Schwerbehinderung 59 Euro.
- Dies ergibt einen Bruttobedarf von 654 Euro monatlich.

Wenn die Leistungsberechtigte über ein anrechenbares Einkommen von 350 Euro verfügt, errechnet sich ein Nettobedarf von 304 Euro.

## T 2

### Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2004 nach Empfängergruppen

Empfängergruppe	Insgesamt		Voll erwerbsgemindert unter 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	%	Anzahl	% <sup>2)</sup>
Insgesamt	27 105	100	11 909	43,9	15 196	56,1
Männer	10 680	39,4	6 363	59,6	4 317	40,4
Frauen	16 425	60,6	5 546	33,8	10 879	66,2
Außerhalb von Einrichtungen	19 237	71,0	7 153	37,2	12 084	62,8
In Einrichtungen	7 868	29,0	4 756	60,4	3 112	39,6
Deutsche	24 334	89,8	11 423	46,9	12 911	53,1
Ausländer	2 771	10,2	486	17,5	2 285	82,5

1) Anteil an den Empfängerinnen und Empfängern insgesamt. – 2) Anteil an den Empfängerinnen und Empfängern insgesamt der jeweiligen Gruppe.

### Änderung der Rechtsgrundlage

Die grundlegende Reform des Arbeitsmarktes brachte mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfeempfänger ab dem 1. Januar 2005 eine neue Sozialleistung. Mit der Einführung dieser Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde das Sozialhilferecht in das Sozialgesetzbuch eingeordnet. In diesem Zusammenhang wurde das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) in das SGB XII integriert, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Mit der rechtlichen Neugliederung wurden auch kleinere inhaltliche Änderungen vorgenommen, die die Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse aber nur unwesentlich berühren.

Die Darstellung der Ergebnisse in diesem Beitrag beruht damit noch auf der alten Rechtsgrundlage, die Beschreibung des Leistungsumfangs (siehe Info-Kasten) dagegen auf der neuen.



## Info

### Rechtsgrundlage

Das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG), das am 1. Januar 2003 in Kraft trat, war die Rechtsgrundlage für die Leistungsgewährung in den Jahren 2003 und 2004.

Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022) wurde das Sozialhilferecht reformiert und modernisiert sowie gleichzeitig als Zwölftes Buch (SGB XII) in das Sozialgesetzbuch integriert. In diesem Rahmen wurde das GSiG als Viertes Kapitel eingeordnet. Das SGB XII trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt wurde das GSiG außer Kraft gesetzt.

Die Struktur der neuen Rechtsgrundlage stellt sich wie folgt dar:

Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) §§ 41-46 (Viertes Kapitel):

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

– Erster Abschnitt: Grundsätze

§ 41 Leistungsberechtigte

§ 42 Umfang der Leistungen

§ 43 Besonderheiten bei Vermögenseinsatz und Unterhaltsansprüchen

– Zweiter Abschnitt: Verfahrensbestimmungen

§ 44 Besondere Verfahrensregeln

§ 45 Feststellung der dauerhaften vollen Erwerbsminderung

§ 46 Zusammenarbeit mit den Trägern der Rentenversicherung

– sicherlich sinnvoller – Betrachtung der auf die Bevölkerung bezogenen Zahl bleibt Koblenz mit 15 Grundsicherungsempfängern je 1 000 Einwohner an der Spitze der Rangfolge. Einen vergleichsweise hohen Wert weist auch Trier auf (14,6), gefolgt von den Städten Kaiserslautern (11,6) und Pirmasens (11,1). Demgegenüber verzeichnet der Landkreis Bad Dürkheim mit nur drei Leistungsempfängern auf 1 000 Einwohner den niedrigsten Wert.

Neben der Empfängerzahl sind auch die Ausgaben, die die öffentlichen Haushalte belasten, von Interesse. Wiederum auf die Bevölkerung bezogen weisen auch hier Trier und Koblenz mit 66 bzw. 65 Euro je Einwohner die höchsten Werte auf, während für den Landkreis Südwestpfalz mit nur 11 Euro die geringsten Bruttoausgaben ermittelt wurden. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu beachten, dass ein regionaler Vergleich nur eingeschränkt möglich ist, da Leistungen in nennenswertem Umfang (29%) auch für Empfänger innerhalb von Einrichtungen zu erbringen sind, die sich eher in größeren Städten – so auch in den kreisfreien Städten – befinden.

Insgesamt hatten die Kommunen und der überörtliche Träger in Rheinland-Pfalz für Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz im Jahr 2004 rund 113 Mill. Euro aufzuwenden.

Höchste Brutto-  
belastung  
in Trier und  
Koblenz

### Regionale Unterschiede

Mehr Grund-  
sicherungs-  
empfänger in  
den kreisfreien  
Städten

In einer regionalen Untergliederung der Ergebnisse zeigen sich deutliche Unterschiede. Die absolut gesehen höchste Empfängerzahl war mit über 1 600 Personen für Koblenz festzustellen. Aber auch bei der

### Zukünftig vermutlich noch mehr Grundsicherungsempfänger

Wirft man die Frage über die zukünftige Entwicklung der Zahl der Grundsicherungsempfänger auf, so muss man zunächst nach deren Einflussfaktoren suchen. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage spielt

Einfluss der de-  
mographischen  
Entwicklung



**T 3**

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2004 sowie Bruttoausgaben 2004 nach kreisfreien Städten und Landkreisen


Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis Land	Empfängerinnen und Empfänger				Bruttoausgaben	
	insgesamt	voll erwerbs- gemindert unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je Einwohner
	Anzahl				1 000 EUR	EUR
Frankenthal (Pfalz), St.	395	162	233	8,3	1 255	26
Kaiserslautern, St.	1 147	423	724	11,6	5 605	57
Koblenz, St.	1 606	551	1 055	15,0	6 941	65
Landau i. d. Pfalz, St.	301	151	150	7,2	1 202	29
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 117	401	716	6,8	4 854	30
Mainz, St.	1 538	611	927	8,3	8 571	46
Neustadt a. d. Weinstr., St.	376	160	216	7,0	1 384	26
Pirmasens, St.	486	237	249	11,1	1 688	39
Speyer, St.	428	190	238	8,5	1 449	29
Trier, St.	1 460	534	926	14,6	6 595	66
Worms, St.	777	327	450	9,6	3 199	39
Zweibrücken, St.	312	148	164	8,8	1 577	44
Ahrweiler	636	290	346	4,9	2 329	18
Altenkirchen (Ww.)	828	420	408	6,0	2 905	21
Alzey-Worms	671	313	358	5,3	2 543	20
Bad Dürkheim	406	201	205	3,0	1 954	14
Bad Kreuznach	1 019	469	550	6,4	4 550	29
Bernkastel-Wittlich	965	309	656	8,4	1 805	16
Birkenfeld	712	305	407	8,0	2 265	26
Bitburg-Prüm	573	238	335	6,0	2 681	28
Cochem-Zell	456	216	240	6,9	1 929	29
Daun	449	201	248	7,0	1 627	25
Donnersbergkreis	299	183	116	3,8	1 134	14
Germersheim	661	322	339	5,3	2 578	21
Kaiserslautern	454	212	242	4,1	2 010	18
Kusel	399	195	204	5,2	1 807	23
Mainz-Bingen	922	436	486	4,6	5 396	27
Mayen-Koblenz	1 433	613	820	6,7	6 176	29
Neuwied	1 269	554	715	6,8	4 513	24
Rhein-Hunsrück-Kreis	597	340	257	5,6	2 572	24
Rhein-Lahn-Kreis	765	372	393	5,9	3 779	29
Rhein-Pfalz-Kreis	547	289	258	3,7	2 325	16
Südliche Weinstraße	555	284	271	5,0	2 162	19
Südwestpfalz	610	336	274	5,9	1 094	11
Trier-Saarburg	843	358	485	6,0	3 025	22
Westerwaldkreis	1 093	558	535	5,4	5 118	25
Rheinland-Pfalz	27 105	11 909	15 196	6,7	112 596	28
Kreisfreie Städte	9 943	3 895	6 048	9,8	44 320	44
Landkreise	17 162	8 014	9 148	5,6	68 276	22



sicherlich die demographische Entwicklung eine maßgebliche Rolle, da der überwiegende Teil der Leistungsbezieher ältere Menschen sind.

Gegenwärtig ist nahezu jeder fünfte Rheinland-Pfälzer 65 Jahre oder älter. Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes zur künftigen Bevölkerungsentwicklung wird die Zahl älterer Menschen weiter zunehmen. Daher ist davon auszugehen, dass auch die Zahl der Grund-

sicherungsempfänger – und hier vor allem der offensichtlich von Altersarmut besonders betroffenen Frauen – noch deutlich ansteigen wird.



Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Beschäftigte, Soziale Leistungen“.



# Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung ab dem Jahr 2006

Von Dr. Dirk Eisenreich, Harald Krautwald  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Gastbeitrag<sup>1)</sup>

Der gesellschaftliche Wandel verändert auch die Anforderungen an die Sozialsysteme – dies zeigt sich derzeit beim Thema der Kinderbetreuung in besonderem Maß. Mit den Zielen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einer verbesserten frühkindlichen Betreuung und Bildung wird der Ausbau der Kinderbetreuung als ein wichtiger Schritt bewertet.<sup>2)</sup> Der Gesetzgeber verabschiedete dazu Gesetze, die auch erweiterte Statistiken zur Kindertagesbetreuung vorsehen.

Statistische  
Daten zur  
Sicherung einer  
adäquaten  
Versorgung  
erforderlich

Der qualitative und quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung ist die wesentliche Zielsetzung des Tagesbetreuungs-ausbaugesetzes (TAG), das zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Für eine bedarfsge-rechte Planung und Umsetzung dieses Ziels bedarf es aussagekräftiger statistischer Daten. Nicht zuletzt deshalb wurden im Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK), das zum 1. Oktober 2005 wirksam wurde, die Statistiken zur Kinderbetreuung ab dem Jahr 2006 wesentlich überarbeitet und erweitert. Mit den neuen Statistiken wird dem gestiegenen Informationsbedarf von Politik,

Verwaltung und Öffentlichkeit Rechnung getragen. Auch die öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe und die Kindertages-einrichtungen benötigen detaillierte statistische Informationen.

## Die geänderten Kinder- und Jugend- hilfestatistiken im Überblick

Die Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe (Schaubild 1) sind im Achten Buch Sozial-gesetzbuch (SGB VIII), das meist als Kinder- und Jugendhilfegesetz bezeichnet wird, gesetzlich verankert.<sup>3)</sup> Nach dem In-Kraft-Treten der genannten Gesetzesänderungen werden zum einen in der Kindertagesbe-treuung ab 2006 deutlich umfangreichere und aussagekräftigere Daten erhoben, zum anderen die Erhebungen zu den er-zieherischen Hilfen ab dem Jahr 2007 neu strukturiert.

In den einzelnen Statistiken zur Kinderta-gesbetreuung (Schaubild 2) sind folgende Neuerungen zu verzeichnen:

1) Der Beitrag ist erstmals in der Dezemberausgabe der Statistischen Monatshefte Baden-Württemberg erschienen und wurde hier mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der rheinland-pfälzischen Verhältnisse abgedruckt.

2) Ridderbusch, Jens: Ausbau der Kindertagesbetreuung hat Vorteile für die Volkswirtschaft, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2004, S. 3 ff.

3) §§ 98 bis 103 SGB VIII. Der aktuelle Gesetzestext und weitere Informationen zum SGB VIII finden sich in einer Broschüre des Bundesfamilienministeriums, im Internet (Stand: Oktober 2005) ([www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)) unter „Publikationen“ zum Herunterladen.



S 1		Gliederung der amtlichen Statistik der Kinder- und Jugendhilfe					
Teil I Erzieherische Hilfen		Teil II Maßnahmen der Jugendarbeit		Teil III Kindertagesbetreuung und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe		Teil IV Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe	
<ul style="list-style-type: none"><li>• ambulante Hilfen</li><li>• stationäre und teilstationäre Hilfen</li><li>• Adoptionen, Pflegschaften, Schutzmaßnahmen</li></ul>		<ul style="list-style-type: none"><li>• Kinder- und Jugenderholung</li><li>• außerschulische Jugendbildung</li><li>• internationale Jugendarbeit</li><li>• Mitarbeiterfortbildung</li></ul>		siehe Schaubild 2		<ul style="list-style-type: none"><li>• Einzel- und Gruppenhilfen</li><li>• Einrichtungen</li></ul>	
in Teilen neu strukturiert ab 2007		unverändert		erweiterte und neue Statistiken ab 2006		unverändert	
jährlich		4-jährlich (zuletzt 2004)		siehe Schaubild 2		jährlich	
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg				666 05			

- Bei den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung (Statistik-Teil III.1), also Kindergärten, Kinderkrippen, Horte und altersgemischte Einrichtungen, werden zukünftig auch Angaben zu den betreuten Kindern erhoben und nicht nur – wie bisher – Angaben zur Einrichtung, zu den tätigen Personen und zur Zahl der genehmigten Plätze. Zudem wird diese Statistik nun jährlich statt vierjährlich (zuletzt 2002) durchgeführt.
- Neu eingeführt wird eine jährliche Statistik zur Kindertagespflege (Teil III.3). Erfasst werden öffentlich geförderte Betreuungsverhältnisse. Dabei werden Angaben sowohl zu den Tagesmüttern und Tagesvätern als auch zu den betreuten Kindern erhoben.
- Übergangsweise bis zum Jahr 2010 wird zudem eine jährliche Erhebung über das

Gesamtangebot an Plätzen und zum Bedarf für unter Dreijährige durchgeführt (Teil III.4). Damit wird der Ausbaustand des Angebots an Kindertagesbetreuung dokumentiert, da der Gesetzgeber den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige bis 2010 fordert.

## Was, wer und wann wird gefragt?

Wesentliche Erhebungsmerkmale zu den betreuten Kindern sind neben dem Alter und Geschlecht und dem Umfang der Betreuungszeiten auch ein eventuell vorhandener Migrationshintergrund. Die berufliche Qualifikation bildet ein wichtiges Merkmal bei den tätigen Personen in Einrichtungen und in der Tagespflege. Die Angaben für die Erhebung zu den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung (Teil III.1) werden wie bisher in den rund 2 500 Einrichtungen selbst erfragt, die Erhebungen zur Kindertages-



## S 2

## Statistiken zur Kindertagesbetreuung und sonstigen Einrichtungen der Jugendhilfe

Teil III.1 Kindertages- einrichtungen	Teil III.2 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	Teil III.3 öffentlich geförderte Kindertagespflege	Teil III.4 Bedarfsermittlung für Kinder unter 3 Jahren
Einzelangaben zu Kindern und Personal sowie Angaben zur Einrichtung	Angaben zu Plätzen, Personal und zur Einrichtung z. B. für Jugendhäuser, Beratungsstellen	Einzelangaben zu Kindern und tätigen Personen in Tagespflege	Angaben zu vorhandenen und benötigten Plätzen für unter Dreijährige
überarbeitete Statistik in allen Teilen, neu hierbei: Angaben zu Kindern	Erfassung wie bisher	neue Statistik ab 2006	neue Statistik ab 2006
ab 2006 jährlich	4-jährlich (zuletzt 2002)	jährlich	jährlich bis 2010

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

667 05

pflege (Teil III.3) und zum Ausbaustand (Teil III.4) werden bei den Jugendämtern und gegebenenfalls auch bei Gemeinden erhoben, die diese Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe von den Jugendämtern übernommen haben.<sup>3)</sup> Stichtag für die Erhebungen ist jeweils der 15. März. Erste Ergebnisse der neuen Statistiken werden dann am Jahresende 2006 vorliegen.

Die neuen Erhebungen liefern zusammen ein umfassendes Bild über die Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland und den Bundesländern. Wurde bisher besonders auf die Umsetzung des seit 1. Januar 1996 gesetzlich verankerten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr geachtet, steht in Zukunft wohl die Beobachtung des

Ausbaus der Betreuung für die unter Dreijährigen, die Verbesserung bei der Qualität der Betreuung und die Ausweitung von Betreuungszeiten im Vordergrund.

Dr. Dirk Eisenreich ist Referent im Referat „Sozialleistungen, Sozialbudget“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Harald Krautwald ist Sachgebietsleiter im Bereich der Jugendhilfestatistiken im vorgenannten Referat.

Erste  
Ergebnisse  
Ende 2006

3) Delegationsgemeinden nach § 69 Abs. 5 und 6 SGB VIII.



# Kaum noch Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe in Rheinland-Pfalz

Von Jörg Breitenfeld

Die Verwendung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe ist in Rheinland-Pfalz stark reduziert worden. Demgegenüber nahm die Verwendung von Ersatzstoffen zu. Der größte Teil davon wird im verarbeitenden Gewerbe, vor allem in der chemischen Industrie, verwendet. Sie werden überwiegend als Treibmittel bei der Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen oder Aerosolen sowie als Kältemittel genutzt.

### Montrealer Protokoll sieht Schutz der Ozonschicht vor

Die stratosphärische Ozonschicht stellt den Schutzschild der Erde gegen die Ultraviolettstrahlung der Sonne dar. Insbesondere durch die Freisetzung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) wird das Ozon in der Stratosphäre zerstört. Diese Stoffe waren aufgrund ihrer chemischen Eigenschaften geschätzt, da sie im Regelfall nicht brennbar, ungiftig, reaktionsträge und sehr stabil sind. Sie eignen sich damit z. B. hervorragend als Treibmittel für Sprühdosen.

Ausstieg aus der Produktion und Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe verbindlich beschlossen

Um die Ozonschicht zu schützen, wurde im September 1987 das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, beschlossen.<sup>1)</sup> Es regelt völkerrechtlich verbindlich den Ausstieg aus der Produktion und Verwendung von

ozonschichtschädigenden Stoffen. Der im Montrealer Protokoll vorgesehene Zeitplan wurde zwischenzeitlich mehrfach verschärft, da neue Technologien für den Ersatz der ozonschichtschädigenden Stoffe früher als vorgesehen zur Verfügung standen. Ergänzend wurden auch weitere Stoffe in die Regelungen aufgenommen.

Die im Montrealer Protokoll getroffenen Vereinbarungen wurden von der Europäischen Union rechtsverbindlich in Verordnungen umgesetzt. Die derzeit gültigen Regelungen enthält die Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen. Die dort genannten Stoffe werden unter dem Begriff „geregelter Stoffe“ zusammengefasst.

### Ersatzstoffe teilweise klimawirksam

Um den im Montrealer Protokoll vereinbarten Verzicht auf den Einsatz ozonschichtschädigender Stoffe erreichen zu können, werden Ersatzstoffe wie Fluorkohlenwasserstoffe

Kyoto-Protokoll fordert u. a. Reduzierung von Fluorkohlenwasserstoffen

1) Das Montrealer Protokoll wurde im September 1987 von 25 Regierungen und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet und ist das wichtigste internationale Instrument zum Schutz der Ozonschicht. Mit dem Ratifikations-Gesetz vom November 1988 erlangten die dort formulierten Reduktionspflichten Rechtsverbindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. (Quelle: [www.umweltbundesamt.de/uba-daten/daten/fckw/halone.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-daten/daten/fckw/halone.htm); Stand 24.02.2006).



(FKW) eingesetzt. Frei von Chloratomen zerstören sie zwar nicht die Ozonschicht, tragen andererseits aber zum Treibhauseffekt bei und gelten somit als klimawirksam. Mit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls 1997<sup>2)</sup> wurde eine Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen beschlossen. Danach dürfen auch die voll- und teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffe nur noch für eine begrenzte Zeitspanne eingesetzt werden.

## Info

### Ozonschichtschädigende Stoffe

Zu den ozonschichtschädigenden Stoffen gehören die im Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, genannten chemischen Verbindungen. Sie werden auch als **geregelte Stoffe** bezeichnet und in acht Gruppen unterteilt:

- Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW)
- andere teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe
- Halone
- Tetrachlorkohlenstoff
- 1,1,1-Trichlorethan
- Methylbromid
- teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe
- teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (H-FCKW)

### Klimawirksame Stoffe

Als klimawirksame Stoffe wurden in den statistischen Erhebungen von 1996 bis 2004 nur voll- oder teilhalogenierte aliphatische Fluorkohlenwasserstoffe (FKW, H-FKW) mit bis zu sieben Kohlenstoffatomen erfasst.

2) Das Protokoll von Kyoto wurde von den Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UN) von 1992 auf ihrer dritten Konferenz im Dezember 1997 in der gleichnamigen japanischen Stadt verabschiedet. Zur Konkretisierung ihrer Verpflichtungen zum Schutz des globalen Klimas einigten sich die Industriestaaten darin erstmals auf eine überprüfbare Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen. (Quelle: [http://www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort\\_kyoto.html](http://www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort_kyoto.html); Stand: 24.2.2006).

Um den Ausstieg aus Herstellung und Verwendung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe in Deutschland quantitativ darstellen zu können, wird in Deutschland seit dem Berichtsjahr 1996 jährlich eine entsprechende Erhebung durchgeführt. Sie richtet sich an Unternehmen, die bestimmte ozonschichtschädigende Stoffe herstellen, ein- oder ausführen bzw. ozonschichtschädigende und/oder klimawirksame Stoffe in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden.

Statistische  
Erhebung zur  
Evaluierung

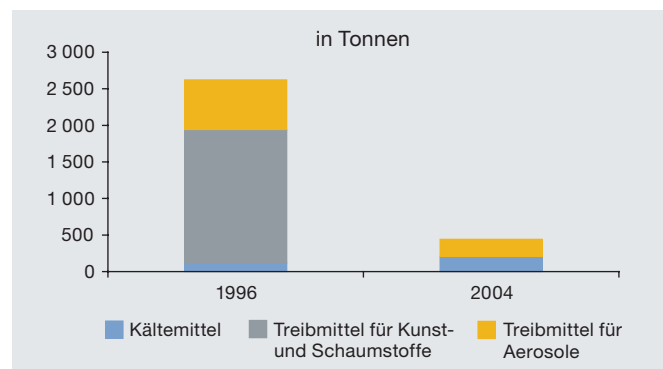
### Deutlich weniger schädliche Stoffe

Die Verwendung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe ist zwischen 1996 und 2004 von 2 631 t auf 449 t deutlich reduziert worden. Sie wurden früher überwiegend als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolen, Kunst- und Schaumstoffen oder als Kältemittel eingesetzt. Ihre Verwendung als Treibmittel wurde von 2 504 t im Jahr 1996 auf weniger als ein Zehntel reduziert (234 t). Heute werden sie ausschließlich zur Herstellung von Aerosolen genutzt. Der Einsatz als Kälte-

Seit der ersten  
Erhebung 1996  
Reduktion  
um 83%

S 1

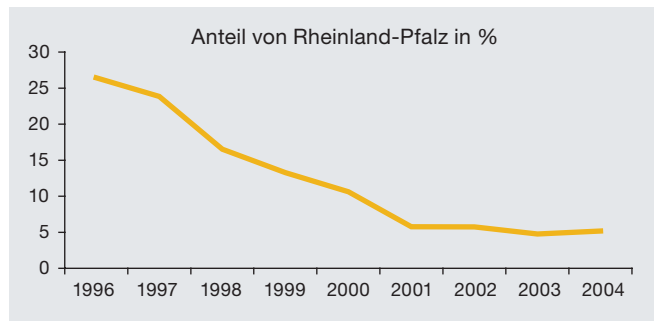
### Ausgewählte Arten der Verwendung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe 1996 und 2004





## S 2

### Verwendung potenziell emissionsrelevanter Stoffe in Deutschland 1996–2004



mittel, der sowohl die Erstfüllung als auch die Instandhaltung von bestehenden Anlagen umfasst, nahm von 120 t im Jahr 1996 auf 209 t in 2004 zu.

Rheinland-pfälzischer Anteil am Bundeswert deutlich gesunken

In Rheinland-Pfalz beträgt der Anteil von Stoffen, die als Zwischenprodukt zur Herstellung anderer Produkte bestimmt sind und in deren Produktionsprozess vollständig umgewandelt werden, nur 0,3% der Gesamtmenge, so dass im Weiteren auf eine gesonderte Betrachtung verzichtet wird. Aber auch die verbleibende Menge ist erst dann emissionsrelevant, wenn sie tatsächlich freigesetzt wird. Solange sie in geschlossenen Systemen, wie z. B. Kühlkreisläufen, verbleibt, ist sie für die Umwelt unschädlich. Sie wird deshalb auch als „potenziell emissionsrelevant“ bezeichnet.

Bundesweit wurden 2004 fast 45 000 t ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe verwendet, von denen allerdings mehr als zwei Drittel als Ausgangsstoffe für andere chemische Erzeugnisse eingesetzt wurden. Die potenziell emissionswirksame Menge betrug damit nur rund 9 000 t. Auf Rheinland-Pfalz entfiel ein Anteil von 5%. Im Jahr 1996 stammte noch über ein Viertel der potenziell emissionswirksamen Stoffe aus rheinland-pfälzischen Unternehmen.

### Ozonabbaupotenzial um 99% reduziert

Die Anstrengungen der Wirtschaft zur Reduktion der ozonschichtschädigenden Stoffe zeigen sich noch deutlicher, wenn das Ozonabbaupotenzial (ODP) betrachtet wird. Die mit den ODP-Werten gewichteten Stoffmengen betrugen 1996 noch 800 t. Bis zum Jahr 2004 fiel der Wert auf 3 t. Damit ist das Ziel, die Verwendung von ozonschichtschädigenden Stoffen einzustellen, so gut wie erreicht.

Kaum noch Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe

Dem zweiten Umweltziel, die Verwendung von bestimmten klimawirksamen Stoffen zu reduzieren, um der globalen Erwärmung entgegenzuwirken, ist man ebenfalls ein gutes Stück näher gekommen. Im Jahr 1996 betrug das Global Warming Potential (GWP) der hier betrachteten Stoffe in Rhein-

## Info

### Ozone Depletion Potential (ODP)

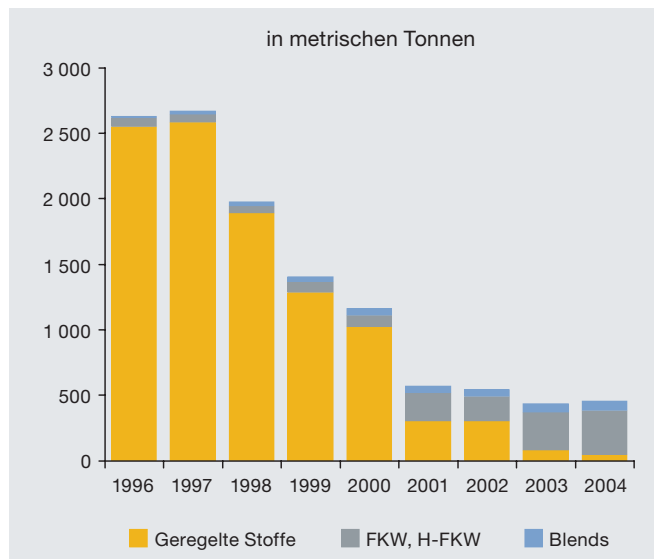
Um das unterschiedliche Ozonabbaupotenzial der Stoffe ermitteln zu können, wird das Ozone Depletion Potential berechnet. Dieser Wert gibt das Ozonabbaupotenzial relativ zu dem des Fluorchlorkohlenwasserstoffs Trichlorfluormethan (R 11) an, dessen Wert mit 1,0 definiert wird. So beträgt z. B. der ODP-Wert für den teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoff Chlordifluormethan (R 22) nur 0,055.

### Global Warming Potential (GWP)

Zur Beschreibung der Klimawirksamkeit der einzelnen Stoffe wird das so genannte Global Warming Potential verwendet. Der GWP-Wert setzt das stoffspezifische Treibhauspotenzial in Beziehung zu dem Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), welches gleich eins (GWP = 1) gesetzt wird. Beispielsweise hat 1 (metrische) Tonne des Stoffes 1,1,1,2-Tetrafluorethan (R 134a) mit einem GWP-Wert von 1 300 das Treibhauspotenzial von 1 300 (metrischen) Tonnen CO<sub>2</sub>.



## S 3

**Verwendung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe 1996–2004 nach Stoffgruppen**


land-Pfalz 9 Mill. t. Dieser Wert ist bis 2004 auf 0,7 Mill. t gesunken.

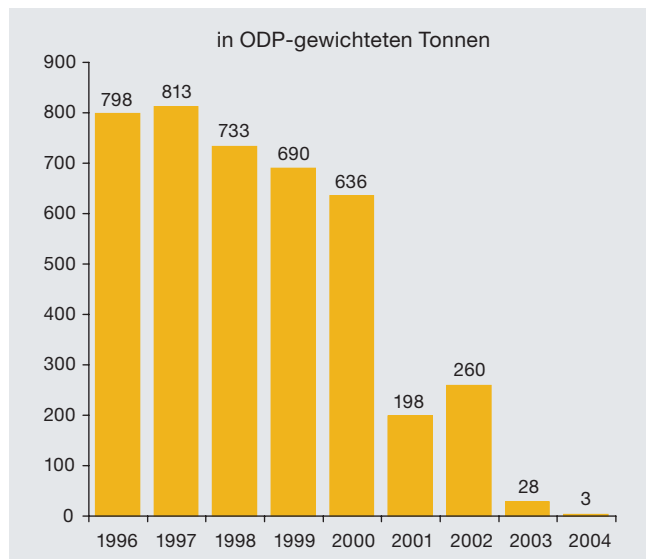
**Fluorkohlenwasserstoffe gewannen an Bedeutung**

Bei den ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffen werden geregelte Stoffe, voll- und teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe sowie Blends unterschieden. Letztere sind Gemische oder Zubereitungen, die mindestens einen ozonschichtschädigenden und/oder klimawirksamen Stoff enthalten.

Anteil der Fluorkohlenwasserstoffe erhöhte sich auf 75%

Infolge der technologischen Entwicklung hat sich im Zeitablauf die Bedeutung der einzelnen Stoffgruppen verändert. Wurden 1996 fast nur geregelte Stoffe (97%) eingesetzt, so sank deren Anteil bis 2004 auf etwa 8%. Im Gegenzug erhöhte sich der Anteil voll- und teilhalogenierter Fluorkohlenwasserstoffe auf gut drei Viertel der verwendeten Stoffe. Die Blends erreichten 2004 einen Anteil von 16%.

## S 4

**Ozonabbaupotenzial der geregelten Stoffe 1996–2004**

**Chemische Industrie verwendet deutlich weniger ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe**

89% der Gesamtmenge ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe wurden im Jahr 2004 im verarbeitenden Gewerbe verwendet. Entfiel auf die chemische Industrie 1996 noch ein Anteil von 95% an der gesamten Menge, so reduzierte sich dieser Wert bis zum Jahr 2004 auf 54%. Überwiegend werden die Stoffe für die Herstellung von Aerosolen verwendet. Bei der Produktion von Kunst- und Schaumstoffen wird heute überwiegend Kohlendioxid als Treibmittel eingesetzt.

54% der Gesamtmenge von der chemischen Industrie verwendet

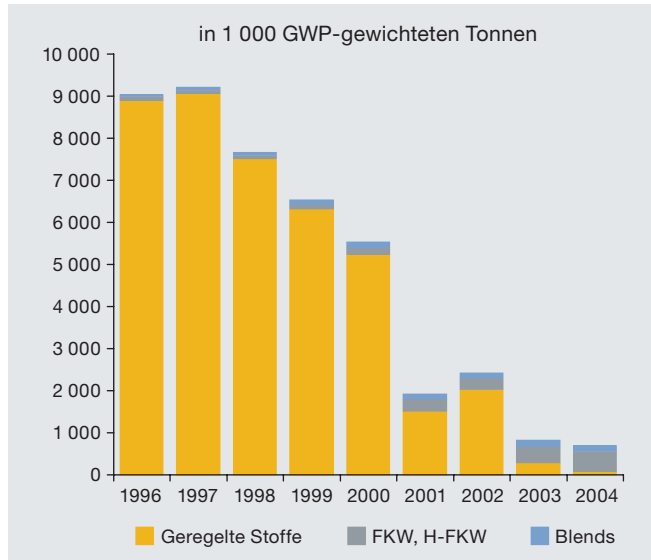
Der Maschinenbau setzte 2004 rund 151 t verschiedener ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe ein, hauptsächlich als Kältemittel bei der Herstellung kältetechnischer Anlagen.

Neben dem verarbeitenden Gewerbe nutzt auch das Baugewerbe ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe bei der



## S 5

### Treibhauspotenzial bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe 1996–2004 nach Stoffgruppen



Installation und Wartung von Kühlanlagen. In diesem Wirtschaftszweig nahm die verwendete Menge im Zeitablauf zu; sie stieg von 24 t im Jahr 1996 auf derzeit 34 t. Auch bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ist ein Zuwachs von 10 t im Jahr 1996 auf zuletzt 15 t zu beobachten. Ursächlich für diese Entwicklung ist die zunehmende Verbreitung von Klimaanlage in Kraftfahrzeugen.

### 1,1,1,2-Tetrafluorethan heute mit Abstand wichtigster Einsatzstoff

Auf R 134a entfallen 75% der gesamten Menge

Die ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffe umfassen eine Vielzahl chemischer Verbindungen. In größeren Mengen finden jedoch nur wenige Stoffe Verwendung. Zwischen 1996 und 2004 hat sich 1,1,1,2-Tetrafluorethan (R 134a) als wichtigster Stoff durchgesetzt. Mittlerweile entfallen drei Viertel der Gesamtmenge auf diesen teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoff (337 t). Im Jahr 1996 betrug der Anteil erst 2,3%.

Die Dominanz dieses Stoffes geht nicht zuletzt auf seine vielfältigen Einsatzmöglichkeiten zurück. Als Ersatzstoff für verschiedene Fluorchlorkohlenwasserstoffe und teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe wird er als Kältemittel wie auch als Treibmittel genutzt. R 134a hat in rheinland-pfälzischen Unternehmen vor allem bei der Aerosolherstellung Bedeutung (70%). Bundesweit wird der Stoff dagegen überwiegend als Kältemittel (82%), z. B. in Kfz-Klimaanlagen, eingesetzt.

Neben R 134a wird noch der Stoff R 22 (Chlordifluormethan) in größerer Menge verwendet (36 t). Dieser teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoff darf nur noch bei der Instandhaltung und Wartung von Geräten eingesetzt werden, die vor dem 1. Januar 2000 in Verkehr gebracht wurden. Des Weiteren weisen noch zwei der als Ersatzstoffe verwendeten Blends, nämlich R 407C und R 404A, mit 32 t bzw. 27 t eine größere Verwendungsmenge auf. Beide Blends sind Gemische aus Fluorkohlenwasserstoffen, gelten nicht als ozonschichtschädigend und werden ausschließlich als Kältemittel eingesetzt.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt.



## Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

### ifo Index legt im Februar weiter zu

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

ifo Index steigt zum dritten Mal in Folge

Der ifo Geschäftsklimaindex hat sich im Februar zum dritten Mal in Folge verbessert; dies wird gemeinhin als positives Konjunktursignal interpretiert. Der Index kletterte von 101,8 auf 103,3 Punkte. Solche Höhen hatte er zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms 1991 erklommen. Nach dem kräftigen Anstieg im Januar rechneten viele Volkswirte für Februar eher mit einer kleinen Verschnaufpause – sie wurden positiv überrascht. Für gute Stimmung sorgt weiterhin der Außenhandel. Besonders erfreulich ist, dass nun aber auch die Binnennachfrage in Schwung zu kommen scheint. „Der Aufschwung gewinnt an Breite“, stellt das ifo Institut fest.

Sowohl die Lage als auch die Geschäftsaussichten werden von Unternehmen deutlich besser eingeschätzt

Wie schon im Januar haben die Unternehmen sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate günstiger beurteilt als im Vormonat. Der Lageindex verbesserte sich von 99,7 auf 101,9 Punkte. Auch der Erwartungsindex kletterte nach dem sehr kräftigen Anstieg vom Januar weiter, und zwar von 103,8 auf 104,8 Punkte. Das ist sehr positiv zu werten, hängen doch vor allem die Investitionsentscheidungen der Unternehmen von den Zukunftserwartungen ab. Hier melden sich unter den Experten allerdings auch erste skeptische Stimmen, die vor einer „Erwartungsblase“ warnen. Es wird

befürchtet, dass sich die Stimmungsindikatoren allmählich von den harten Wirtschaftsdaten abkoppeln.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die ohnehin schon sehr freundliche Stimmung im Februar weiter verbessert. Die Industrieunternehmen schätzten sowohl die aktuelle Lage als auch die Geschäftserwartungen im Vergleich zum Vormonat noch einmal leicht günstiger ein.

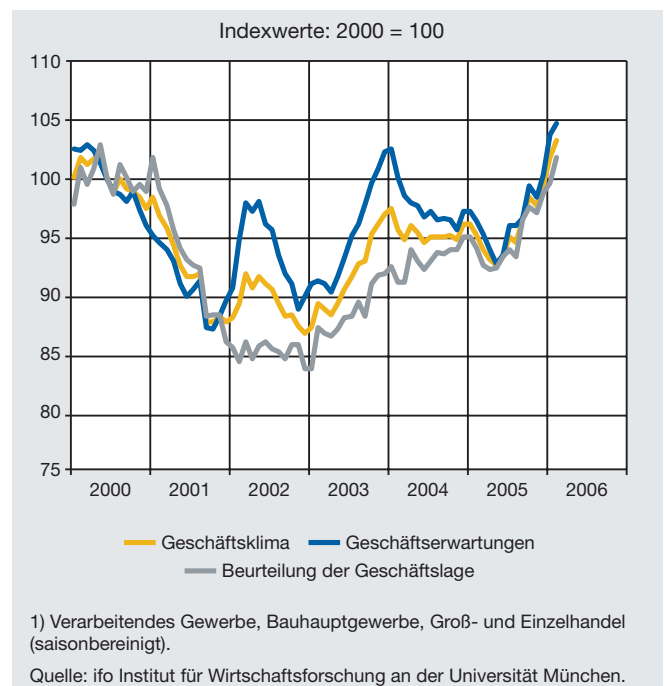
Stimmung im verarbeitenden Gewerbe verbessert sich weiter

Auch bei den Unternehmen des Bauhauptgewerbes hat sich das Klima weiter aufgehellt. Zwar fiel die Beurteilung der Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate gegenüber dem Januar unverändert aus, aber die Geschäftslage wurde positiver eingeschätzt als noch im Vormonat.

Weitere Klima-verbesserung im Bauhauptgewerbe

Stand:  
Februar  
2006

ifo Geschäftsklima Deutschland  
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft<sup>1)</sup>





Spürbare  
Stimmungsver-  
besserung im  
Einzelhandel

Die deutliche Verbesserung der Stimmung bei den Einzelhändlern geht nicht nur auf eine deutlich günstigere Einschätzung der Geschäftserwartungen für die Zukunft, sondern auch auf eine bessere Beurteilung der momentanen Geschäftslage zurück.

Im Großhandel haben sich die Geschäftserwartungen dagegen kaum verändert. In dessen beurteilen auch die Großhändler ihre augenblickliche Situation wesentlich besser als noch im Januar.

## Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – weiterhin Anstieg auch im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im November gegenüber dem Vorjahr stärker gestiegen als in den neun Monaten zuvor. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im November 2005 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 9,1 %. Im Oktober wurde ein Plus von 7,5 % registriert.

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungstechnischer Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“

eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie im verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im November 2005 erneut von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Wie im Oktober stieg die Auslandsnachfrage wieder etwas stärker als die heimische Nachfrage. Bei den Bestellungen aus dem Inland wurde gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Plus von 8,9 % registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich im November sogar um 9,2 %. Im Oktober hatte der Zuwachs an Aufträgen aus dem Inland bei 6,9 % und an Auslandsaufträgen bei 8 % gelegen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14 % zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im November 2005 wieder ein deutliches Auftragsplus. Die Fahrzeugbestellungen nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat real um 8,4 % zu. Zuvor hatte es im Oktober mit +11,4 % einen noch höheren Zuwachs gegeben. Der Anstieg ist allein auf die Inlandsaufträge zurückzuführen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen aus der heimischen Produktion stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 34 %. Im Oktober hatte der Zuwachs bei 29,4 % gelegen. Dagegen sind die Auftragseingänge aus dem Ausland weiter rückläufig; im Jahresvergleich sanken sie im November 2005 um 11,5 %, nach einem Minus von 4,4 % im Vormonat.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9 %) stieg die Nachfrage im November 2005 im Jahresvergleich um 13,9 % an, nach 12,4 % im Oktober. Aus dem Inland gab es ein höheres Auftragsplus als in den drei Vormonaten.

Steigerung der  
Auftragsein-  
gänge sowohl  
aus dem Inland  
als auch aus  
dem Ausland

Bestellungen  
aus dem Inland  
füllten die Auf-  
tragsbücher im  
Fahrzeugbau

Auftragsein-  
gänge des  
verarbeitenden  
Gewerbes im  
November 2005  
gegenüber dem  
Vorjahr um 9,1 %  
gestiegen

Entwicklung im  
verarbeitenden  
Gewerbe mit  
dem Vorjahr  
nur bedingt  
vergleichbar

Auftragseingänge  
im Maschinen-  
bau weiter im  
Plus – Aufträge  
aus dem Ausland  
stiegen stärker  
als die Inlands-  
aufträge



Die Zuwachsrate belief sich im November im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 5,9%, nach 4,1% im Oktober. Die Auftragszahlen aus dem Ausland sind im Vorjahresvergleich – nach dem deutlichen Anstieg um 18,3% im Oktober – noch einmal nach oben gegangen. Im November wurde hier ein Plus von 19,1% erreicht.

Steigende Nachfrage in der Metall-erzeugung und -verarbeitung ausschließlich durch Auslands-aufträge

In der Metall-erzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) stiegen die Auftragseingänge im November 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat mit +7,7% stärker als in den Vormonaten. Bei den Inlandsbestellungen hat sich der Rückgang mit –1,4% im Vergleich zum Oktober (–3,1%) abgeschwächt. Gleichzeitig zogen die Auslandsaufträge mit +21,2% wieder sehr deutlich an und nahmen im Vorjahresvergleich genauso stark zu wie im Oktober.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit dem Vorjahr durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im November 2005 um 13,6% gegenüber dem November des Vorjahres. Damit setzten sich die seit Jahresmitte zu beobachtenden monatlichen Schwankungen der Zuwachsrate fort. Im Oktober 2005 war bei den Auftragseingängen ein Plus von 8,2% zu verzeichnen, nach 12,1% im September und 8,6% im August. Sowohl bei den Bestellungen aus dem Inland als auch aus dem Ausland übertrafen die Steigerungsraten das Vormonatsergebnis deutlich. Die Inlandsnachfrage stieg im November um 10,5% gegenüber 6,6% im Oktober. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im November 15,2%, nach 9,1% im Vormonat.

gen aus dem Ausland erreichte im November 15,2%, nach 9,1% im Vormonat.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im November 2005 um 9,1% gestiegen. Es kam bereits zum vierten Mal in Folge zu einem Auftragsplus im Vorjahresvergleich. Ein höherer Zuwachs war lediglich im September (+12,9%) zu verzeichnen. Damit setzte sich die positive Entwicklung der letzten Monate fort, die sich bereits im Juli angedeutet hatte. Zuvor waren seit März jeweils sinkende Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr beobachtet worden.

Weiter steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und starke Zunahme bei den Baugenehmigungen

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen wurde gegen Ende des Jahres 2005 durch die Streichung der Eigenheimzulage ab 2006 offensichtlich stark beeinflusst. Nach den deutlichen Rückgängen vom August (–16,8%) und September (–14,6%) hatte sich die Tendenz im Oktober 2005 mit einem Anstieg von 5,2% umgekehrt. Dieses Plus wurde nun im November mit einer Steigerung um 22,4% noch einmal deutlich übertroffen.

## Keine Umsatzveränderung im Einzelhandel, Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze wiesen in den letzten sieben Monaten reale Zuwächse zwischen 0,6% im Juli und 1,9% im September auf. Im November 2005 blieben sie im Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber November 2004 unverändert. Der wegen des

Stagnation im Einzelhandel – Rückgang im Großhandel



Weihnachtsgeschäfts wichtige Dezemberwert lag 2005 allerdings um 0,6% unter dem Wert vom Dezember des Vorjahres.

Im Großhandel waren dagegen die realen Umsätze im November 2005 wieder rückläufig. Sie sanken gegenüber dem Vorjahresmonat (-1,9%) etwas stärker als im Oktober (-1,8%). In den drei Monaten zuvor war es – nach den deutlichen Umsatzeinbußen zum Jahresbeginn – jeweils noch zu leichten Zuwächsen gekommen.

Anhaltender  
Abwärtstrend im  
Gastgewerbe

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im November 2005 gegenüber dem November des Vorjahres real um 2,4%. Der Rückgang war damit wieder stärker als die Umsatzverluste, die seit Mitte des Jahres zu beobachten waren, und lag etwa auf dem Niveau des Frühjahrs.

### Anstieg des Verbraucherpreisindex im Februar bei 2,1%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindekatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucher-  
preise im  
Februar  
um 2,1%  
gestiegen

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erreichte im Februar 2006 einen Wert von 109,4. Gegenüber dem Vormonat stieg der Index um 0,3%. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres hat sich der Verbraucherpreisindex um 2,1% erhöht. Der Anstieg des Index lag damit zum achten Mal in Folge über der 2%-Marke. Der starke Preisanstieg ist aber nicht etwa Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung, sondern im Wesentlichen auf die Verteuerung von Ölprodukten und die jüngste Erhöhung der Tabaksteuer zurückzuführen. Im Bereich „Bildungswesen“ kam es zu einer Preissteigerung von 4,9%. Die

Entwicklung des Ölpreises führte im Bereich „Verkehr“ zu einem Preisanstieg um 4,1%. Rückläufige Preise im Vorjahresvergleich waren dagegen in den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ mit -0,5%, „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mit -0,7% sowie „Nachrichtenübermittlung“ mit -3,2% zu verzeichnen.

### Arbeitslosenzahl ist jahreszeitlich bedingt gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Rheinland-Pfalz von Mitte Dezember bis Mitte Januar saison- und witterungsbedingt kräftig gestiegen. Mitte Januar 2006 waren im Land rund 184 900 Frauen und Männer ohne Arbeit. Das waren rund 16 100 oder 9,6% mehr als im Dezember. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Zahl der Arbeitslosen um 6 300 Personen oder 3,3% niedriger. Nach den Arbeitsmarktreformen vom Januar 2005 wird der Vorjahresvergleich erstmals nicht mehr durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beeinträchtigt.

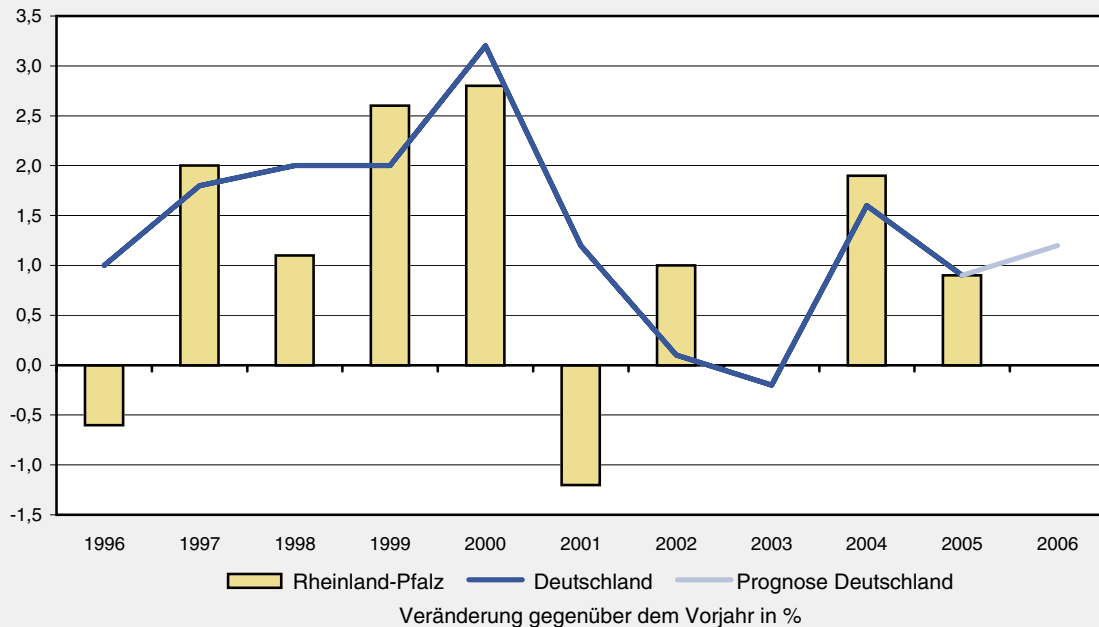
Zahl der  
Arbeitslosen  
im Januar  
gestiegen

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Januar 2006 auf 9,1% und stieg damit im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozentpunkte. Ein Jahr zuvor hatte die Quote bei 9,5% gelegen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

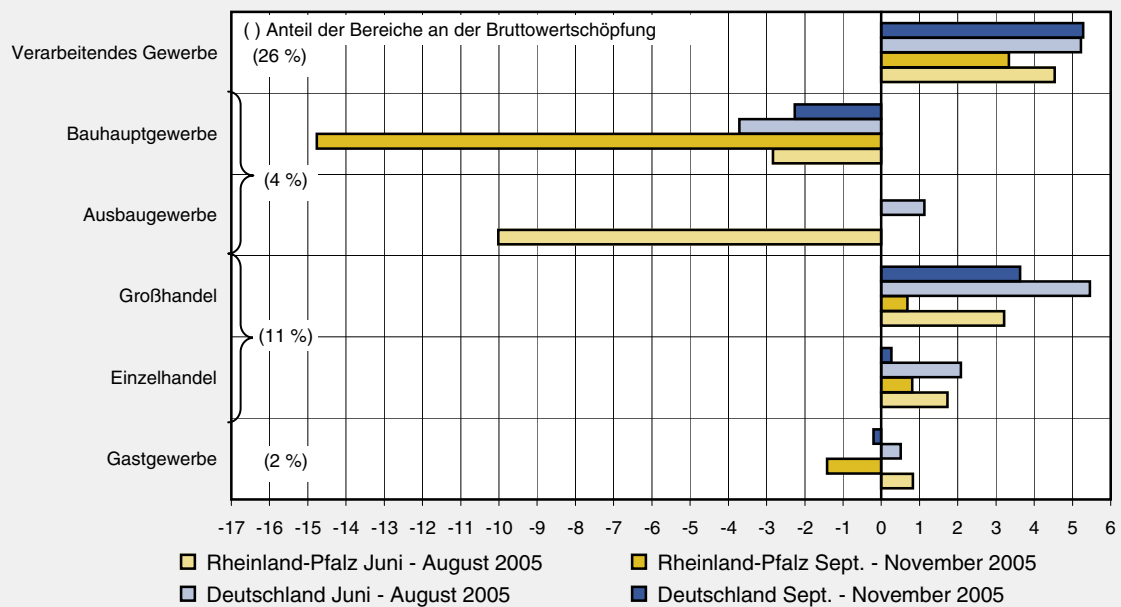


### Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland (Berechnungsstand: Januar 2006)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2005 im März 2006. - Quelle Prognosewert 2006: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose vom September 2005.

### Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland



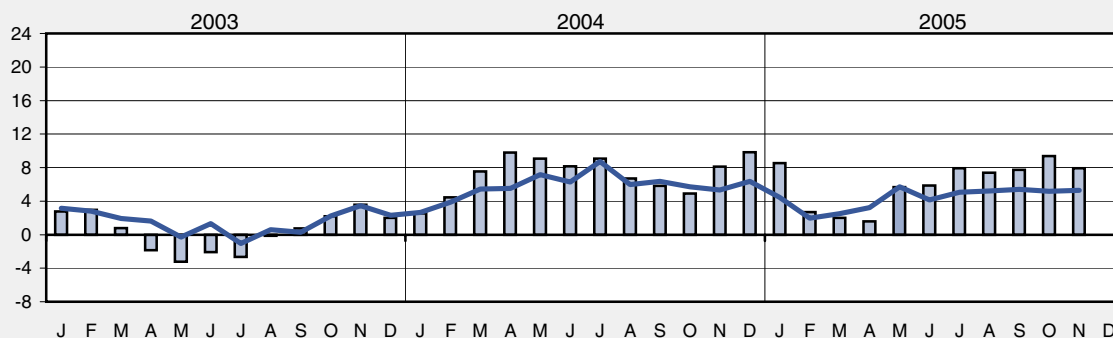
1) Ausbaugewerbe: Quartale.



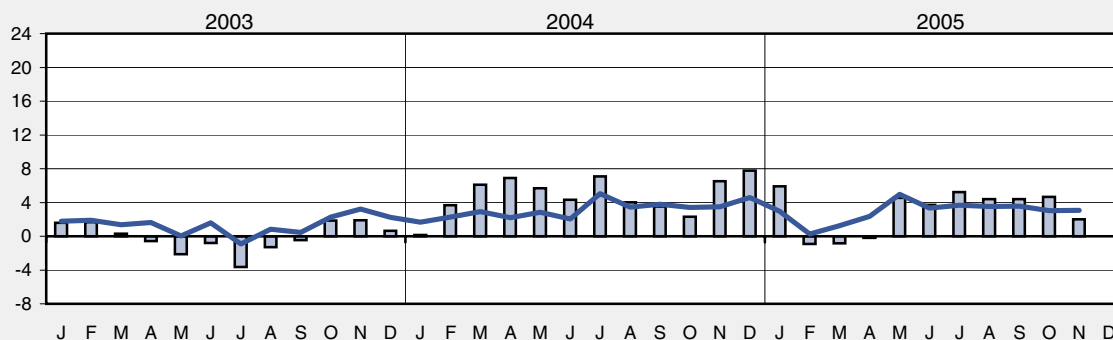
## Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

### Deutschland

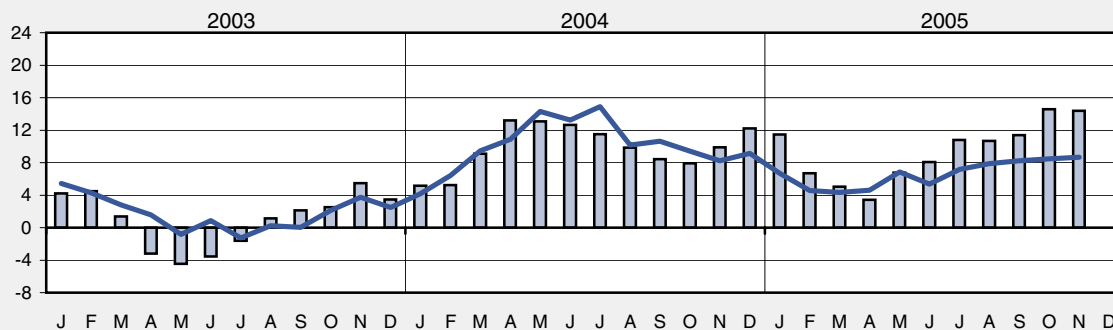
#### Insgesamt



#### Inland



#### Ausland



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

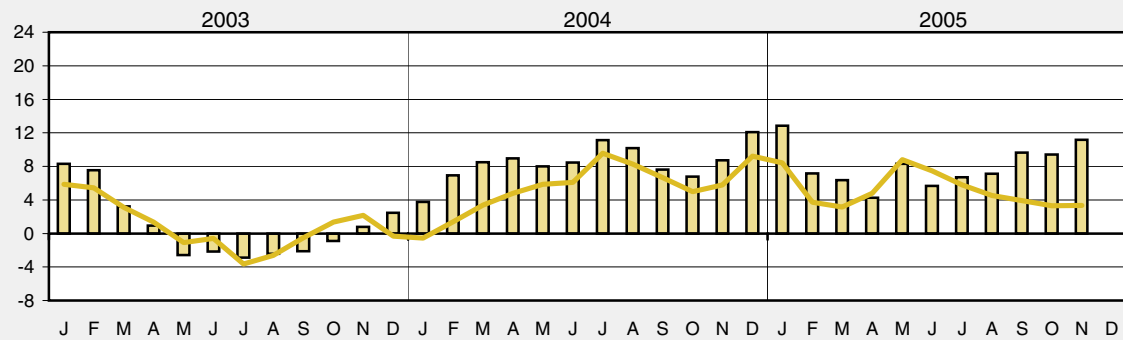
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



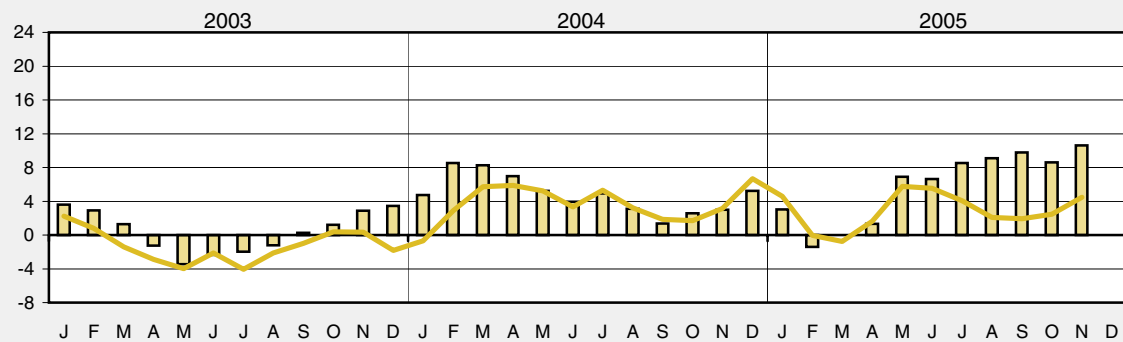
# Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

## Rheinland-Pfalz

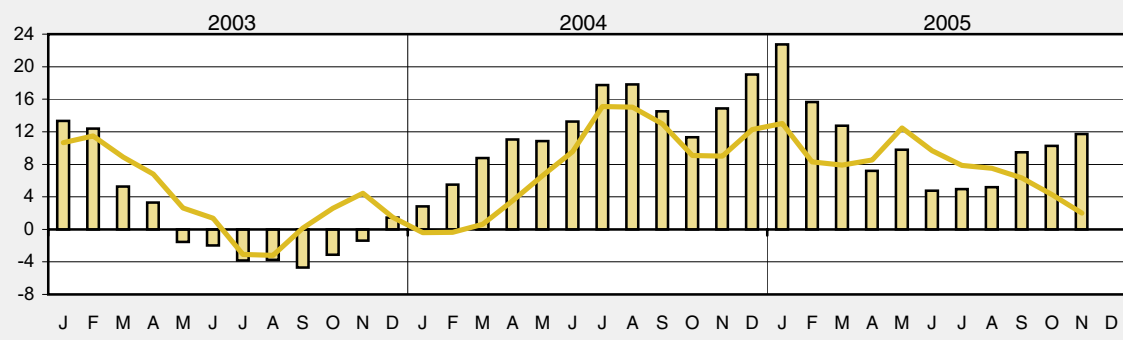
### Insgesamt



### Inland



### Ausland



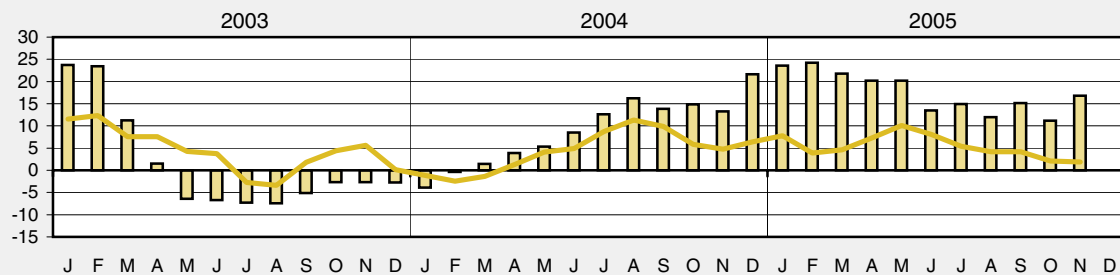
Auftragseingang Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

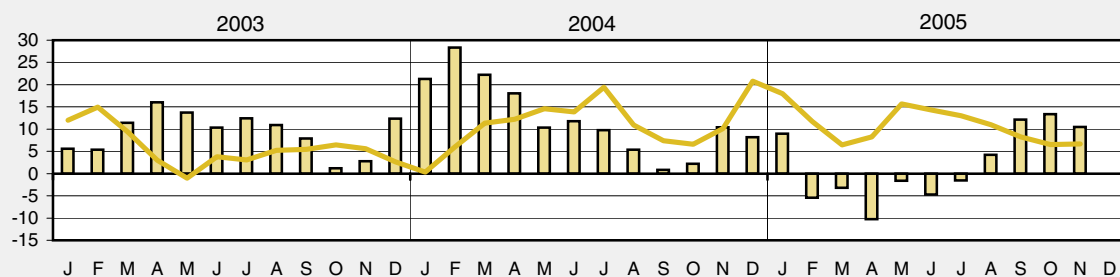


## Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

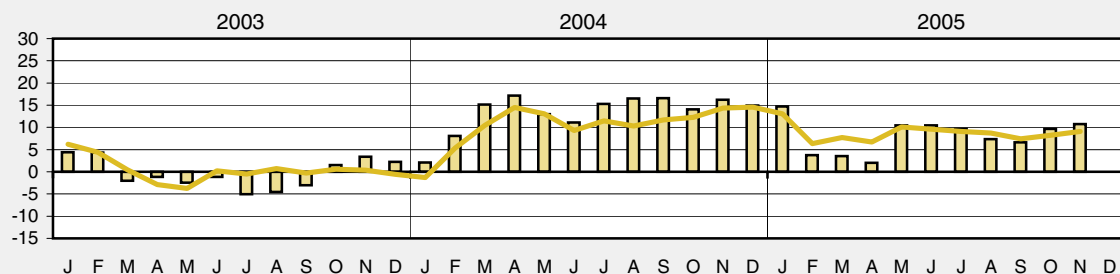
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



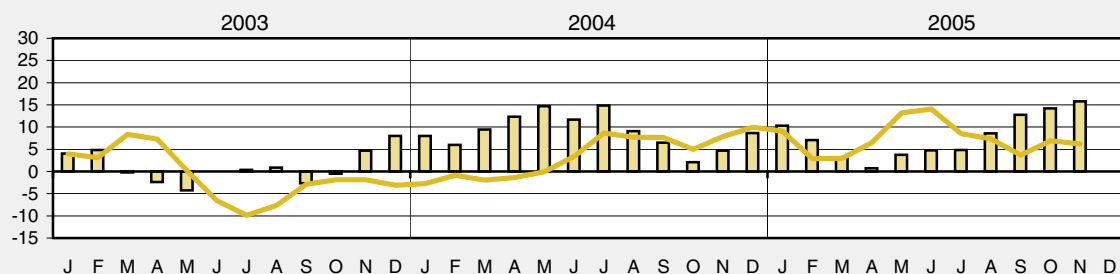
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)

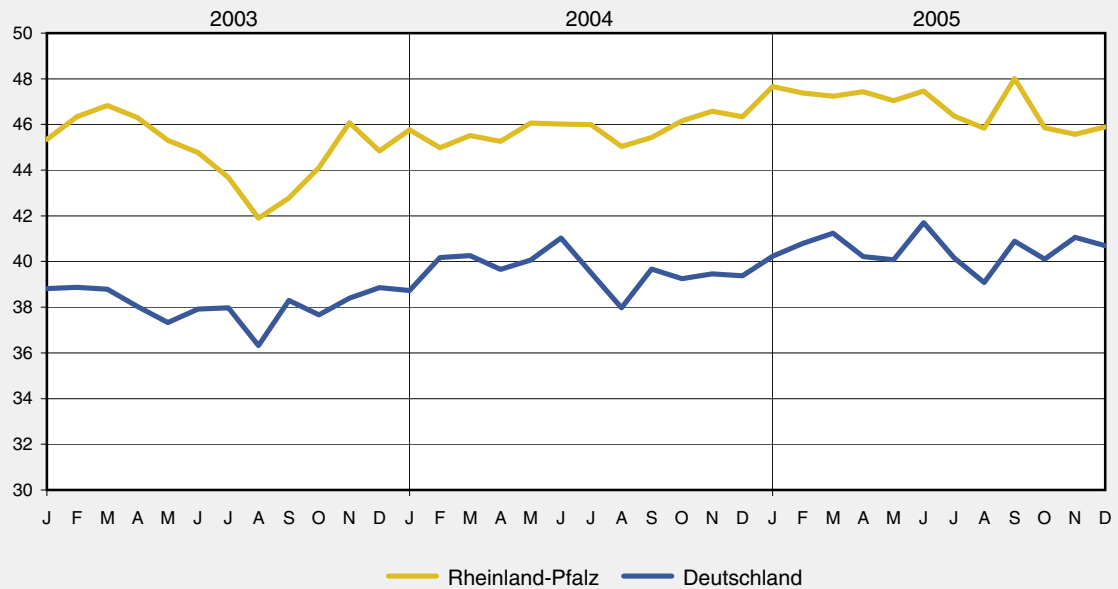


Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

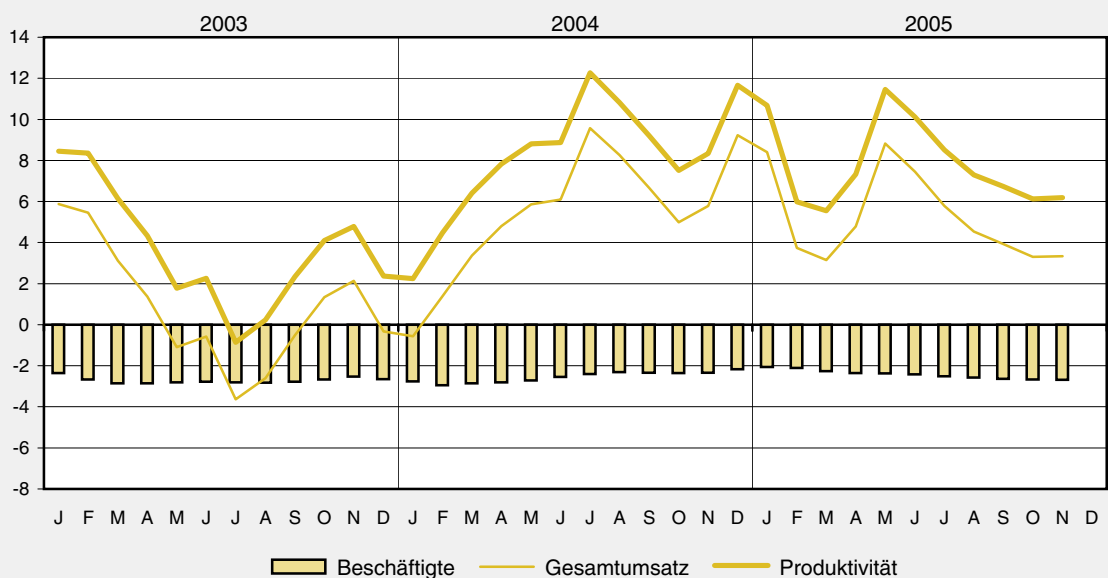


### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

### Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

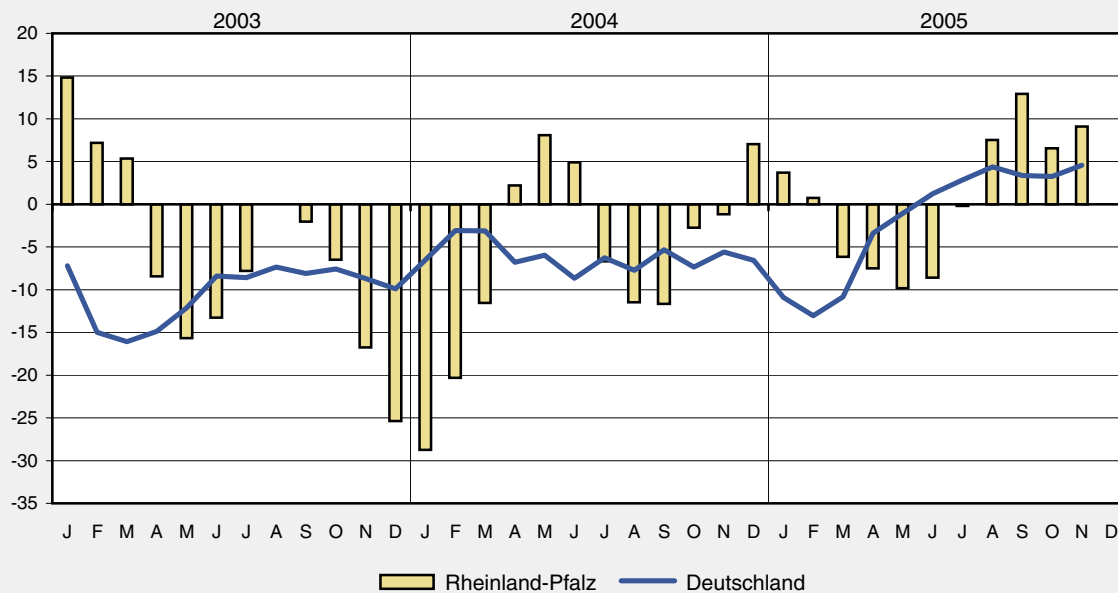


Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

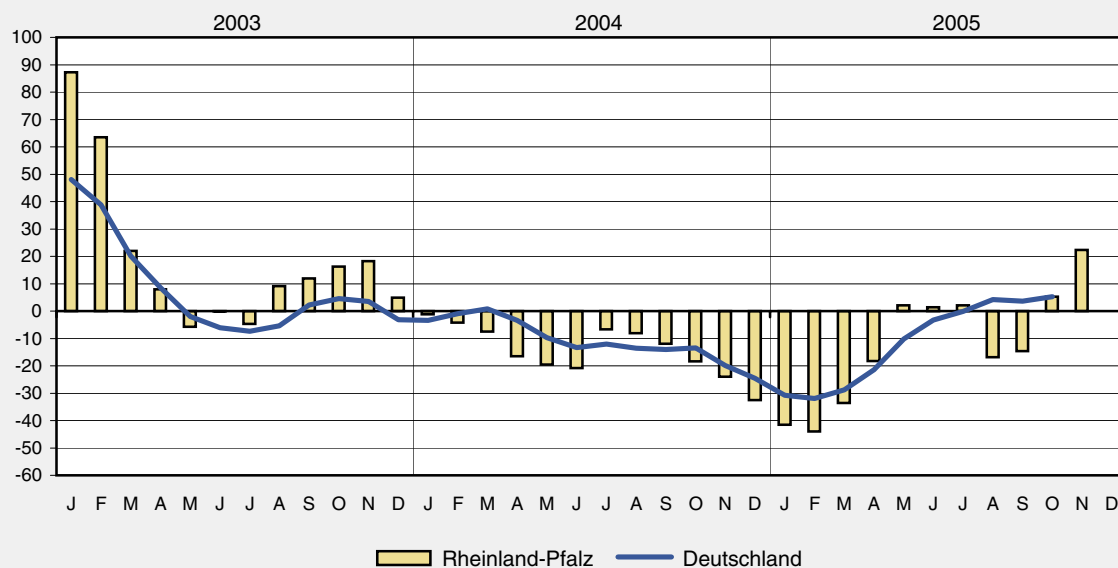
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.



## Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

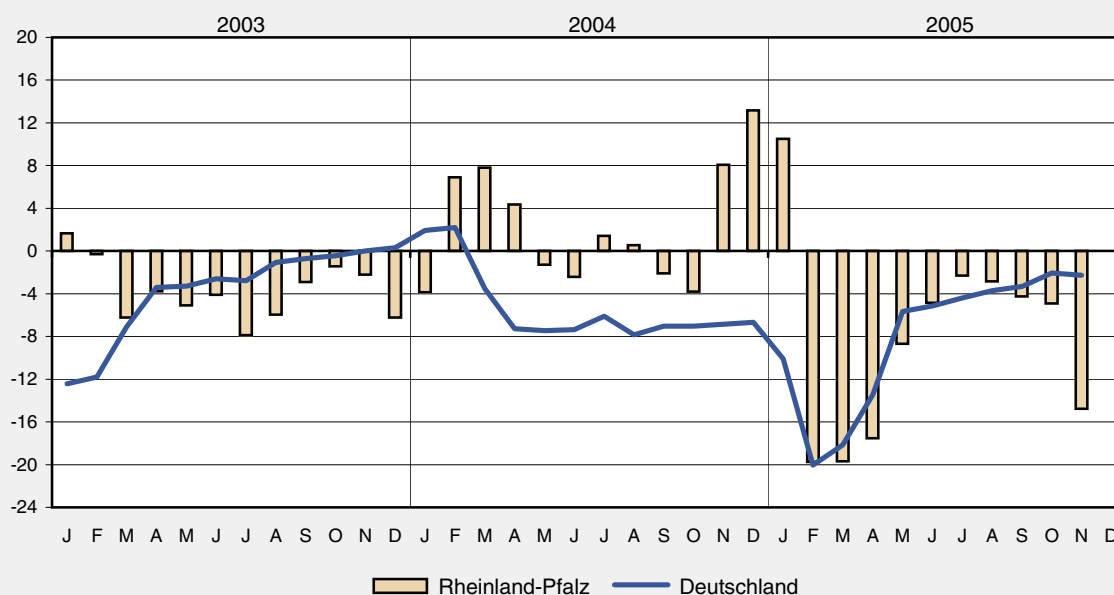


## Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland





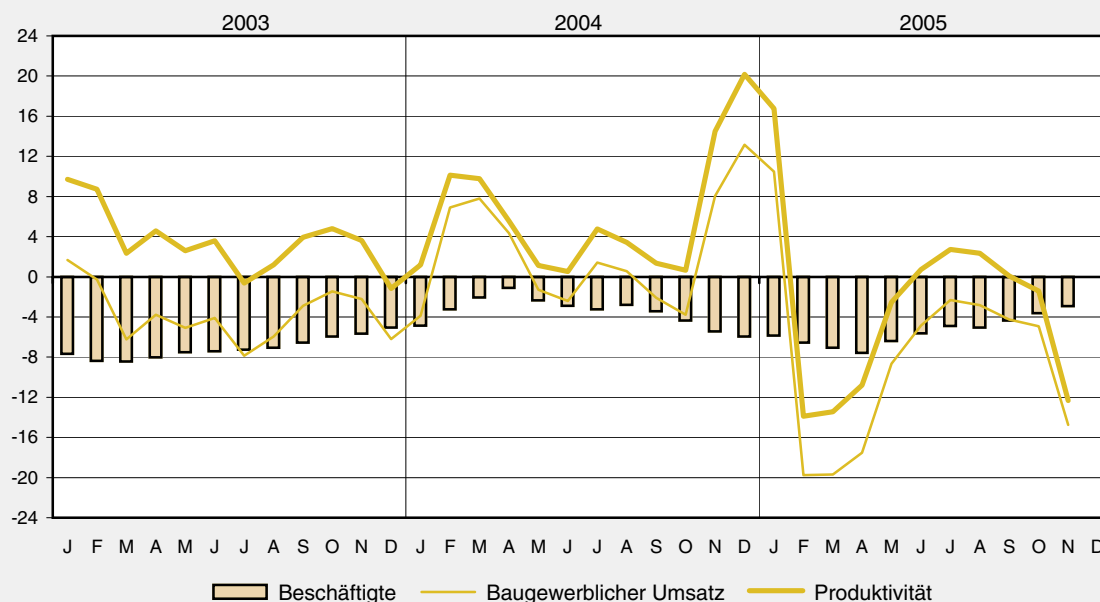
### Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

### Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

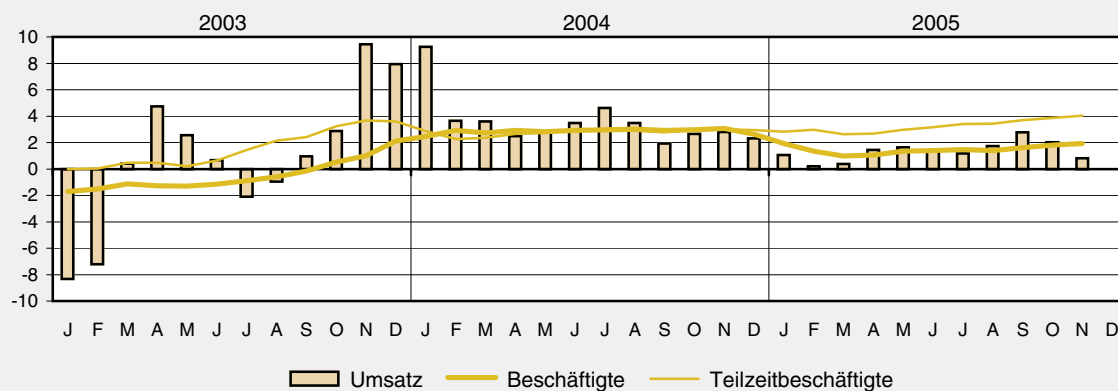


Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

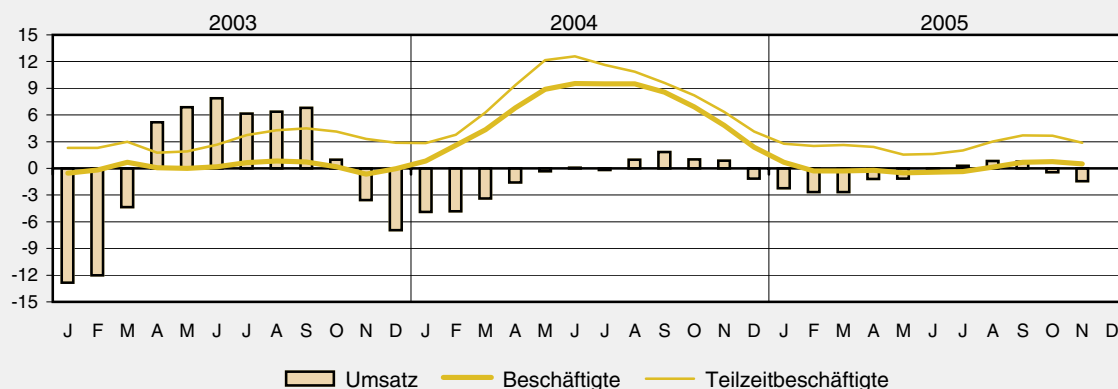
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.



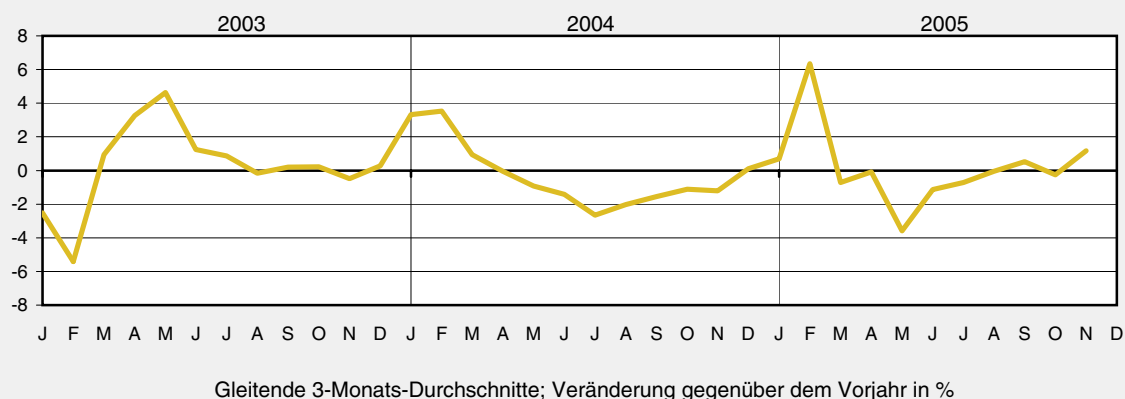
## Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



## Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz

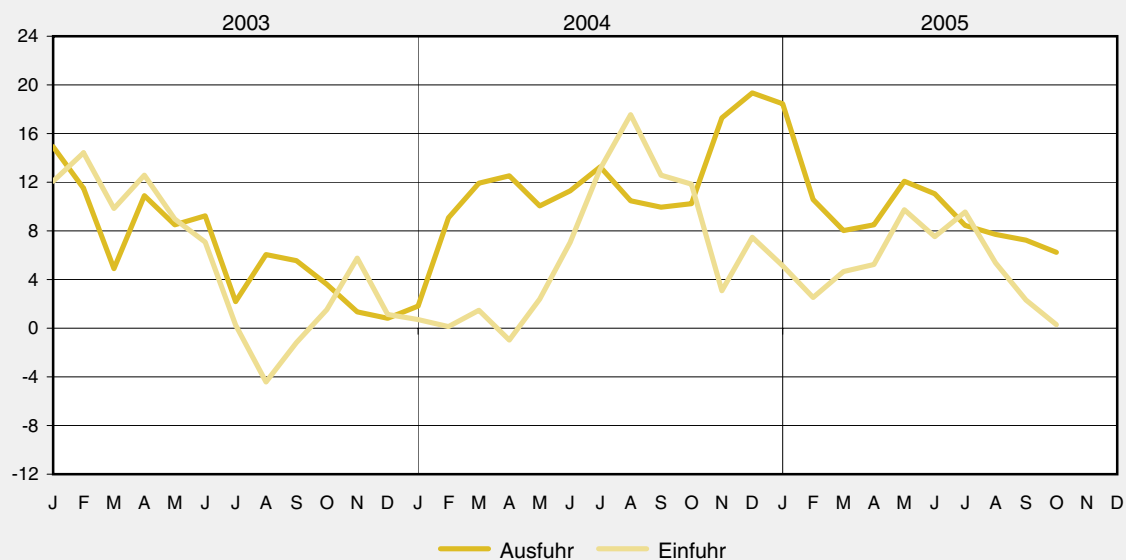


## Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



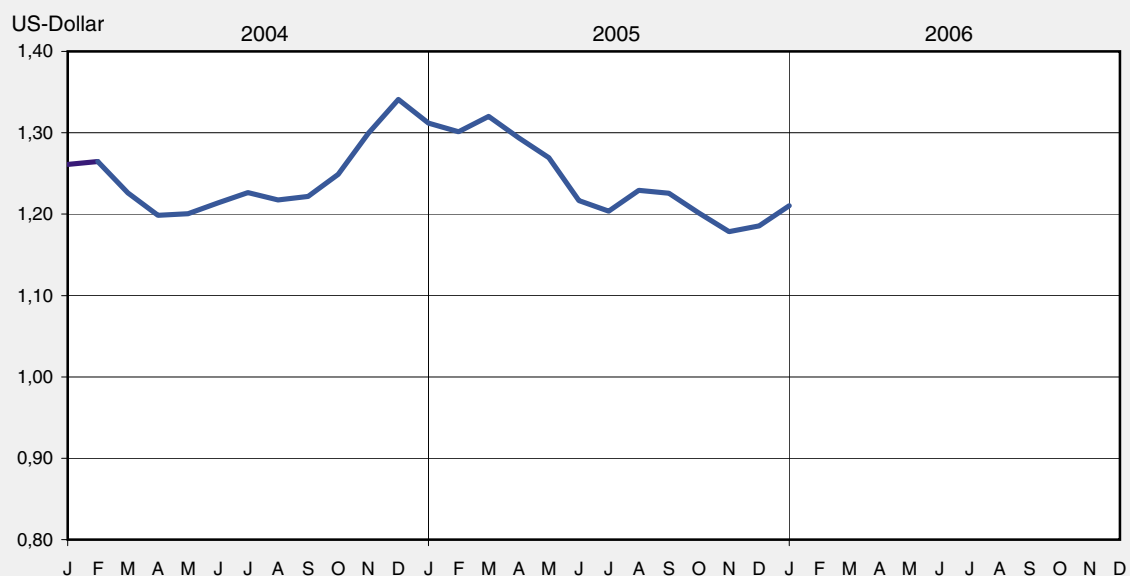


**Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz**  
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

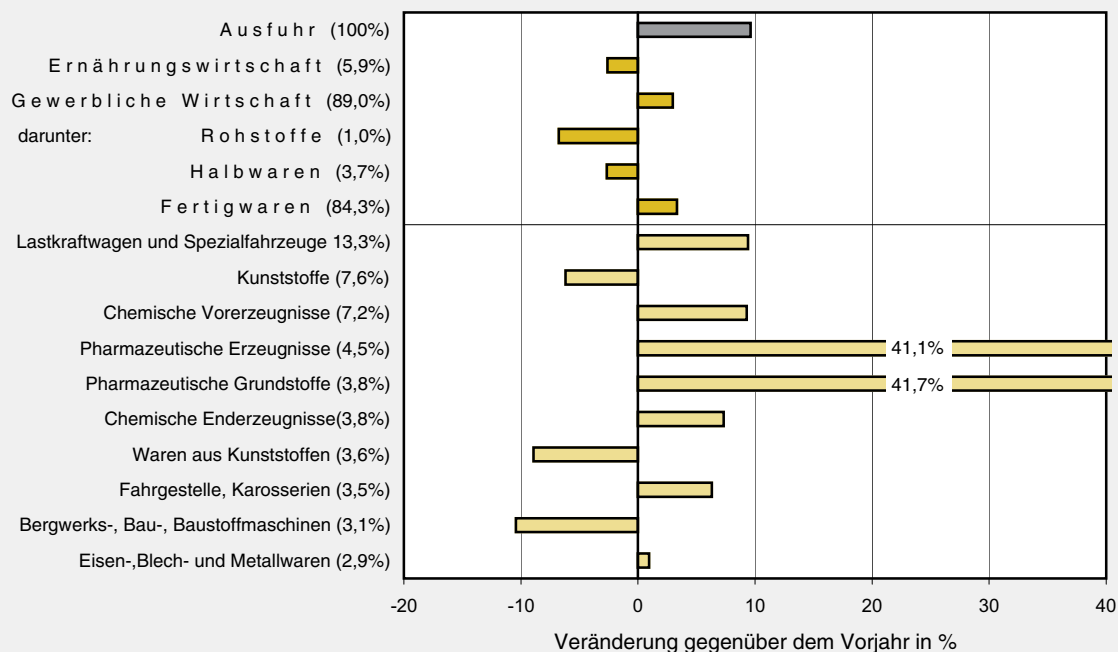
**Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank**  
**1 EUR = ... US-Dollar**  
(Monatsdurchschnitt)



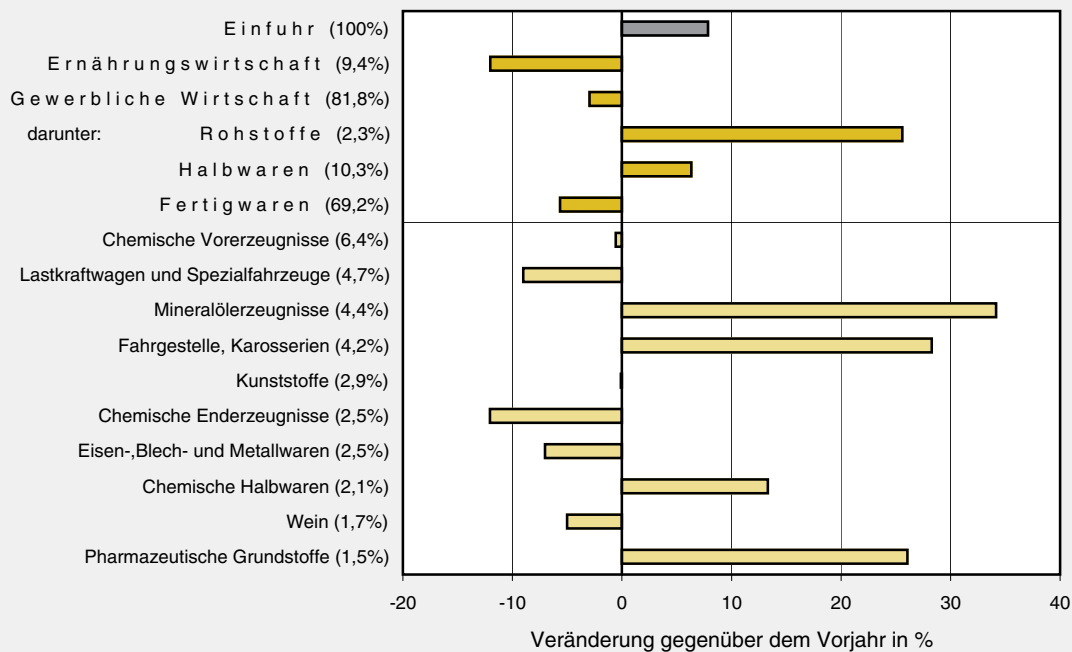
Quelle: Europäische Zentralbank.



**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(Dezember 2004 - November 2005)



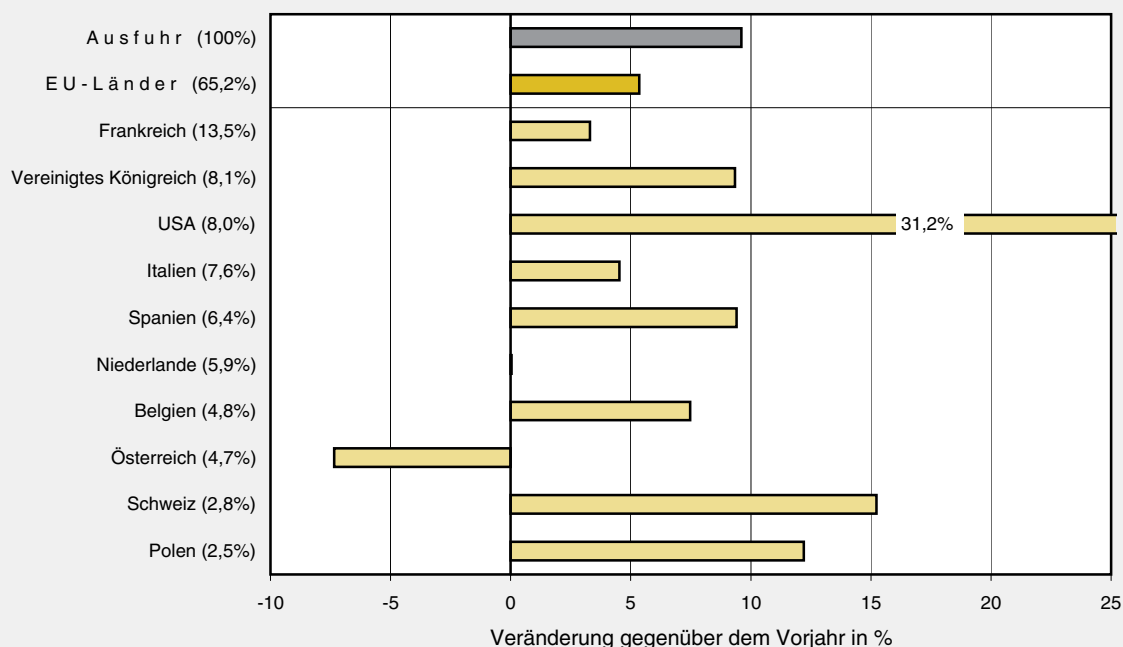
**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(Dezember 2004 - November 2005)



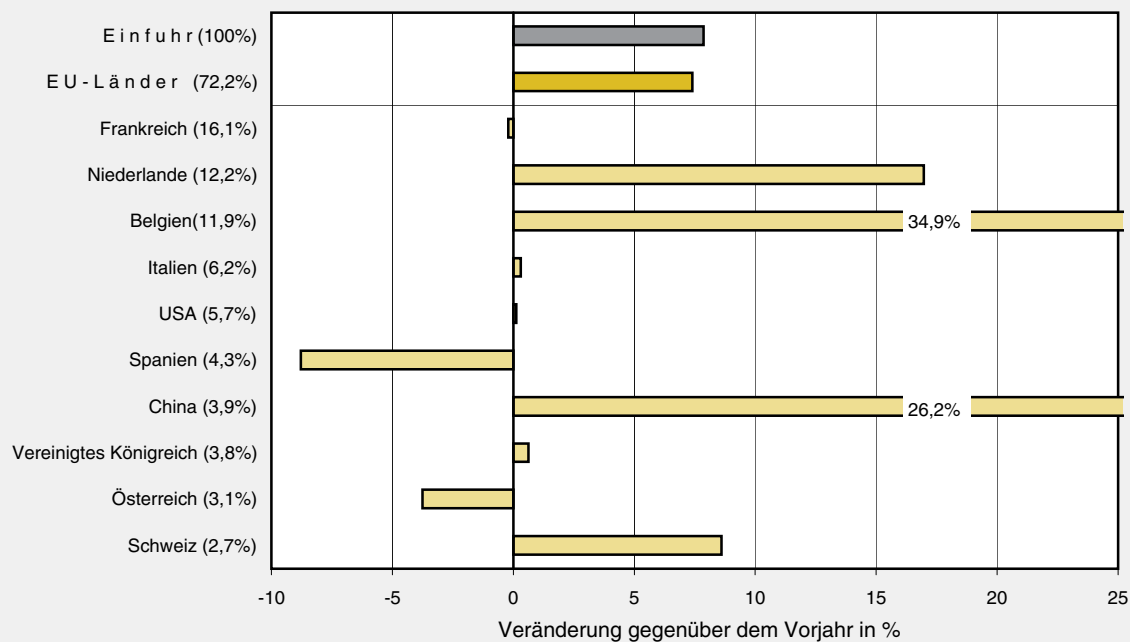
1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.



**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer<sup>1)</sup>**  
(Dezember 2004 - November 2005)



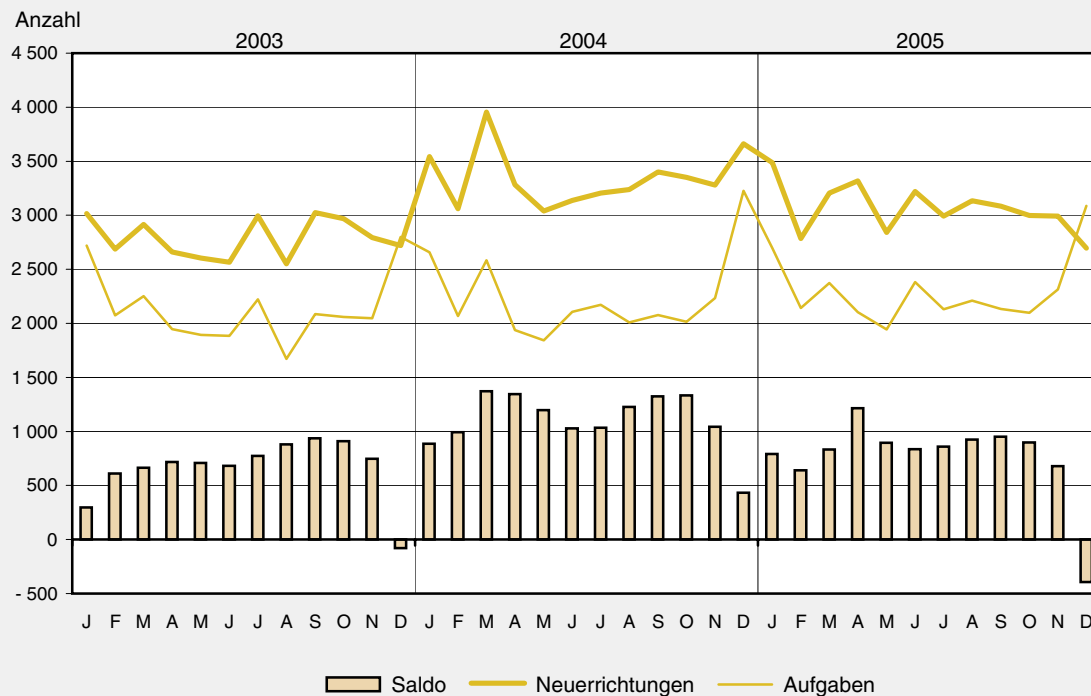
**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer<sup>1)</sup>**  
(Dezember 2004 - November 2005)



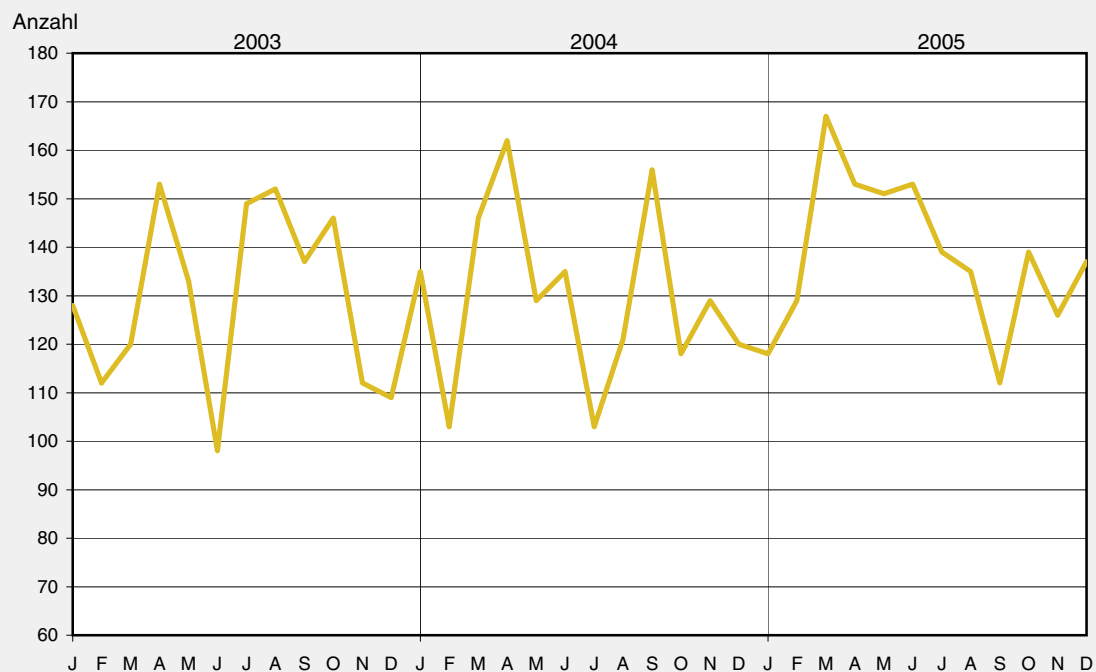
1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.



## Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

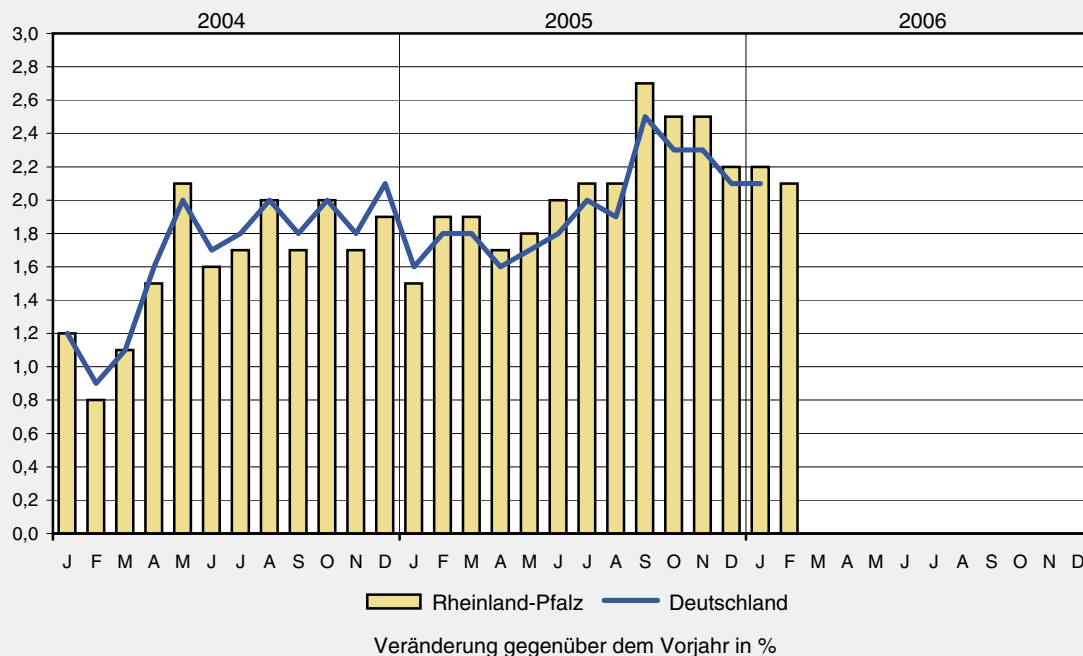


## Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz

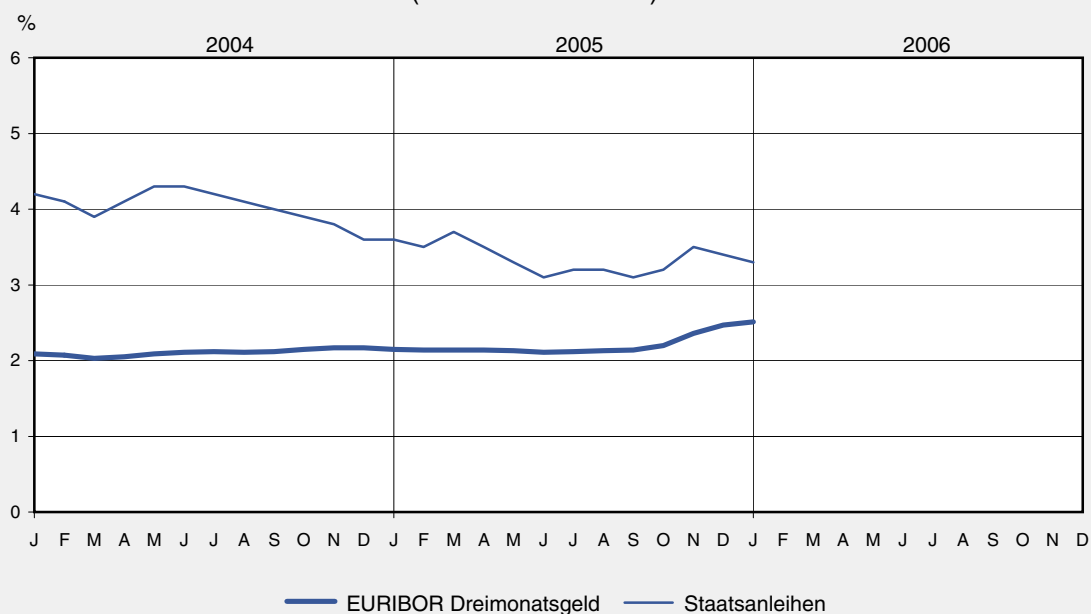




### Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



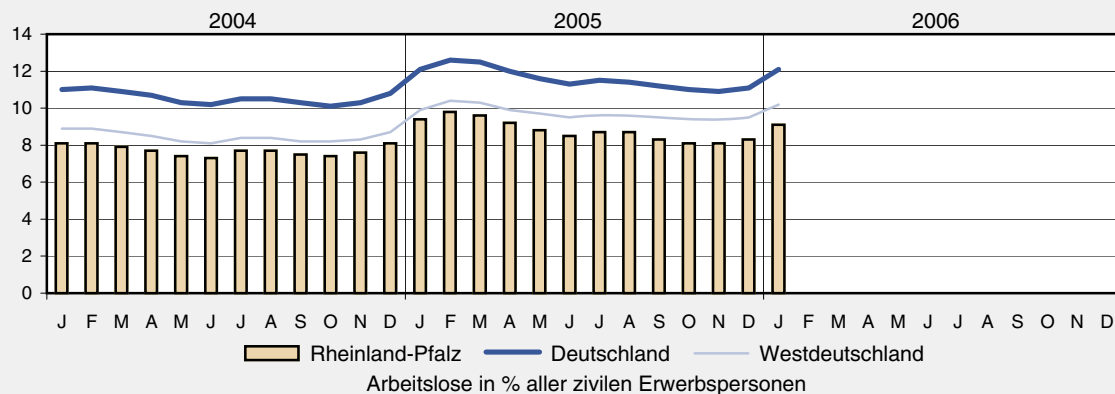
### Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)



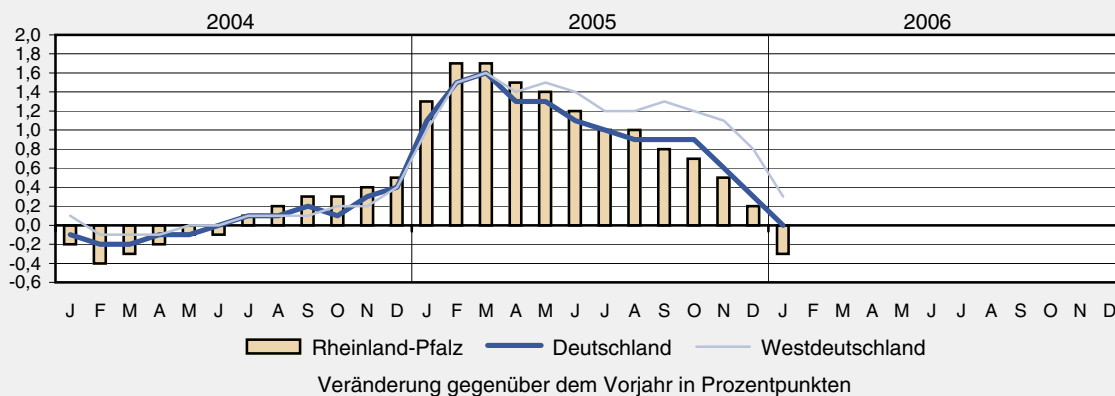
Quelle: Deutsche Bundesbank.



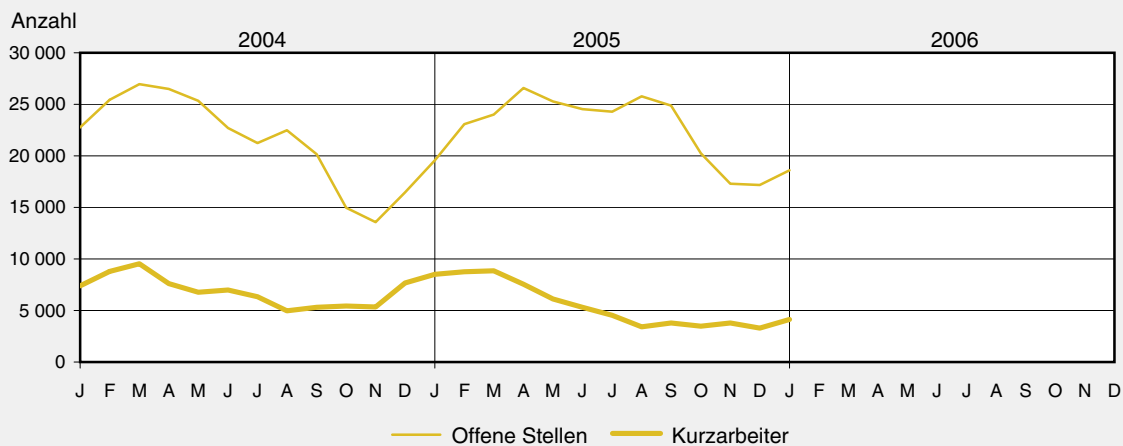
## Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>



## Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>



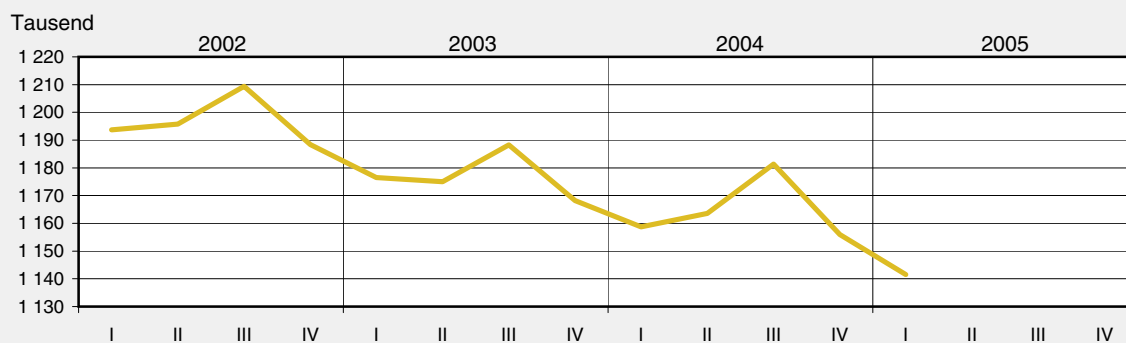
## Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz



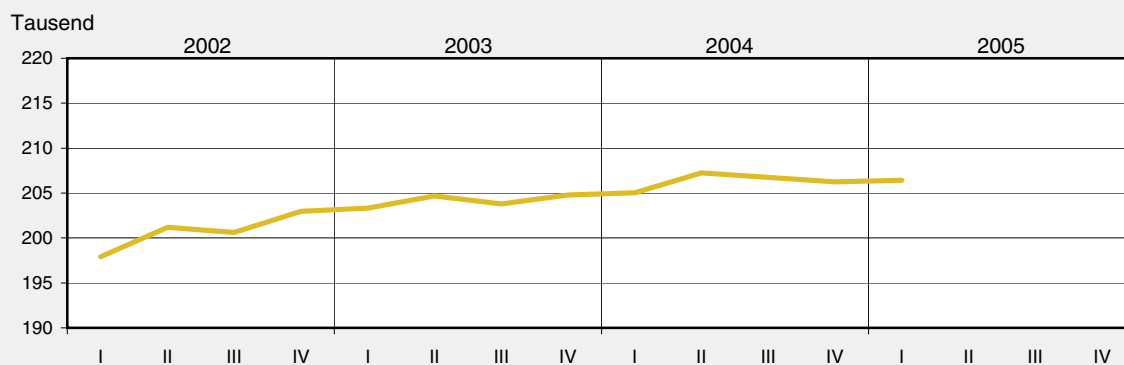
1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.



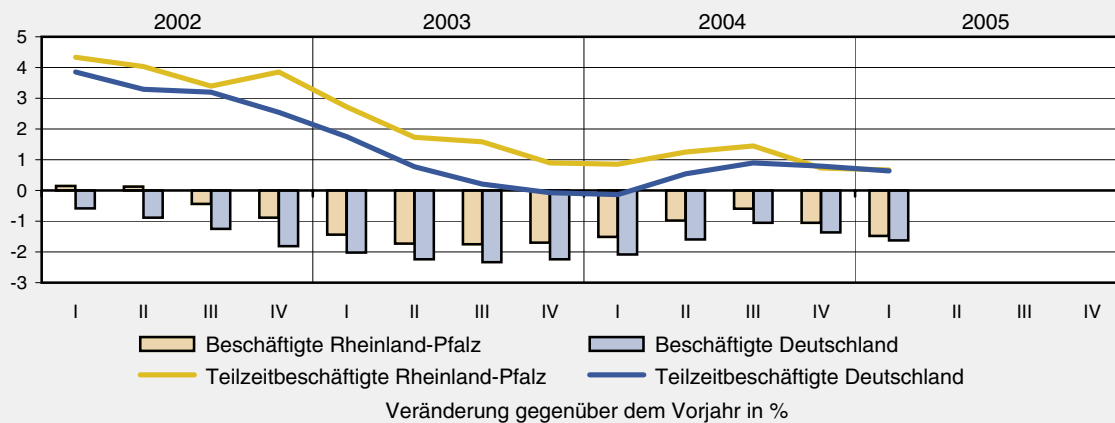
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



### Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

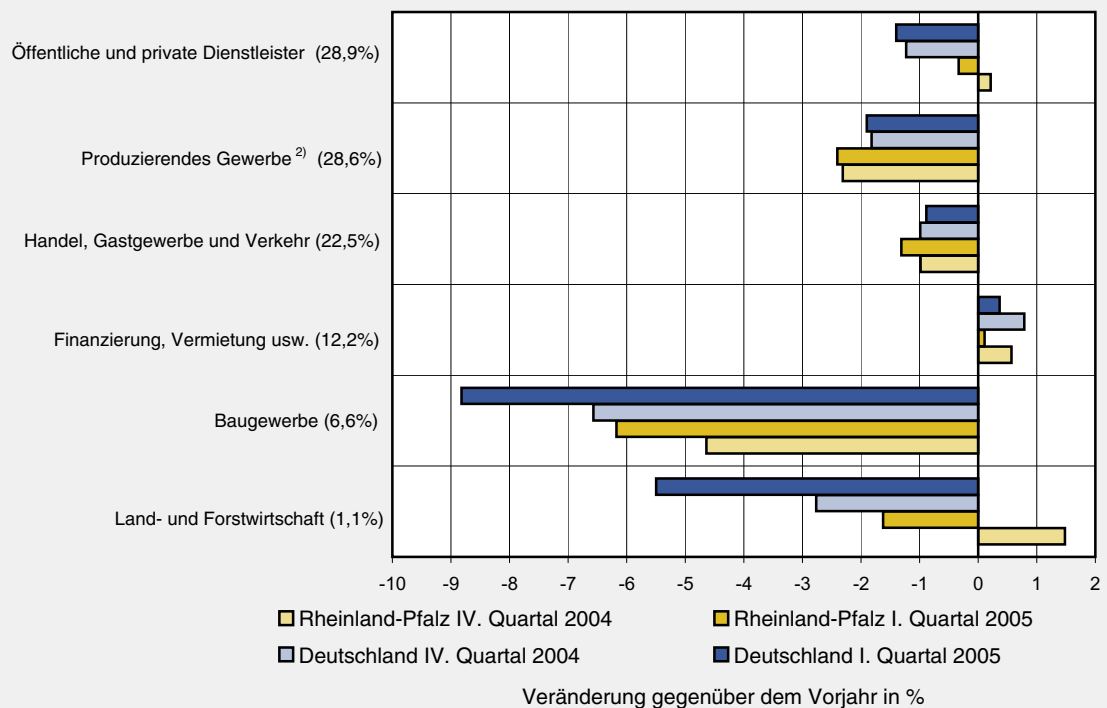


### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)





## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 23. Februar 2006.



## Glossar

### Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins\*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

### Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

### Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

### Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

### Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

### Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

### Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

### Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

### EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

### Euro-Referenzkurs

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

### Exportquote



satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

## Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

## ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „StimmungsindeX“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

## Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

## Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

## Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

## Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

## Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

## Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

## Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

## Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

## Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.





## Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



7	1.210.261	19.517.898	3.697.000
37	1.279.036	20.053.663	3.771.194
47	1.355.127	21.034.439	3.991.804
81	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.589.099	21.687.249	4.092.465



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG		Einheit	2003	2004				2005			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 <sup>1)</sup>	4 061 <sup>1)</sup>	4 061	4 061	4 061	4 060	4 061	4 060	...	
darunter Ausländer <sup>2)</sup>	1 000	313 <sup>1)</sup>	312 <sup>1)</sup>	317	317	318	315	316	317	...	
Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>3)</sup>											
* Eheschließungen <sup>4)</sup>	Anzahl	1 677	1 753	2 390	1 878	1 713	2 390	2 356	2 268	...	
* Lebendgeborene <sup>5)</sup>	Anzahl	2 840	2 785	3 121	3 005	2 740	2 669	3 044	2 806	...	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,2	9,1	9,0	7,9	7,7	8,8	8,4	...	
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>6)</sup>	Anzahl	3 661	3 464	3 371	3 219	3 441	3 070	3 542	3 166	...	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	9,8	9,6	10,0	8,9	10,3	9,5	...	
* darunter im 1. Lebensjahr											
Gestorbene <sup>6)</sup>	Anzahl	14	12	8	13	9	12	14	5	...	
je 1 000 Lebendgeborene <sup>7)</sup>	Anzahl	4,9	4,1	3,3	4,7	3,5	4,5	4,6	1,8	...	
* Überschuss der Geborenen (+)											
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 250	- 214	- 701	- 401	- 498	- 360	...	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 0,7	- 0,6	- 2,0	- 1,2	- 1,4	- 1,1	...	
Wanderungen											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	10 004	8 692	8 886	8 792	10 353	9 442	...	
* darunter aus dem Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	2 346	2 218	2 469	2 371	2 548	2 571	2 601	2 770	...	
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	8 063	8 410	7 953	7 937	9 338	9 289	...	
* darunter in das Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	1 849	2 114	2 223	2 182	2 102	2 181	2 313	2 292	...	
* Wanderungsgewinn (+)											
bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	1 941	282	933	855	1 015	153	...	
* Innerhalb des Landes											
Umgezogene <sup>9)</sup>	Anzahl	12 821	12 969	15 118	12 885	12 734	12 602	15 580	14 117	...	
ERWERBSTÄTIGKEIT											
Beschäftigte	Einheit	2002	2003			2004			2005		
		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.		
* Sozialversicherungspflichtig											
Beschäftigte am Arbeitsort <sup>10)</sup>	1 000	1 196	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156	1 142	
* Frauen	1 000	532	527	531	527	524	522	530	523	519	
* Ausländer/-innen	1 000	76	72	73	69	69	70	71	66	66	
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	201	205	204	205	205	207	207	206	206	
* darunter Frauen	1 000	176	179	178	179	179	181	181	180	181	
davon nach Wirtschaftsbereichen											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	13	11	12	13	13	12	12	
* produzierendes Gewerbe											
ohne Baugewerbe	1 000	351	340	342	338	334	333	335	330	326	
* Baugewerbe	1 000	85	80	82	77	74	77	79	74	70	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	271	265	268	262	260	262	268	259	256	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	141	144	141	141	142	145	142	141	
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	334	335	338	338	337	336	340	339	336	

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



Arbeitsmarkt <sup>1)</sup>	Einheit	2003	2004			2005				2006
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	154 664	155 111	152 285	162 676	190 105	164 610	164 189	168 719	184 851
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	66 580	69 229	82 387	79 775	79 280	79 709	83 908
Männer	Anzahl	88 609	88 800	85 705	93 447	107 718	84 835	84 909	89 010	100 943
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	7 602	9 429	12 017	6 718	6 863	7 933	10 607
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	43 177	46 877	54 757	44 664	44 674	46 504	51 169
* Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>	%	8,5	8,6	8,4	9,0	10,5	9,1	9,0	9,3	10,2
* Frauen	%	7,8	7,8	7,8	8,1	9,7	9,3	9,3	9,3	9,8
* Männer	%	9,2	9,2	8,9	9,7	11,2	8,9	8,9	9,3	10,5
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	17,6	18,8	22,5	20,0	20,2	20,9	22,4
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	8,2	8,9	11,5	9,5	9,2	9,2	10,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	5 342	7 672	8 503	3 473	3 802	3 284	4 144
Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	13 568	16 447	19 570	20 233	17 292	17 163	18 617
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	202	134	274	961	926	841	1 024
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	3 889	3 405	3 461	5 927	4 857	4 686	4 849

BAUTÄTIGKEIT

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	988	828	533	598	763	670	576	1 031	997
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	514	570	730	646	556	1 003	960
3 und mehr Wohnungen <sup>3)</sup>	Anzahl	39	38	19	28	33	24	20	28	37
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	2	2	...	1	2	...	
Unternehmen	Anzahl	125	97	57	80	86	106	41	405	126
private Haushalte	Anzahl	862	729	474	516	675	564	534	624	871
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	691	970	1 198	868	710	1 475	1 313
* Umbauter Raum	1 000 m³	952	810	501	592	810	605	515	812	938
* Wohnfläche	1 000 m²	172	147	91	107	143	115	95	162	172
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	3 990	4 747	6 128	4 904	4 168	8 168	7 383
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	217	184	114	134	185	139	120	181	217

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	130	148	93	131	125	97	110	98
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	15	16	15	14	15	19	14	12	18
Unternehmen	Anzahl	106	105	127	77	113	99	78	90	74
private Haushalte	Anzahl	6	10	6	2	3	7	5	8	6
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	20	9	25	2	7	8	4
* Umbauter Raum	1 000 m³	661	662	571	678	811	927	435	541	309
* Nutzfläche	1 000 m²	98	98	95	97	132	120	73	84	51
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	67	59	63	80	95	47	102	34

Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 491	1 314	826	1 091	1 287	933	800	1 604	1 430
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	4 787	5 570	6 899	5 363	4 755	8 935	8 046

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.



LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1)</sup>	t	10 393	10 830	11 109	12 430	11 877	10 596	11 241	11 731	11 033
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	3 016	3 709	3 474	2 889	3 011	3 545	3 233
* Kälber	t	18	20	20	21	46	13	14	20	39
* Schweine	t	7 595	7 968	7 985	8 603	8 248	7 593	8 108	8 064	7 635
* Eiererzeugung <sup>2)</sup>	1 000	9 621	9 535	9 334	9 507	9 844	9 913	10 201	10 175	10 197
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	62 337	59 680	63 008	60 362	60 922	58 010	61 121
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>3)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 181	2 179	2 179	2 106	2 095	2 090	2 090
* Beschäftigte <sup>4)</sup>	Anzahl	288 559	281 120	281 039	280 511	279 085	275 016	273 440	272 947	271 665
* darunter Arbeiter/-innen <sup>5)</sup>	Anzahl	180 771	175 217	174 684	174 383	173 519	170 293	169 334	168 640	167 796
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	36 194	37 221	34 330	35 490	34 504	36 032	33 099
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	889	884	845	1 149	860	822	845	1 141	858
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	435	584	441	422	434	579	436
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	434	433	411	565	419	400	411	562	422
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 230	5 508	5 621	5 821	5 647	6 124 <sup>P</sup>	5 693 <sup>P</sup>	5 993 <sup>P</sup>	5 973 <sup>P</sup>
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>6)</sup>	Mill. EUR	2 779	2 953	3 033	3 115	2 823	3 240 <sup>P</sup>	2 985 <sup>P</sup>	3 216 <sup>P</sup>	2 919 <sup>P</sup>
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 533	1 561	1 653	1 696	1 575	1 642	1 855
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	123	134	113	121	125	133	117
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	931	1 011	1 057	1 066	1 008	1 002	1 082
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 720	1 862	1 786	1 889 <sup>P</sup>	1 723 <sup>P</sup>	1 880 <sup>P</sup>	1 863 <sup>P</sup>
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	902	916	907	970	921	955	1 032
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 595	2 712	2 617	2 938	2 608	2 667	2 741
Exportquote <sup>7)</sup>	%	44,9	45,8	46,2	46,6	46,3	48,4	46,3	45,6	45,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)										
2000=100		99,6	106,8	106,6	107,6	103,0	116,0	113,7	114,6	117,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	106,4	105,9	93,7	113,8	110,1	114,6	105,9
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	104,9	108,6	121,8	117,3	117,8	112,7	136,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	106,3	110,5	82,9	97,1	98,9	117,0	109,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	115,6	114,6	96,0	132,7	126,1	121,2	125,1
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen <sup>8)</sup>	2000=100	102,3	109,4	111,8	112,4	97,9	124,1	121,6	121,3	123,0
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	108,6	112,3	127,3	122,7	124,7	112,0	140,6
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe <sup>3)</sup>	Anzahl	87	86	85	85	85	88	87	87	86
* Beschäftigte <sup>3)4)</sup>	Anzahl	10 660	10 377	10 347	10 321	10 326	10 231	10 210	10 196	10 154
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3)</sup>	1 000 h	1 363	1 329	1 328	1 394	1 290	1 334	1 273	1 374	1 261
* Bruttolohn- und -gehaltssumme <sup>3)</sup>	Mill. EUR	34	33	37	43	31	30	37	43	31
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen <sup>9)</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	660	713	760	590	499	593	797
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	643	698	743	571	487	577	775

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –

2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. –

7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –  
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit  
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. –  
7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraft-  
werke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.



**Baugewerbe****Bauhauptgewerbe**  
(Vorbereitende Baustellen-  
arbeiten, Hoch- und Tief-  
bau) <sup>1)</sup>

Baugewerbe	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte <sup>2)</sup>	Anzahl	39 526	38 163	37 830	37 245	36 744	36 935	36 637	36 263	35 639
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 967	3 780	4 181	3 853	2 935	4 085	3 839	3 705	2 803
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 673	1 526	1 158	1 634	1 547	1 447	1 065
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	1 000 h	995	931	1 009	930	752	935	851	873	762
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	1 499	1 397	1 025	1 516	1 441	1 385	976
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	701	643	451	774	722	688	465
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	90	85	83	95	85	84	81	93	80
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	61	69	63	64	61	69	59
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	22	21	25	22	20	20	24	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	358	391	538	352	343	368	386
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	119	122	217	115	109	113	110
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	Mill. EUR	92	86	85	96	108	84	84	90	107
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	154	173	213	153	149	165	169
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	69	75	83	76	71	77	74

**Ausbaugewerbe/  
Bauinstallation und sons-  
tiges Ausbaugewerbe <sup>4) 5)</sup>**

Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und son- stiges Ausbaugewerbe <sup>4) 5)</sup>	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Betriebe <sup>6)</sup>	Anzahl	368	332	331	334	331	319	320	319	319
* Beschäftigte <sup>2) 6)</sup>	Anzahl	12 338	11 708	11 497	11 999	11 767	11 207	11 488	11 350	11 353
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 467	3 681	3 636	3 330	3 652	3 632	3 615
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	80	77	75	78	83	72	77	76	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	54	56	59	51	55	54	57
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	22	22	22	24	20	21	22	24
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	244	281	335	183	240	253	327

**HANDEL****Großhandel <sup>p 7)</sup>**

Großhandel <sup>p 7)</sup>	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2003=100	100	98,7	100,1	99,6	99,3	99,0	99,0	98,4	98,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	104,2	105,3	105,8	106,1	111,9	112,0	111,6	111,5
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	103,6	110,6	110,5	101,1	114,2	110,0	110,6	103,8
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	100	101,6	107,2	107,6	98,9	107,3	103,4	105,4	98,8

**Einzelhandel <sup>p 9)</sup>**

* Beschäftigte	2003=100	100	102,9	103,9	104,5	104,8	105,1	105,5	106,7	107,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	102,7	104,1	104,9	105,1	107,0	107,7	109,4	109,7
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	103,2	105,1	105,8	121,9	104,8	106,7	106,9	121,9
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	100	103,1	104,8	105,9	121,7	103,7	105,5	105,9	121,0

**Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>p 10)</sup>**

* Beschäftigte	2003=100	100	98,2	99,3	99,2	98,8	99,4	99,7	98,9	97,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	92,3	92,7	92,1	92,9	95,7	95,9	94,6	91,2
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	102,5	104,6	109,2	106,3	105,3	105,4	112,4	106,5
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	100	101,3	103,5	108,2	105,6	102,8	102,6	109,4	103,5

**GASTGEWERBE <sup>p</sup>**

* Beschäftigte	2003=100	100	106,5	107,3	104,2	102,9	111,2	108,6	104,2	103,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	108,3	108,6	105,9	105,2	116,5	113,1	108,3	107,5
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	99,3	108,7	91,6	95,0	111,3	109,7	88,1	93,3
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	100	98,6	108,0	91,3	92,7	108,6	107,8	86,8	90,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



<b>TOURISMUS <sup>1)</sup></b>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gästeankünfte	1 000	561	580	774	446	366	819	782	456	381
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	144	92	85	154	151	90	98
* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	2 168	1 128	974	2 224	2 170	1 139	1 027
* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	377	221	213	450	408	224	252
<b>VERKEHR</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	2 357	2 262	2 492	2 364	2 223	2 233	2 447	2 406	2 073
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 682	1 480	1 378	1 511	1 681	1 564	1 292
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	26	24	19	32	18	30	24
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	12	17	12	15	7	18	17
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	8	4	3	10	6	6	2
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	1	1	4	2	2	-
Fußgänger	Anzahl	3	3	4	1	2	1	-	3	3
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	2 126	1 967	1 780	1 932	2 159	2 080	1 722
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	433	380	289	391	435	404	333
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	178	206	176	145	169	194	189
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	95	84	124	84	42	130	116	87	55
Radfahrer	Anzahl	51	45	66	36	28	72	90	50	26
Fußgänger	Anzahl	40	38	42	34	27	26	41	53	47
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	13 587	12 936	12 899	12 846	11 114	14 609	13 226	11 361
darunter										
Kraftträder	Anzahl	975	865	332	203	231	576	410	203	142
* Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	14 525	11 583	11 417	11 581	11 561	9 527	12 691	11 865	10 203
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	738	829	832	751	711	1 122	847	757
Zugmaschinen	Anzahl	200	239	232	181	163	179	312	241	184
<b>Personenbeförderung</b>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	.	69 121	70 036	62 460	72 451	66 493	65 026	54 394	...
Personenkilometer <sup>4)</sup>	Mill.	.	643	654	517	776	573	570	493	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 169	1 212	1 352	1 232	1 273	1 154	996
* Güterversand	1 000 t	756	808	828	848	884	988	967	806	703
<b>AUSSENHANDEL <sup>5)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 644	2 613	2 683	2 789	2 682	2 987	2 782	2 790
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	166	175	157	181	195	192	185	211
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 439	2 385	2 477	2 549	2 360	2 645	2 460	2 432
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	23	19	36	24	13	17	16	18
* Halbwaren	Mill. EUR	83	106	100	111	120	99	120	109	100
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 309	2 266	2 330	2 405	2 249	2 508	2 335	2 314
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	702	724	671	729	582	844	748	729
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 607	1 542	1 659	1 676	1 667	1 664	1 587	1 585

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.



noch AUSSENHANDEL <sup>1)</sup> Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 938	1 933	2 034	2 137	1 929	2 257	2 039	2 155
* darunter in EU-Länder <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 590	1 726	1 727	1 823	1 919	1 656	1 962	1 787	1 916
Belgien	Mill. EUR	142	129	132	133	144	124	158	131	138
Luxemburg	Mill. EUR	31	38	42	49	49	39	33	52	40
Dänemark	Mill. EUR	33	33	28	37	44	38	43	39	39
Finnland	Mill. EUR	20	20	22	21	24	16	24	19	19
Frankreich	Mill. EUR	317	356	349	348	375	283	383	351	348
Griechenland	Mill. EUR	23	29	30	27	34	44	48	45	31
Großbritannien	Mill. EUR	190	213	213	223	237	260	261	212	231
Irland	Mill. EUR	11	12	11	14	11	16	15	11	12
Italien	Mill. EUR	186	196	213	217	212	143	223	209	239
Niederlande	Mill. EUR	154	154	145	169	170	136	170	152	164
Österreich	Mill. EUR	114	128	125	141	144	122	134	113	125
Schweden	Mill. EUR	44	55	56	56	72	93	61	55	55
Spanien	Mill. EUR	153	164	170	180	193	137	172	182	208
Portugal	Mill. EUR	19	19	16	19	18	16	20	17	23
* Afrika	Mill. EUR	50	61	64	66	44	67	62	59	56
* Amerika	Mill. EUR	260	300	271	268	271	318	292	391	276
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	203	198	215	246	210	311	196
* Asien	Mill. EUR	271	319	324	291	312	342	349	272	283
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	48	48	54	45	52	49	48
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	21	24	26	26	27	21	20
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 625	1 739	1 661	1 829	1 782	1 665	1 711	1 961
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	177	159	183	191	177	140	147	171
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 392	1 511	1 404	1 561	1 447	1 380	1 413	1 618
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	51	49	56	56	61	68	66	71
* Halbwaren	Mill. EUR	165	192	229	205	241	256	188	200	215
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 149	1 233	1 142	1 264	1 130	1 124	1 148	1 333
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	303	299	321	334	303	284	294	316
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	845	934	821	930	827	840	853	1 016
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 291	1 418	1 320	1 459	1 394	1 285	1 334	1 526
* darunter aus EU-Ländern <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 133	1 163	1 267	1 178	1 318	1 245	1 145	1 200	1 335
Belgien	Mill. EUR	163	186	181	204	213	218	208	189	201
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	36	30	32	35	24	48	37
Dänemark	Mill. EUR	31	28	15	30	38	32	35	27	51
Finnland	Mill. EUR	8	7	8	8	8	9	7	7	6
Frankreich	Mill. EUR	240	253	308	269	269	217	221	219	264
Griechenland	Mill. EUR	4	5	2	4	4	4	4	2	4
Großbritannien	Mill. EUR	70	63	73	62	62	65	73	57	68
Irland	Mill. EUR	20	14	26	8	7	16	23	26	24
Italien	Mill. EUR	111	106	98	103	122	108	94	119	126
Niederlande	Mill. EUR	174	182	206	172	250	269	205	260	213
Österreich	Mill. EUR	50	53	51	57	59	54	47	51	51
Schweden	Mill. EUR	37	36	38	33	38	18	19	19	99
Spanien	Mill. EUR	69	72	80	68	68	66	61	61	61
Portugal	Mill. EUR	14	10	11	7	11	9	9	8	8
* Afrika	Mill. EUR	24	31	30	30	27	52	31	35	39
* Amerika	Mill. EUR	138	133	116	135	147	132	135	128	162
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	89	106	117	103	106	103	127
* Asien	Mill. EUR	147	165	170	172	193	197	210	211	228
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	27	26	29	31	19	25	25	30
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	4	2	6	4	3	5
GEWERBEANZEIGEN <sup>3)</sup>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 278	3 879	3 833	3 803	4 274	3 552	3 523	3 526	3 323
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	2 502	2 759	3 919	2 637	2 629	2 817	3 792

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.



INSOLVENZEN										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	399	456	437	550	464	456	613	627	593
davon										
* Unternehmen	Anzahl	129	130	118	129	120	112	139	126	137
* Verbraucher	Anzahl	155	201	190	273	202	210	331	346	305
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	100	113	118	137	126	120	129	138	137
* sonstige natürliche Personen, <sup>1)</sup>										
Nachlässe	Anzahl	16	13	11	11	16	14	14	17	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	121	118	137	112	147	91	98	84	115
HANDWERK <sup>2)</sup>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
* Beschäftigte <sup>3)</sup>	2003=100 <sup>4)</sup>	98,1	81,4	92,7	95,4	93,0	90,4	90,8	92,6	91,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 <sup>5)</sup>	100,0	88,1	98,2	98,4	104,9	79,2	96,3	98,2	105,2
PREISE										
	Einheit	2003	2004		2005			2006		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	104,3	106,0	107,0	106,7	107,2	108,5	109,4	109,1	109,4
VERDIENSTE <sup>6)</sup>										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 531	2 571	2 599	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608	2 641
* Männer	EUR	2 602	2 643	2 675	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677	2 713
* Frauen	EUR	1 909	1 935	1 930	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968	1 975
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,38	15,55	15,67	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70	15,80
* Männer	EUR	15,79	15,95	16,09	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09	16,20
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,96	17,05	17,20	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23	17,36
angelernte Arbeiter	EUR	15,12	15,45	15,60	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51	15,60
Hilfsarbeiter	EUR	12,60	12,66	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77	12,85
* Frauen	EUR	11,78	11,95	11,90	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10	12,05
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,97	11,09	11,04	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30	11,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,9	38,0	38,2	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2	38,5
Arbeiter	h	37,9	38,1	38,3	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3	38,5
Arbeiterinnen	h	37,3	37,3	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,4	37,7
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 686	3 775	3 785	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843	3 855
* Männer	EUR	3 957	4 056	4 069	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121	4 135
* Frauen	EUR	2 888	2 955	2 946	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031	3 039
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 394	3 474	3 475	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559	3 575
Männer	EUR	3 882	3 976	3 981	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060	4 084
Frauen	EUR	2 821	2 879	2 872	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954	2 960
* technische Angestellte	EUR	3 909	4 013	4 028	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072	4 080
Männer	EUR	3 991	4 094	4 110	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152	4 161
Frauen	EUR	3 136	3 245	3 233	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322	3 331
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 780	2 878	2 857	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929	2 944
* Männer	EUR	3 068	3 169	3 139	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217	3 239
* Frauen	EUR	2 393	2 484	2 474	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528	2 531
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 791	2 902	2 883	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951	2 966
Männer	EUR	3 133	3 251	3 223	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296	3 319
Frauen	EUR	2 401	2 495	2 487	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533	2 536
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 246	3 329	3 324	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392	3 406

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.



**GELD UND KREDIT <sup>1)</sup>**

GELD UND KREDIT <sup>1)</sup>	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 290	113 247	112 953	113 075	114 728	115 919	116 079	116 272	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 598	12 465	12 524	12 154	12 506	12 650	12 259	12 162	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 550	9 938	9 987	9 817	9 525	9 438	9 491	9 205	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 142	90 844	90 442	91 104	92 697	93 831	94 329	94 905	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 069	107 347	106 903	107 220	109 173	110 271	110 514	111 055	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 487	93 937	93 794	94 260	94 486	95 392	96 140	96 722	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 582	13 408	13 109	12 960	14 687	14 879	14 374	14 333	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 221	5 899	6 050	5 855	5 555	5 648	5 565	5 217	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	84 173	87 584	87 046	87 280	89 470	92 709	93 280	94 232	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	22 733	24 185	24 394	24 049	24 721	25 589	26 843	27 329	...
Termineinlagen	Mill. EUR	25 982	27 994	27 485	28 049	28 883	29 961	29 618	30 524	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 215	5 159	5 061	5 182	5 349	5 371	5 342	5 260	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 243	30 246	30 106	30 000	30 517	31 788	31 477	31 119	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	81 610	84 868	84 093	84 568	86 930	89 707	90 189	90 625	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	79 251	82 935	82 095	82 700	84 934	88 014	88 483	89 040	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 360	1 933	1 998	1 868	1 996	1 693	1 706	1 585	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 563	2 716	2 953	2 712	2 540	3 002	3 091	3 607	...

**STEUERN**

STEUERN	Einheit	2003	2004		2005				2006	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 084	2 091	2 200	2 760	1 904	1 995	2 381	3 063	2 134
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	776	1 230	597	398	756	1 376	601
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	753	792	474	422	742	755	456
Einnahmen aus der										
Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	317	-	-	-	314	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	- 30	332	3	- 24	- 18	381	95
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	10	5	41	13	7	19	26
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	37	13	84	12	32	15	74
Einnahmen aus der										
Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	26	-	-	-	18	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	6	89	- 5	- 25	- 7	206	- 50
Einnahmen aus der										
Körperschaftsteuer-										
zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	- 0	-	-	-	1	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 424	1 529	1 307	1 597	1 625	1 688	1 532
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	386	388	359	423	404	377	382
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	1 038	1 141	948	1 174	1 221	1 310	1 151
Zölle	Mill. EUR	96	113	122	122	104	148	138	148	126
Bundessteuern	Mill. EUR	108	92	- 55	216	36	61	64	177	35
darunter										
Verbrauchssteuern										
(ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	51	- 84	146	- 0	35	35	97	- 4
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	21	63	29	19	21	72	32

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).



## noch STEUERN

### Landessteuern

Einheit	2003	2004		2005				2006
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Mill. EUR	77	99	73	82	73	72	78	101
Vermögensteuer	1	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	10	30	9	10	7	8	17	14
Grunderwerbsteuer	15	16	16	15	16	17	17	17
Kraftfahrzeugsteuer	33	35	32	29	37	36	30	40
Rennwett- und Lotteriesteuer	13	14	13	21	9	8	12	24
Feuerschutzsteuer	1	1	0	4	0	0	0	4
Biersteuer	3	3	3	3	3	3	3	3

### Gemeindesteuern

Einheit	2003	2004		2005				2006
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Mill. EUR	350	404	447	367	445	438	415	406
Grundsteuer A	5	5	5	5	4	5	5	5
Grundsteuer B	97	99	107	107	90	92	110	112
Gewerbesteuer (brutto)	240	291	323	245	346	333	288	280
sonstige Gemeindesteuern 1)	10	9	13	9	6	8	13	8

## Steuerverteilung

### Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Mill. EUR	546	600	609	546	777	543	569	621	771
Gewerbesteuer (netto) 2)	160	230	262	173	257	291	220	216	273
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	247	230	191	222	379	130	193	251	355
Anteil an der Umsatzsteuer	29	28	31	29	41	17	28	28	38

### Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2003	2004		2005				2006
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Mill. EUR	577	598	591	776	549	470	578	898
Landessteuern	77	99	73	82	73	72	78	101
Anteil an den Steuern vom Einkommen	263	261	278	427	256	116	268	497
Lohnsteuer	220	205	269	235	202	129	263	217
veranlagte Einkommensteuer	2	3	- 13	141	1	- 10	- 8	162
Kapitalertragsteuer	14	22	3	1	18	4	2	9
Zinsabschlag	10	11	16	6	37	5	14	7
Körperschaftsteuer	17	19	3	44	- 2	- 13	- 4	103
Anteil an den Steuern vom Umsatz	220	224	238	228	218	237	230	255
Umsatzsteuer	155	160	176	155	148	174	167	190
Einfuhrumsatzsteuer	65	64	62	72	70	63	63	66
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	8	5	1	13	1	14	1	14
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	2	0	4	0	6	0	6
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	7	7	1	18	1	21	1	21
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	1	1	0	4	0	4	0	4

### Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 116	1 078	955	1 486	977	1 078	1 236	1 670	1 084
Bundessteuern	108	92	- 55	216	36	61	64	177	35
Anteil an den Steuern vom Einkommen	317	314	331	530	257	168	321	595	254
Anteil an den Steuern vom Umsatz	683	667	677	728	683	835	850	884	793
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	8	5	1	13	1	14	1	14	1

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



## Februar

### STATISTISCHE BERICHTE

#### Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2004 – Ergebnisse der Flächenerhebung (tatsächliche Nutzung)

Bestellnr.: A5013 200500

#### Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2005/2006

Bestellnr.: B1083 200500

#### Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2005

Bestellnr.: D1023 200511

#### Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Dezember 2005

Bestellnr.: E1033 200512

Bauhauptgewerbe im November 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Bestellnr.: E2023 200511

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2005

Bestellnr.: E4013 200500

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2005

Bestellnr.: E4023 200512

Stromabsatz und Erlöse 2004

Bestellnr.: E4053 200400

Gasabsatz und Erlöse 2004

Bestellnr.: E4063 200400

#### Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im November 2005

Bestellnr.: G3023 200511

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 2005

Bestellnr.: G4023 200511

#### Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Kreis- und Verbandsgemeindumlagen 2005

Bestellnr.: L2083 200500

Schlüsselzuweisungen 2005

Bestellnr.: L2093 200500

#### Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Januar 2006

Bestellnr.: M1013 200601

#### Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2005

Bestellnr.: Z1013 200511

### SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

#### Veröffentlichungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Broschüre Oberrhein

Statistische Daten 2006

Bestellnr.: Z2525F 200601

#### Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand:

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2005 – Ergebnisse der Revision 2005, Vorabversion zu Band 1 (ohne 2005) – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1

Bestellnr.: P1045E 200500

E-Mail-Versand:

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2005 – Ergebnisse der Revision 2005, Vorabversion zu Band 2 (ohne 2005) – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2

Bestellnr.: P1065E 200500

CD-ROM:

Statistik regional – Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands – Ausgabe 2005  
Bestellnr.: Z1035C 200500



### Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit vielfältigen Gemeinde- und Kreisdaten neu aufgelegt

Deutschlandweite Vergleiche von Regionen ermöglichen zwei Statistik-Datenbanken auf CD, deren aktualisierte Ausgaben kürzlich erschienen sind. Die CD „Statistik lokal“ bietet für alle 13 000 Kommunen der Bundesrepublik einen Querschnitt aus wichtigen Bereichen der amtlichen Statistik. Inhaltlich wesentlich umfangreicher, aber auf die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands beschränkt, ist die CD „Statistik regional“. Die CD-Datenbanken sind unter allen Windows-Betriebssystemen nutzbar. Daten können individuell zusammengestellt und für Auswertungen in gängige Standardsoftware exportiert werden.

Die jährliche Broschüre „Kreiszahlen“ bietet eine Auswahl der wichtigsten Daten aus Statistik regional. Zusätzlich sind einige darauf aufbauende Indikatoren und Veränderungsraten enthalten, die bundesweite Regionalvergleiche ermöglichen.

Einzeln kosten die CDs je 148 Euro, im Paket reduziert sich der Preis auf 222 Euro. Zusätzlich erwirbt man mit dem Kauf von „Statistik regional“ einen auf ein Jahr begrenzten Zugang zu der mehrmals jährlich aktualisierten Internet-Datenbank, die über das Statistik-Portal des Bundes und der Länder (<http://www.statistikportal.de>) zu erreichen ist.

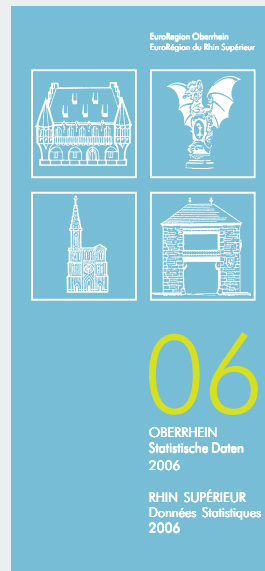
Die „Kreiszahlen, Ausgabe 2005“ umfassen 210 Seiten. Sie kosten 15 Euro.

Die Veröffentlichungen können bei allen statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bestellt werden.

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de).

Unter der Internetadresse [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

### Broschüre mit Daten über die EuroRegion Oberrhein neu aufgelegt



Die an der Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Raum der EuroRegion Oberrhein beteiligten statistischen Ämter von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, des Elsass und der Kantone der Nordwestschweiz haben anlässlich des 10. deutsch-französisch-schweizerischen Dreiländerkongresses „Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa“ am 9. Februar 2006 in Freiburg erneut eine zweisprachige Gemeinschaftsveröffentlichung mit aktuellen statistischen Daten über die Oberrheinregion vorgelegt.

Die Broschüre „Oberrhein – Statistische Daten 2006“ enthält bevölkerungs-, wirtschafts- und arbeitsmarktbezogene Eckdaten über das Mandatsgebiet der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz. In dieser Grenzregion, die die Teilgebiete Elsass, Nordwestschweiz, Südpfalz und Baden umfasst, leben auf einer Fläche von 21 518 km<sup>2</sup> rund 5,9 Mill. Menschen. Am dichtesten besiedelt ist die Nordwestschweiz mit 375 Einwohnern je km<sup>2</sup>. Die niedrigste Bevölkerungsdichte weist demgegenüber die Südpfalz mit 201 Einwohnern je km<sup>2</sup> auf. Seit Beginn der 1990er Jahre hat die Wohnbevölkerung in der Region Oberrhein um rund 525 000 Einwohner zugenommen. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungswachstum von 0,7%. Die Zahl der Erwerbstätigen beläuft sich auf rund 2,7 Mill., von denen zwei Drittel im Dienstleistungssektor beschäftigt sind. Im Elsass sind 70% der Erwerbstätigen in der Dienstleistungsbranche tätig, in der Nordwestschweiz liegt der Anteil bei 63%. Rund 90 000 Grenzgänger pendeln täglich zwischen den Teilgebieten. Davon strömt mit rund 57 000 weit mehr als die Hälfte in die Nordwestschweiz, ein Drittel kommt nach Baden.

Die kostenfreie Broschüre kann beim Statistischen Landesamt per Fax (02603 71-3150) oder telefonisch unter 02603 71-2450 angefordert werden. Als Download steht sie unter <http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/sonstiges/oberrhein-aktuell.pdf> zur Verfügung.



## Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)

Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: MEV Verlag GmbH und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

---

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.